

FÖS-NEWS 51 – JUNI 2010

NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR ÖKOLOGISCH-SOZIALEN FINANZREFORM

GREEN BUDGET GERMANY

FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Chefredakteur: Kai Schlegelmilch

Redaktion: Damian Ludewig, Lena Ribka

FÖS-Vorstand: Dr. Anselm Görres, Kai Schlegelmilch, Florian Prange, Dörte Fouquet, Bettina Meyer, Martin Weiß

Schwedenstr. 15a, D-13357 Berlin www.foes.de und www.green-budget.de
neu: Fon +49-30-76 23 991-30 Fax +49-30-76 23 991-59 e-Mail: foes@foes.de

Fanden Sie diese Ausgabe nützlich? Wollen Sie helfen, dass wir derartige Informationen weiterhin zur Verfügung stellen? Dann unterstützen Sie uns gerne durch eine Spende! Unser Spendenkonto: GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67, Konto 804 371 3000, IBAN DE87430609678043713000. ISSN 1867-0776

Inhalt dieser Ausgabe

1.	EINFÜHRUNG.....	2
2.	FÖS IN DEN MEDIEN	3
3.	ÖFR DEUTSCHLAND	11
4.	ÖFR EUROPA	19
5.	ÖFR INTERNATIONAL.....	23
6.	FINANZTRANSAKTIONSTEUER	26
7.	ATOMENERGIE	29
8.	ENERGIEPOLITIK	31
9.	UMWELTPOLITIK.....	38
10.	LINKS, PUBLIKATIONEN, STUDIEN	43
11.	TERMINE	45
12.	FREIE STELLEN	46

CDU-Umweltminister Norbert Röttgen und FDP-Generalsekretär Christian Lindner, in einem Kommentar für die Süddeutsche Zeitung am 26.3.2010

„[Wir arbeiten an einer] ökologisch gestaltenden Ordnungspolitik. [...] Sie orientiert sich am Verursacher- und Vorsorgeprinzip, das heißt, sie beseitigt externe Effekte, berücksichtigt ökologische Risiken und bereitet die Volkswirtschaft beispielsweise auf künftige Knappheiten vor. [...] Marktkonforme Instrumente und umweltpolitische Zielvorgaben treten dafür an die Stelle von gut gemeinter ökologischer Detailsteuerung [...] Wenn Umweltgüter keinen Preis haben, können Märkte nicht effizient funktionieren. Dann wird – häufig auf der Grundlage von externen Effekten – zwischen Generationen und Regionen umverteilt.“

Quelle: <http://www.sueddeutsche.de/politik/900/507065/text/>

1. EINFÜHRUNG

Liebe Leserinnen und Leser,

die heiße Phase der Haushaltsplanung für das Jahr 2011 ist angelaufen. Ein Thema das selbst in gewöhnlichen Zeiten Diskussionsbedarf auslöst, eignet sich besonders während der Finanzkrise zu hitzigen Debatten. Die politischen Vorschläge, die vor der Haushaltsklausur am 6./7. Juni veröffentlicht wurden, umfassen alle Bereiche von Kürzungen der Sozialleistungen bis zur Einführung einer Finanztransaktionsteuer.

Dabei können gerade Instrumente der modernen Umweltpolitik zur Gegenfinanzierung des Haushaltsdefizits beitragen und den Weg für eine Ökologische Finanzreform ebnen. Angesichts der mehrfachen Zitate des FÖS in den Medien in den letzten Tagen werden unsere Ansätze und Vorschläge offenbar positiv aufgenommen. Auch Äußerungen von Politikern, die Veränderungen in diese Richtung unterstützen, beginnen sich derzeit erfreulicherweise zu überschlagen. So gibt es begründete Hoffnung, dass rechtzeitig zu den Haushaltsberatungen des Kabinetts die schwarz-gelbe Koalition offensichtlich auch an ein Kern-Thema des FÖS herangeht und den Abbau einiger umweltschädlicher Subventionen beschließt.

Einen Anfang machte Horst Köhler, dessen Rücktritt als Bundespräsident wir sehr bedauern, verlieren wir mit ihm doch einen sehr prominenten Fürsprecher unserer Ansätze. Er dehnte auf dem Weltverkehrsforum seine Forderung nach höheren Benzinpreisen auf „Kostenwahrheit“ im gesamten Transportsektor aus und plädierte für Energiesteuern auch auf Kerosin und Schiffstreibstoff (siehe dazu Kapitel 4). Diesem Plädoyer schloss sich der CSU-Politiker Christian Ruck mit der Forderung nach einer Flugbenzinbesteuerung an, um das Staatsdefizits zu senken. Umweltminister Röttgen und FDP-Generalsekretär Lindner forderten in einem gemeinsamen Gastbeitrag in der *Süddeutschen Zeitung* vom 26. März 2010 eine „ökologisch gestaltete Ordnungspolitik“, „[...] die Umweltschutz und Ressourcenschonung zum wirtschaftlichen Eigeninteresse von Unternehmen und Bürgern macht“ und sich am „Verursacher- und

Vorsorgeprinzip orientiert“. Einige Wochen später sprach sich auch der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Altmaier, im Interview für eine „ökologische Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft“ aus: „Wir müssen in vielen Bereichen sparen, die uns lieb und teuer sind. Das beginnt im Bereich von Subventionen, angefangen beim Bergbau bis hin zu Subventionen für weite Bereiche der Wirtschaft.“

In diesem Zusammenhang hat das FÖS gerade eine umfassende Studie zur staatlichen Förderung der Stein- und Braunkohle veröffentlicht, die von Greenpeace in Auftrag gegeben wurde. Der Abbau von Kohlesubventionen ist auch Bestandteil eines aktuellen Kurzkonzepts, das das FÖS anlässlich der Kabinettsklausur zur Haushaltskonsolidierung erstellt hat. Eine umfassende Studie zu umweltschädlichen Subventionen hat das Umweltbundesamt heute veröffentlicht. Einzelheiten zu den Studien und weiterführende Links finden Sie in Kapitel 10.

Ein weiteres Thema, dem sich das FÖS verstärkt widmet und bei dem es derzeit viel Bewegung gibt, ist die Finanztransaktionsteuer. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte dazu: „Wichtig wäre, dass wir international zu einer Einigung kämen. Deutschland wird sich mit aller Kraft dafür einsetzen“. Im Namen der Bundesregierung hat Wolfgang Schäuble dann auch zugesagt, dass diese sich auf dem G-20 Gipfel im Juni für ein Umsetzen der Steuer einsetzen wird (siehe dazu Kapitel 6).

Unter anderem zu diesen Themen fand am 23. April 2010 im Roten Rathaus die sehr erfolgreiche Jahreskonferenz des FÖS mit außergewöhnlich hoher Beteiligung statt. Dabei lobte UBA-Präsident Jochen Flasbarth die langjährigen Verdienste des FÖS in der Debatte um eine Ökologische Finanzreform. Im Anschluss der Konferenz wurde der „Adam-Smith-Preis für marktwirtschaftliche Umweltpolitik“ an Josef Göppel (MdB, CSU) verliehen. Dessen herausragende umweltpolitische Leistung in den fast 40 Jahren seiner politischen Arbeit in der Bundesrepublik würdigte Ulrich Kelber, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD in seiner Laudatio.

Die Mitgliederversammlung fand am folgenden Tag, den 24. April 2010, statt. Dabei gibt es in der

Geschäftsstelle erfreuliche Neuigkeiten zu berichten: Wir konnten mit Eike Meyer und Ariane Parkes zwei neue MitarbeiterInnen gewinnen. Eike Meyer ist Diplom Verwaltungswissenschaftler und seit März 2010 als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig. Ariane Parkes ist Kauffrau im Groß- und Außenhandel und unterstützt seit April 2010 das FÖS-Team als Assistentin der Geschäftsführung. Sebastian Schmidt und Anke Fischer hatten in den vergangenen Monaten das FÖS verlassen, um sich beruflich anderweitig zu orientieren. Damit ist die Mitarbeiterzahl insgesamt auf fünf zusätzlich Praktikanten angestiegen. Außerdem erfreuen wir uns an stetig wachsenden Mitgliederzahlen. Diese weiter zu erhöhen soll im Jahr 2010 ein Schwerpunkt werden. Das Haushaltsvolumen des FÖS konnten wir im Jahr 2009 nahezu verdoppeln. Besonders positiv ist dabei die Diversifizierung der Auftraggeber für Forschungsstudien und Projektförderungen. Als erweiterte Themenschwerpunkte mit denen sich das FÖS in Zukunft inhaltlich auseinandersetzen möchte, wurden der „Zusammenhang von Wachstum und Umweltschutz“ sowie der „Vision einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft“ identifiziert.

Vom 8.-9. Juli findet dann auch die Jahreskonferenz von GreenBudgetEurope unter dem Titel „Removing Environmentally Harmful Subsidies: Possibilities and Benefits“ in Budapest statt, zu der Sie herzlich eingeladen sind. Weitere Informationen zu den erwähnten und weiteren Aktivitäten können Sie wie immer nicht nur diesem Newsletter, sondern auch unserer Homepage entnehmen (<http://www.foes.de/>).

Abschließend wünschen wir Ihnen viel Spaß und eine informative Zeit beim Lesen der FÖS-News!

Ihr FÖS-Redaktionsteam

2. FÖS IN DEN MEDIEN

Das FÖS-Konzept für eine ökologische Steuerreform

Wird es eine ökologisch-soziale Steuerreform geben, um zentrale Probleme unserer Zeit in einem Gesamtkonzept anzupacken?

[Martin Jendrischik, cleanthinking.de, 24.05.2010] Kai Schlegelmilch, stellvertretender Vorsitzender der Initiative „**Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V.**“ (FÖS) hält die Durchsetzung einer solchen **Reform zur Lösung der fiskalischen Haushaltsprobleme** einerseits und zur **Förderung Ressourcen schonender und effizienter Technologien** andererseits durchaus für möglich.

„Seit der NRW-Wahl werden die Karten in der Bundespolitik völlig neu gemischt: Das Tempo, mit dem bisherige Konzepte über Bord geworfen und andere Konzepte wie etwa die Transaktionssteuer plötzlich auf die Tagesordnung gelangen, ist bemerkenswert.“

Daher kann ich mir vorstellen, dass es aufgrund des immensen Drucks derzeit durchaus denkbar ist, jetzt einen nächsten Schritt einer Ökologisch-Sozialen Finanz- und Steuerreform anzupacken.“

Das FÖS setzt sich seit Jahren für eine ebensolche Reform in Deutschland ein und hat beispielsweise mit **Prof. Ernst Ulrich von Weizsäcker** (Mitglied des Club of Rome, ehemaliger Präsident des Wuppertal Institut), **Prof. Norbert Walter** (ehemaliger Chefvolkswirt der Deutschen Bank Gruppe) und **Prof. Wolfgang Wiegand** (ehemaliger Vorsitzender der Wirtschaftsweisen) hochkarätige Unterstützer gewinnen können.

Strategiepapier des FÖS zeigt Maßnahmen einer Ökologischen Steuerreform

Zu Beginn dieses Jahres legte der FÖS im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung ein Strategiepapier „**Nachhaltig aus der Krise. Ökologische Finanzreform als Beitrag zur Gegenfinanzierung des Krisendefizits**“ vor. Darin fordern **Damian Ludewig, Bettina Meyer und Kai Schlegelmilch eine Ökologisch-Soziale Steuer- und Finanzreform insbesondere durch Umsetzung folgender Maßnahmen**, die sich in zwei große Bereiche untergliedern lassen:

1. Abbau von direkten Subventionen, Steuererleichterungen und Anhebung von Umweltsteuern im Bereich Verkehr

- Private und gewerbliche Firmenwagenbesteuerung abhängig von CO₂-Emissionen
- Entfernungspauschale mittelfristig abschaffen
- Ticket-Abgabe im Flugverkehr

- Ökologischer Umbau der Kfz-Steuer
- Angleichung der Dieselsteuer an Steuersatz auf Benzin
- Kraftstoffsteuern gemeinsam mit Nachbarländern anheben
- Zulassungsteuer einführen
- LKW-Maut anheben und auf weitere Strecken und LKW ab 3,5 Tonnen ausdehnen

2. Abbau von direkten Subventionen, Steuererleichterungen und Anhebung von Umweltsteuern im Bereich Energie

- Abbau von Energiesteuer-Ausnahmen
- Schnellerer Abbau der Kohlesubventionen
- Kernbrennstoffsteuer einführen
- Energiesteuern auf Heizstoffe anheben
- Kurzfristige Umweltanreize bei der Grundsteuer oder der Grunderwerbsteuer schaffen

Bei Umsetzung dieser Maßnahmen könnten gleich mehrere Effekte erzielt werden: Einerseits könnten Einnahmen in Höhe von 18 Milliarden kurzfristig und langfristig 65 Milliarden Euro erzielt werden. Andererseits würden Lenkungseffekte dazu führen, beispielsweise die Gebäudeenergieeffizienz zu verbessern. [...]

„Wir halten nichts von der jetzt offen diskutierten Erhöhung der Mehrwertsteuer um bis zu sechs Prozent. Unsere Vorschläge sind besser, weil sie Anreize setzen und den Umbau zu einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft unterstützen“, so Schlegelmilch im Exklusiv-Gespräch mit Cleanthinking.de.

Ideal wäre natürlich eine Entlastung bei den Arbeitskosten, allerdings habe der Staat schon Dutzende Milliarden kurzfristig für die Rettung der Wirtschaft ausgegeben, was quasi einer Vorleistung gleich käme, die jetzt gegenfinanziert werden müsse.

Doch kann eine solche Steuer- und Finanzreform wirklich umgesetzt werden?

Die Chancen stehen gar nicht so schlecht, wenn man bedenkt, welche Äußerungen zu einer solchen Steuer- und Finanzreform es in den vergangenen Jahren von heutigen Spitzenpolitikern gegeben hat.

So schreiben Bundesumweltminister **Norbert**

Röttgen und FDP-Generalsekretär **Christian Lindner** am 26. März 2010 in der Süddeutschen Zeitung:

„Wir arbeiten deshalb an einer Antwort auf die ökologischen Herausforderungen. Wenn Umweltgüter keinen Preis haben, können Märkte nicht effizient funktionieren. Dann wird – häufig auf der Grundlage von externen Effekten – zwischen Generationen und Regionen umverteilt.“

An die Prozesspolitik in der Finanz- und Wirtschaftskrise wollen wir deshalb nun eine ökologisch gestaltende Ordnungspolitik anschließen, die Umweltschutz und Ressourcenschonung zum wirtschaftlichen Eigeninteresse von Unternehmen und Bürgern macht. Sie orientiert sich am Verursacher- und Vorsorgeprinzip, das heißt, sie beseitigt externe Effekte, berücksichtigt ökologische Risiken und bereitet die Volkswirtschaft beispielsweise auf künftige Knappheiten vor.“

Marktkonforme Instrumente und umweltpolitische Zielvorgaben treten dafür an die Stelle von gut gemeinter ökologischer Detailsteuerung, um den Wettbewerb als Innovationstreiber, Kostensenker und Entdeckungsverfahren für neue Technologien zu nutzen.“

Gleichzeitig war es der heutige Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, der sich bereits Mitte der 90er Jahre als damaliger Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für einen ökologisch-sozialen Umbau des Steuersystems einsetzte, letztlich aber am damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl und anderen Gegnern scheiterte.

So äußerte Schäuble bereits 1994, 1997 und 1998 in verschiedenen Publikationen:

„Die Energiepreise sagen, ökologisch gesehen, nicht die Wahrheit. Dieses Ungleichgewicht auszutariieren wirkt sich deshalb positiv sowohl auf die Beschäftigungssituation als auch auf die Senkung der Umweltbelastung aus. Der Einsatz des Faktors Arbeit müsste also durch eine Senkung der Lohnnebenkosten relativ billiger, der Energie- und Rohstoffverbrauch durch eine Schrittweise Anpassung der Energiepreise dagegen relativ verteuert werden.“

[...] Die grundsätzlichen Einwände gegen eine Verteuerung des Ressourcenverbrauchs sind sicher ernst zu nehmen, aber letztlich nicht durchschlagend.“ (1998, aus seinem Buch „Und sie bewegt sich doch“)

Ähnlich positiv äußerten sich auch schon Bundes-

kanzlerin Angela Merkel oder Bundespräsident Horst Köhler.

Kai Schlegelmilch ([laut FTD der „Ökosteuer-Google“](#)) berät Länder wie China und Vietnam bei der Umsetzung von Ökologischen Steuerreformen und gilt als einer der Väter der grundlegenden Ökosteuer in Deutschland. Hierzulande steht er in intensivem Kontakt mit Bundestagesabgeordneten, die sich in den kommenden Wochen für die Prüfung einzelner Maßnahmen im Bundesfinanzministerium stark machen wollen.

„Entscheidend ist, dass es ein Gesamtkonzept gibt“, so Schlegelmilch im Cleanthinking-Gespräch. So könnten etwa Kosteneinsparungen durch höhere Energieeffizienz dafür genutzt werden, die momentan noch höheren Kosten für den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu verwenden.

Parallele zur zweiten Amtszeit von Ex-Kanzler Schröder

Der jetzigen schwarz-gelben Bundesregierung sind die Themen und Ideen ausgegangen oder abhanden gekommen, weil sie schlicht nicht realisierbar sind. Ähnlich wie damals Bundeskanzler Gerhard Schröder, der überraschend eine zweite Amtszeit bekam und plötzlich die Agenda 2010 durchboxte, könnte nun die jetzige Bundeskanzlerin in die Lage kommen, einen derartigen Umbau des Steuerwesens zu realisieren.

Es wäre eine interessante Parallele und eine Gefahr für die Regierungsparteien zugleich: Während die Sozialreformen der Agenda 2010 der SPD schwer fielen und diese vor eine Zerreißprobe stellten, könnte eine Umsetzung einer Ökologisch-Sozialen Steuer- und Finanzreform intensive Diskussionen in der CDU zur Folge haben. **Dies erfordert Mut und Tatkraft – wäre aber perspektivisch ein wichtiges Projekt für Deutschland.**

Die Besteuerung von Energie und endlichen Ressourcen macht nicht nur aufgrund des Klimawandels Sinn und wird in zahlreichen Ländern der Welt debattiert. In China, so die Aussage Schlegelmilchs, könnte eine derartige Besteuerung bereits Ende des Jahres beschlossen werden – und auch in Vietnam ist der politische Wille, spätestens 2012, den Einstieg zu schaffen, vorhanden.

Schritte in Richtung einer Erweiterung der Ökologisch-Sozialen Steuer- und Finanzreform sind aus

dieser Sichtweise auf jeden Fall notwendig. Problematisch ist allerdings, dass seit der Finanzkrise die Umweltkrise in der Wahrnehmung der Menschen weit zurückgefallen ist.

Aktuelle, konkrete Probleme belasten mehr als abstrakte Probleme künftiger Generationen. Die drängenden Finanzprobleme könnten jedoch helfen, dieses Thema wieder weiter vorne auf die politische Agenda zu setzen.

<http://www.cleanthinking.de/hintergrund-fos-oekologische-steuerreform/5395/>

Kohlesubventionen offiziell kleingerechnet

[Nadine Michel, taz, 04.06.2010] Greenpeace: Förderung der Kohle ist fast siebenmal so hoch wie von der Bundesregierung angegeben. Schwarz-gelbe Koalition kann bei Stein- und Braunkohle mehr Geld sparen als angenommen.

Im Zuge der Koalitionsverhandlungen über den Bundeshaushalt 2011 hat Greenpeace Sparpotenziale ausgemacht – bei der Subvention klimaschädlicher Kohle. Am Donnerstag legte die Umweltorganisation eine neue Studie vor, die sie beim **Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS)** in Auftrag gegeben hatte. Demnach belief sich die Kohleförderung allein im Jahr 2008 auf 12,8 Milliarden Euro. Die Bundesregierung gibt in ihrem Subventionsbericht hingegen nur 1,9 Milliarden Euro an. Nach der FÖS-Rechnung betrug die Förderung von 1950 bis 2008 insgesamt 432 Milliarden Euro.

„Die Bundesregierung kürzt drastisch beim Klimaschutz, aber umweltschädliche Energieträger werden immer noch massiv subventioniert. Das macht keinen Sinn“, sagte Energieexpertin Anike Peters von Greenpeace.

Enge Begriffsdefinition

Die Umweltschützer fordern deshalb von der schwarz-gelben Bundesregierung, bei den am Sonntag und Montag stattfindenden Haushaltsverhandlungen den Rotstift bei der Kohle-Förderung anzusetzen. „Die Regierung darf den Klimakiller Kohle nicht länger bevorzugen“, so Peters. Stattdessen müsse sie den Weg für erneuerbare Energien freimachen.

Die Differenz der unterschiedlichen Zahlen ergibt sich daraus, dass die Bundesregierung den Subventionsbegriff deutlich enger definiert. Sie fasst darunter nur die Absatz-, Modernisierungs-, soziale und Stilllegungshilfen.

Die Studie hingegen bezog in die Rechnung auch die staatliche Forschungsförderung von Kraftwerkstechnik mit ein, Vergünstigungen zum Beispiel bei der Energiesteuer, die kostenlosen Zuteilung von CO₂-Zertifikaten sowie die Befreiung von der Förderabgabe und den Wasserentnahmentgelten. Greenpeace kritisiert, dass insbesondere die Braunkohle wegen der engen Definition immer wieder als „subventionsfreier Energieträger“ dargestellt werde.

Medienberichten zufolge erwägt auch Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) aufgrund der Sparzwänge, die Kohlesubventionen stärker als bisher geplant zu kürzen. 2007 hatte die damalige große Koalition beschlossen, dass die Subvention der Steinkohle im Jahr 2018 auslaufen soll. „Wir erwarten, dass Minister Brüderle die Überprüfung des Ausstiegstermins 2018 schon jetzt statt erst 2012 durchführt“, sagte Oliver Krischer von den Grünen.

<http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digital-?ressort=wu&dig=2010%2F06%2F04%2Fa0074&cHash=3c13a578dc>

Einen ähnlichen Artikel finden Sie hier:

<http://www.abendblatt.de/hamburg/article1519061/Greenpeace-Kohle-Subventionen-hoher-als-bekannt.html>

Regierung klaut rot-grüne Atomstromsteuer

[Nikolai Fichtner, FTD, 02.06.2010] Die Bundesregierung erwägt, eine Steuer auf Kernbrennstoffe einzuführen. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) schlug den Parteichefs der Koalitionsspitzen die Einführung einer entsprechenden Steuer vor, die ausschließlich die großen Energieversorger treffen würde.

[...] Laut Berechnungen des **Forums ökologisch-soziale Marktwirtschaft** würde eine Kernbrenn-

stoffsteuer in Höhe von 2,5 Cent pro Kilowattstunde Atomstrom zu Einnahmen von 4 Mrd. Euro führen. [...]

Vollständiger Artikel unter:

<http://www.ftd.de/politik/deutschland/:brennstoffabgabe-regierung-klaut-rot-gruene-atomstromsteuer/50122007.html>

Ein weiterer Artikel zum Thema:

<http://www.ftd.de/politik/deutschland/:sparhaushalt-wo-die-koalition-neue-einnahmen-sucht/50122446.html>

Zwei Fliegen mit einer Klappe

Angesichts Klimawandels und klammer Kassen fordern Experten: Umweltsteuern erhöhen
[Nadine Michel, taz, 02.06.2010] Während der Staat über leere Haushaltskassen klagt, sehen Experten eine relativ einfache Stellschraube, um die Einnahmen zu erhöhen. Denn wie eine vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Aufstellung zeigt, sind die Einnahmen aus Umweltsteuern seit einigen Jahren rückläufig. „Wir stehen vor vielen großen Herausforderungen, aber die zwei wesentlichen sind: die Klimaziele erreichen und die Haushaltsziele erreichen“, sagt der **Geschäftsführer des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft, Damian Ludewig**. Umweltsteuern könnten dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Mit ihnen könne man nicht nur die Haushaltslöcher stopfen, sondern auch die Wirtschaft sinnvoll lenken. Am ersten Juni-Wochenende beginnen die entsprechenden Kabinettsverhandlungen der schwarz-gelben Bundesregierung über den Staatshaushalt 2011.

Im Jahr 2009 betrug die Umweltsteuern laut umweltökonomischer Gesamtrechnung rund 54,3 Milliarden Euro. 2003 lagen sie noch bei knapp 57,1 Milliarden Euro. Der prozentuale Anteil an den gesamten Steuereinnahmen (524 Milliarden Euro) beträgt 10,4 Prozent. Damit hat sich der Anteil sogar leicht erhöht, jedoch nur, weil die Steuereinnahmen auch insgesamt zurückgegangen sind. Die Einnahmen aus den Umweltsteuern verteilen sich auf die Energiesteuer (39,8 Milliarden Euro), die Kraftfahrzeugsteuer (8,2 Milliarden Euro) und die Stromsteuer (6,3 Milliarden Euro).

Zur Erhöhung der Einnahmen fordert Ludewig in erster Linie einen Abbau der umweltschädlichen Steuerbegünstigungen und Subventionen. Als Beispiel nennt er den Flugverkehr, auf den keine Kerosinsteuer erhoben wird. Zusätzlich entfällt bei internationalen Flügen die Mehrwertsteuer.

Auch die Grünen fordern einen Abbau von Steuerbegünstigungen und Subventionen. „Wer ernst gemeinten Klimaschutz betreiben will, der muss auch hier umsteuern“, sagte Finanzexpertin Christine Scheel der taz. Man dürfe bei der Haushaltsdebatte nicht nur auf die fiskalische Wirkung der Maßnahmen schauen. Dann seien Mehreinnahmen von 8,5 Milliarden Euro drin.

Für Ludewig sind die ökologischen Instrumente zudem nicht nur „die intelligentesten, weil sie eine positive Lenkungswirkung haben“. Eine Erhöhung sei auch für die Regierung strategisch gut. Denn dagegen könnten auch die Oppositionsparteien – SPD, Grüne und Linke – wenig sagen.

Was die Regierung selbst über eine mögliche Erhöhung denkt, wollte das CDU-geführte Finanzministerium auf taz-Anfrage nicht sagen. „Zu einzelnen in der Diskussion befindlichen Maßnahmen äußern wir uns vor der Kabinettsitzung nicht mehr“, sagte ein Sprecher.

<http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digital/?ressort=wu&dig=2010%2F06%2F02%2Fa0082&cHash=c1a6819802>

Szenarien für die wichtigsten Ministerien

Sparen bis es quietscht

[Herrmann, Kreutzfeldt, Winkelmann und Völpel, taz, 02.06.2010] Der Bund muss zehn Milliarden Euro einsparen oder auftreiben. Welche Folgen hätte das für die fünf wichtigsten Ministerien? Pläne, Ideen und deren mögliche Folgen. Um die maroden Finanzen des Bundes zu sanieren, gibt es zwei Möglichkeiten: Einnahmen erhöhen oder Ausgaben kürzen. Oder beides.

Von der Leyen: Kürzen bei Hartz IV

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) will bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik für Hartz-IV-Empfänger sparen. Der *Frankfurter*

Allgemeinen Sonntagszeitung teilte die Ministerin mit, die „am wenigsten wirksamen Maßnahmen müssen gestrichen werden“. Das könnte etwa ein Fünftel aller Maßnahmen betreffen. [...]

Schäuble: Steuereinnahmen erhöhen

Fast alle Fraktionen fordern eine **Finanztransaktionssteuer**. Nur die FDP ist noch dagegen. Diese Steuer würde 11,8 Milliarden Euro im Jahr einspielen. Das Problem: Eine Finanztransaktionssteuer funktioniert nur, wenn sie zumindest für den Euroraum gilt, am besten wäre eine internationale Vereinbarung. Doch sind Großbritannien und die USA bisher dagegen. Eine Alternative wäre die Finanzaktivitätssteuer, wie sie vom Internationalen Währungsfonds vorgeschlagen wird, die auf Gewinne und Boni erhoben wird. Sie dürfte deutlich weniger Geld bringen. [...]

Außerdem sollen Subventionen für die Wirtschaft gestrichen werden – welche, ist unklar. [...]

Röttgen: Druck auf Klima - und Atomkraftwerke

Das Umweltministerium spürte schon den Spar-Druck: Gegen den Willen von Minister Norbert Röttgen (CDU) wurden im Haushalt 115 Millionen Euro für die Förderung umweltfreundlicher Heizungen gesperrt. Auch für internationalen Klimaschutz wurde deutlich weniger Geld zur Verfügung gestellt als in Kopenhagen zugesagt. Das könnte sich im nächsten Jahr verschärfen: [...]

Parallel dazu gibt es in der Bundesregierung Überlegungen zu neuen Einnahmen im Umweltbereich. So ist im Gespräch, die Befreiung der energieintensiven Industrie von der Ökosteuer zu streichen. Diese Ausnahmen kosten den Staat bisher etwa sechs Milliarden Euro. Zudem denkt die Regierung offenbar ernsthaft über die bisher nur von der Opposition geforderte **Brennelementesteuer** nach. Mit dieser Steuer auf Atomkraftwerke könnte ein Teil der Zusatzgewinne abgeschöpft werden, die die Betreiber bei längeren Laufzeiten machen würden. **Sie könnte mittelfristig bis zu 5,6 Milliarden Euro jährlich bringen, wie das Forum Ökologisch-soziale Marktwirtschaft** ermittelte.

Einsparungen beim Klimaschutz sind nach Ansicht von Experten kontraproduktiv. Zum einen lösen die Zuschüsse für neue Heizungen etwa private Investitionen aus, die mehr Steuern einbringen, als

die Zuschüsse kosten. Zum anderen sind die langfristigen Schäden deutlich höher als die Kosten für Klimaschutz. Umweltsteuern hingegen führen zu mehr Effizienz und reduzieren dadurch die CO₂-Emissionen. 2009 wurden 54,3 Milliarden Euro Umweltsteuern eingenommen (taz vom 2.6.). Eine Brennelementesteuer würde Stromkonzerne belasten, ohne den Strompreis zu erhöhen; zugleich könnte sie die Akzeptanz von Laufzeitverlängerungen erhöhen, fürchten Atomkraftgegner.

Ramsauer: Weniger Asphalt, mehr Maut

Mit gut 27 Milliarden Euro hat das Verkehrsministerium den drittgrößten Etat. Davon fließen bisher vier Milliarden in Schienen, fünf Milliarden in Fernstraßen, eine Milliarde in Wasserwege und zwei Milliarden in Bauprojekte. Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) hat bisher keine eigenen Sparvorschläge vorgelegt. [...]

Verkehrsverbände warnen vor Kürzungen bei der Schiene und fordern stattdessen die Streichung von Straßenneubauten. Durch den Verzicht auf 20 unsinnige neue Fernstraßen könnten Bund und Länder in den nächsten Jahren insgesamt 14 Milliarden Euro sparen, hat der Naturschutzbund ausgerechnet. Der Verzicht auf den umstrittenen unterirdischen Großbahnhof Stuttgart 21 würde dem Bund 1,2 Milliarden Euro bringen.

Spekuliert wird auch über eine Steigerung der Einnahmen aus dem Verkehrssektor: Nach Informationen der *Rheinischen Post* prüft der Bund eine Ausweitung der Lkw-Maut auf vierspurige Bundesstraßen, was jährliche Mehreinnahmen in dreistelliger Millionenhöhe zur Folge hätte. Eine Maut für Pkws lehnt Ramsauer ab. Nach Informationen von *Spiegel Online* erwägt die Regierung zudem eine neue Steuer auf Flugtickets.

Viele der Vorschläge hätten für die Umwelt positive Auswirkungen: Durch die Ausweitung der Maut würde Lkw-Verkehr teurer und von Landstraßen vertrieben, eine Flugticketabgabe würde die Bevorzugung dieses Verkehrsmittels reduzieren, und das Berliner Schloss würde auch kaum vermisst. Gefahr droht vor allem bei Kürzungen im Schienenverkehr und bei der energetischen Gebäudesanierung.

Zu Guttenberg: Wehrpflicht ade?

Rund eine Milliarde Euro müssten aus dem 31 Milliarden Euro schweren Militäretat geschnitten werden, sagt Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg. [...]

<http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/sparen-bis-es-quietscht/>

**„Ein Auto für jeden –
das ist nicht normal“**

Verkehr muss weniger werden – Unökologisches Verhalten soll teurer werden

[Jana Peters, *Freie Presse Chemnitz*, 7./8.05.2010] Der Verkehr trägt einen beachtlichen Teil zur Kohlendioxidemission und damit zum Klimawandel bei. Über Strategien, wie sich das ändern lässt, berieten Umwelt- und Wirtschaftsexperten auf dem Symposium „Nachhaltiger Verkehr in Europa“ an der TU Chemnitz.

Darüber, dass Maßnahmen gegen den Klimawandel notwendig sind, herrscht weitestgehend Konsens. Die Staatengemeinschaft hat sich zum Ziel gesetzt, die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen. Doch über die Frage, wie das erreicht werden soll, könnte die Uneinigkeit nicht größer sein. Bestes Beispiel dafür ist der Verkehr, der in Deutschland zu knapp 20 Prozent der Kohlendioxidemission beiträgt. Weiterhin haben 45 Prozent der Stickstoffoxide, eine der beiden wichtigsten Ozonvorläufersubstanzen, ihren Ursprung im Verkehrssektor. Ideen, wie man diese Werte verringern könnte, gibt es viele. Alle laufen darauf hinaus, dass Autofahren teurer werden muss.

Laut einer Studie des Umweltbundesamtes (UBA) über Sinn und Umsetzbarkeit verschiedener Mautsysteme, verursacht allein der KFZ-Personenverkehr rund 47 Milliarden Euro Kosten im Jahr. Kraftstoff-, Mineralöl- und Kfz-Steuern reichen nicht, diese zu decken. Die Kosten entstünden hauptsächlich durch Unfälle und Instandhaltung von Straßen. Getragen werden sie von allen Steuerzahlern, auch denen ohne Auto.

Zwar könnte man argumentieren, dass Bürger auch zum Beispiel mit dem Fahrrad die Straßen befahren. „Aber wann haben Sie das letzte mal mit Ihrem Rad die Autobahn benutzt?“, fragte Caroline Hoffmann, Mitautorin der UBA-Studie.

„Das ist eine Frage der Verhältnismäßigkeit“, so die Biologin. Ergebnis der Studie ist die Empfehlung an die Bundesregierung, eine fahrleistungsbezogene Maut einzuführen. Diese bezieht sich auf die gefahrenen Kilometer im betroffenen Straßennetz. Damit würden auch Anreize zur Verminderung des Verkehrs und zur Verlagerung auf andere Verkehrsmittel geboten sein.

Ein anderer Vorschlag ist der einer ökologischen Finanzreform vom Verein **„Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft Berlin“ (FÖS)**. Ihm zu Grunde liegt die Beobachtung, dass das deutsche Steuersystem diejenigen, die sich ökologisch verhalten, eher bestraft als belohnt. Die Reform solle darum unter anderem eine Steuer auf Flugtickets, Anhebung der Kraftstoffsteuer, Einführung einer Zulassungssteuer und eine Verdoppelung der Kfz-Steuer beinhalten. Das würde Anreize schaffen, das Auto öfter stehen zu lassen oder Sprit sparende Modelle zu produzieren und zu kaufen.

Auch die Hersteller von Elektroautos sehen in ihren Fahrzeugen eine Möglichkeit, die Umwelt zu entlasten. Aber selbst wenn die von der Bundesregierung angestrebte Zahl von einer Million solcher Fahrzeuge in Deutschland realisiert würde, bliebe das ein Tropfen auf den heißen Stein. Biologin Hoffmann sieht in E-Autos außerdem den falschen Weg: „Um das Ziel von zwei Grad zu erreichen, brauchen wir nicht andere Autos, sondern weniger Autos.“ Dass jeder Mensch ein Auto besitzt, sei nicht normal. Es müsse mehr Anreize geben, mit der Bahn zu fahren oder mit dem Fahrrad.

<http://www.foes.de/pdf/2010-05%20Freie%20Presse%20Chemnitz.pdf>

Kassen füllen und Klima schützen

[Hanna Gersmann, taz, 16.04.2010] Wer **Damian Ludewig** reden hört, könnte leicht den Eindruck bekommen, er wolle den Bürgern zu viel zumuten: Er will eine Ticket-Tax fürs Fliegen, „kurzfristig 20 bis 40 Euro, mittelfristig 50 bis 100 Euro pro Platz und abhängig von der Entfernung“. Er will auf jeden Liter Heizöl „langfristig zehn Cent aufschlagen“. Und damit ist es längst nicht getan.

Volkswirt Ludewig leitet das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft. Zusammen mit Ralf Fücks von der grünennahen Heinrich-Böll-

Stiftung hat er eine „Ökologische Finanzreform“ und 13 Maßnahmen „zur Gegenfinanzierung des Krisendefizits“ gefordert.

Es geht ihm nicht darum, Fliegen und Heizen einfach teurer zu machen. Er schlägt einen kompletten Umbau des Steuersystems vor – und riskiert einen neuen Ökosteuer-Streit. Die viel gescholtene Steuer trat 1999 unter Rot-Grün erstmals in Kraft. Auf den Liter Benzin und Diesel wurden zwischen 1999 und 2003 jedes Jahr drei Cent draufgeschlagen. Auch Strom, Gas und Heizöl wurden teurer, nur nicht so stark. Die *Bild*-Zeitung machte damals eine „Benzinwut“-Kampagne, die Politiker jeder Couleur bis heute verschreckt hat.

Fücks und Ludewig glauben trotzdem, dass sich die Politik ihres Vorschlags annimmt. Fücks: **„Der Druck ist derzeit höher“, weil es zugleich „Klimakrise und Schuldenkrise“ gebe.** Die Bundesregierung will bis zum Jahr 2020 die Kohlendioxid-Emissionen um 40 Prozent reduzieren. Und sie wird im Jahr 2010 so viel Schulden wie nie zuvor machen – 86 Milliarden Euro.

Es ist das erste Mal, dass jemand vor diesem Hintergrund eine grüne Finanzreform durchrechnet. Ökosteuern sollen rauf, umweltschädliche Subventionen runter. So könnten **„kurzfristig 16,2 Milliarden Euro in den Staatshaushalt gespült werden“, sagt Damian Ludewig.** Werde das Gesamtkonzept umgesetzt, sei im Jahr 2015 ein Aufkommen von 50 Milliarden Euro möglich.

Eine Geldquelle sei etwa das Dienstwagenprivileg. Es koste den Staat derzeit neun Milliarden Euro im Jahr. Davon profitierten diejenigen besonders, die teure Spritschlucker kaufen, diese viel privat nutzen und den höchsten Grenzsteuersatz bei der Einkommensteuer haben. Das müsse sich ändern, meint Ludewig. Ersparnis: 3,5 Milliarden Euro. Und den Atomkonzernen müssten die externen Kosten – für Folgen des Uranbergbaus oder die Haftung für Unfälle – auferlegt werden. Eine Steuer auf Kernbrennstoffe – 3,5 Cent pro Kilowattstunde – bringe 5,6 Milliarden Euro im Jahr.

Ludewig nennt diese Beispiele, um Bedenken entgegenzutreten, eine grüne Finanzreform belaste vor allem Ärmere. Für diese sei die Belastung der Arbeit oder die Mehrwertsteuer viel entscheidender.

der: Abgaben auf den Umweltverbrauch trügen bisher nur zu fünf Prozent zum Staatsaufkommen bei. 60 Prozent kämen aus der Belastung der Arbeit.

<http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=wu&dig=2010%2F04%2F16%2Fa0082&cHash=1387095f1c>

Nachhaltig gegen Staatsschulden

Ökologische Finanzreform soll Krisendefizite ausgleichen

[Ulrike Henning, *Neues Deutschland*, 17.04.2010] Hohe Staatsschulden und keine Ideen für die Senkung der Kohlendioxid-Emissionen? **Das Forum ökologisch-soziale Marktwirtschaft (FÖS)** stellte seine Alternativ-Strategie auf einer Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin vor.

Ob Flugreisen, Autofahren oder Atomstrom – mit niedrigen Preisen werden meist ökologisch falsche Entscheidungen belohnt. Diese „perversen Anreize“ beunruhigen Volkswirt Damian Ludwig. Für den **FÖS-Geschäftsführer** beginnt das Problem bei umweltschädigenden Subventionen, die den Markt verzerren. Nach seinen Berechnungen wird der Flugverkehr in Deutschland jährlich mit 10,5 Milliarden, der Autoverkehr mit 24 Milliarden Euro gefördert. Ganz zu schweigen vom Atomstrom: Zwischen 1950 und 2008 wurden 131 Milliarden Euro von staatlicher Seite zugesprochen.

Das **FÖS-Papier** beleuchtet 13 Themen aus den Bereichen Verkehr und Energie, in denen Steueränderungen und Subventionsabbau besonders sinnvoll erscheinen. So nutzen Regelungen zur **Dienst- und Firmenwagenbesteuerung** derzeit denen am meisten, die die teuersten Autos mit dem höchsten Verbrauch kaufen und sie häufig privat nutzen. Zwischen 70 und 90 Prozent der neu zugelassenen Oberklasse- und Geländewagen sind Firmenwagen. Hier verschenkt der Staat jährlich neun Milliarden Euro an Einnahmen. Gleichzeitig wird die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Autoindustrie gefährdet: 60 Prozent aller Neuzulassungen hierzulande sind Dienst- und Firmenfahrzeuge, die nach kurzer Nutzung im Gebrauchtwagenmarkt landen. Damit sind Anreize für eine unökologische Autoflotte gesetzt.

Die grünen Wirtschaftsforscher wollen die steuerliche Absetzbarkeit von Anschaffungs- und Treibstoffkosten nach CO₂-Emission staffeln, sowohl für betriebliche als auch für private Nutzung. Für Fahrzeuge, die 130 bis 140 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstoßen, könnten bis 2012 weiter alle Kosten geltend gemacht werden – hier sind viele Mittelklassewagen einzuordnen. Danach sollten die Werte schrittweise auf 100 Gramm gesenkt werden – heute genügen diesem Anspruch nur wenige Kleinwagen und Minicars.

Weiterhin fordern die Forscher die Einführung einer **Flugticketabgabe**. Besonders bedenklich: Der Flugverkehr bekommt 85 Prozent der Zertifikate im Emissionshandel geschenkt – die Bahn muss ihre komplett ersteigern. Eine Abgabe von kurzfristig 20 bis 40 Euro würde 2,3 Milliarden Euro einbringen. Sie besteht bereits in Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden. Allerdings geraten die Niederlande gerade durch Deutschland unter Druck, ihre Gebühr wieder abzuschaffen.

Mit den insgesamt 13 steuerlichen Maßnahmen könnten kurzfristig 18 Milliarden Euro eingenommen werden, bis 2015 sogar 65 Milliarden Euro, sagen die Forscher. Abziehen wäre ein Abschlag für die Kosten zwischen zehn und 20 Prozent. Auch wenn die Maßnahmen die Steuerzahler belasteten, sei das sinnvoller, als den Faktor Arbeit mit weiteren Steuern und Abgaben zu schwächen.

Stiftung: Neue Umweltsteuern sollen Staatsschulden bremsen

[*Tagesspiegel*, 16.04.2010] Im Kampf gegen die Überschuldung des Staatshaushalts sollten Steuern auf den Ressourcenverbrauch eine wichtige Rolle spielen, fordert die Grünen-nahe Heinrich-Böll-Stiftung. Die Verfasser der Studie schlagen 13 Maßnahmen im Energie- und Verkehrssektor vor, die Anreize für umweltfreundliches Verhalten bieten und Geld in die Kassen spülen sollen. Dadurch könnte der Staat 16,2 Milliarden Euro jährlich einnehmen, errechneten die Autoren. Zum Vergleich: Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) möchte das Haushaltsdefizit jedes Jahr um zehn Milliarden Euro senken, um die Schuldengrenze einzuhalten. Die größten Einnahmequellen sind laut Böll-Studie eine Steuer auf Kernbrennstoffe

und eine Abgabe auf Flugtickets. Dabei müssten Passagiere pro Flug einen Betrag zwischen 20 und 40 Euro zahlen.

<http://www.tagesspiegel.de/politik/nachrichten/1802160.html>

Weitere Artikel zum gleichen Thema:

<http://www.wir-klimaretter.de/nachrichtensep/politik-nachrichten/5642-finanzloch-stopfen-mit-umweltsteuern>

<http://www.wir-klimaretter.de/nachrichtensep/politik-nachrichten/5800-oeko-finanzreform-gegen-haushaltskrise>

Weitere Artikel:

„Schuldenkrise als Chance für die Ökologisierung der Wirtschaft“, Artikel von Damian Ludewig, Geschäftsführer des FÖS, im Glocalist Review, 12.04.2010.

<http://www.foes.de/pdf/Glocalist%20Nr%20%20265%20%282%29.pdf>

3. ÖFR DEUTSCHLAND

Subventionen auf Rekordhoch

[*Spiegel Online*, 03.06.2010] Zündstoff für die Spardebatte: Die Finanzhilfen von Bund, Ländern, Gemeinden und EU sind im vergangenen Jahr auf das Rekordniveau von 165 Milliarden Euro hochgeschwungen. 90 Prozent der Subventionen sind nach Ansicht von Experten überflüssig.

Abwrackprämie, Kohle, Krankenhäuser: Der Bund und andere öffentliche Stellen geben jedes Jahr Milliarden für Subventionen aus – und im vergangenen Jahr war es besonders viel Geld. Die Finanzhilfen stiegen auf 164,7 Milliarden Euro – und damit auf ein Rekordniveau. Nur im Krisenjahr 2001 hatte die öffentliche Hand ähnlich viel ausgegeben, geht aus Berechnungen des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) hervor.

Die Subventionen im Detail

- Bund, Länder und Gemeinden, Europäische Union, Bundesagentur für Arbeit sowie die Sondervermögen des Bundes

und der Länder gewährten 2009 insgesamt 112,5 Milliarden Euro Finanzhilfen.

- Die Steuervergünstigungen summierten sich auf 52,3 Milliarden Euro.
- Die direkten Finanzhilfen des Bundes stiegen im vergangenen Jahr um 6,7 Milliarden Euro. Hintergrund hier: Der Zuschuss an die Gesetzliche Krankenversicherung nahm deutlich zu.

Die staatlichen Stützen für Banken klammerte das IfW in seiner Berechnung aus.

Die Finanzhilfen der Länder kletterten vor allem wegen gestiegener Ausgaben für Kindertagesstätten und Krankenhäuser im Rahmen des Konjunkturpakets II. „Unter den direkten Finanzhilfen des Investitions- und Tilgungsfonds war die sogenannte Abwrackprämie mit 4,1 Milliarden Euro am bedeutsamsten“, schreibt das IfW.

130 Milliarden Euro lassen sich laut IfW sparen

Laut IfW profitierten viele Bürger wenig und wenige Bürger stark von den Subventionen: Nur ein Fünftel des Geldes sei 2009 branchenübergreifend gewährt worden. Vier Fünftel dagegen flossen gezielt an einzelne Wirtschaftsbereiche.

Die Forscher sehen erhebliches Sparpotential: Fast 90 Prozent der Subventionen des Bundes, der Länder und der Gemeinden seien „ohne weiteres kürzbar“, sagte IfW-Experte Alfred Boss. Das entspreche einem Sparpotenzial von fast 130 Milliarden Euro.

Allerdings lassen die Daten des IfW vermuten, dass die Subventionen angesichts der wirtschaftlichen Erholung ohnehin wieder zurückgehen könnten. So waren schon zwischen 2000 und 2007 die Beihilfen von 149,6 Milliarden Euro langsam aber stetig auf 143 Milliarden zurückgegangen. Erst in den Krisenjahren 2008 und 2009 aber habe sich der Trend wieder gedreht: Die Zuschüsse kletterten kontinuierlich in die Höhe. Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt habe der Anteil der Subventionen im vergangenen Jahr mit 6,8 Prozent wieder fast so hoch gelegen wie im Krisenwirtschaftsjahr 2001.

Allerdings zweifelt die Umweltschutzorganisation Greenpeace an den offiziell verfügbaren Daten der Bundesregierung. So sei die staatliche Förderung von Braun- und Steinkohle deutlich höher als von

der Regierung angeben. Für das Jahr 2008 beziffert Greenpeace die Unterstützung auf 12,8 Milliarden Euro. Im Subventionsbericht habe die Bundesregierung jedoch nur 1,9 Milliarden Euro angegeben.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,698532,00.html>

Koalition prüft neue Brennelemente-Steuer

[*Spiegel Online, 01.06.2010*] Es soll die Woche der Entscheidungen sein: Nach *Spiegel-Online*-Informationen will die Koalition noch vor der Sparklausur das Paket zur Haushaltssanierung festzurren. Dabei geht es nicht nur um Kürzungen. Im Gespräch sind auch höhere und neue Steuern.

Das Sparpaket der Bundesregierung nimmt Formen an: Nach *Spiegel-Online*-Informationen hat Schwarz-Gelb eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die noch vor der am Sonntag beginnenden Sparklausur der Bundesregierung einen Plan zur Sanierung des Haushalts vorlegen soll. Jede Partei ist mit zwei Experten in der sechsköpfigen Arbeitsgruppe vertreten. Am Dienstagmorgen hatten bereits die Parteichefs von CDU, CSU und FDP, Angela Merkel, Horst Seehofer und Guido Westerwelle, in Berlin eine gemeinsame Linie ausgelotet. Weitere Spitzentreffen sollen folgen. [...]

Laut Koalitionskreisen ist im Gegenzug zur geplanten Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke auch die Einführung einer **Brennelementesteuer** für Energieunternehmen im Gespräch. Eine solche Steuer fordern SPD und Grüne schon lange, um die Energieversorger für die Sanierung der maroden Atommülllager heranzuziehen. Darüber hinaus wird in der Koalition eine **Steuer auf Flugtickets** diskutiert. Diese würde Geschäftsreisende und Urlauber gleichermaßen treffen. Auch die Einführung der zuletzt heftig debattierten **Finanztransaktionssteuer** ist weiter geplant. [...]

Vollständiger Artikel unter:

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,698154,00.html>

Deutschland schröpft Geringverdiener/ Abgaben hoch, Steuern niedrig

[*Markus Balsler, Süddeutsche Zeitung, 11.05.2010*] Alleinerziehend? Oder alleinstehend mit wenig Einkommen? Da langt der Bund voll zu. Auch im internationalen Vergleich steht Deutschland schlecht da. In kaum einem anderen Land der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) müssen Arbeitnehmer so viele Steuern und Sozialabgaben zahlen wie in Deutschland. [...]

Dabei verlangt die Bundesregierung von den Deutschen insgesamt nicht mehr Steuern als andere Länder. „**Deutschland ist im Vergleich zu anderen OECD-Staaten kein Hochsteuerland**“, erklärt die Organisation. Der Anteil aller Steuern und Abgaben an der gesamten Wirtschaftsleistung ist mit 36,4 Prozent nur durchschnittlich. **Allerdings wird der Faktor Arbeit mehr als anderswo belastet, nämlich um 51 Prozent statt 36,4 Prozent im OECD-Mittel.** Frankreich liegt dabei nur ganz knapp hinter Deutschland. Höher ist die Belastung der Arbeit nur in Belgien und Ungarn. Die Sozialabgaben machen immer noch 13,3 Prozent der Staatseinnahmen aus; im OECD-Mittel sind es nur neun Prozent.

<http://www.sueddeutsche.de/geld/steuer-und-abgabenlast-deutschland-schroepft-die-geringverdiener-1.944704>

Woran in der Euphorie ums Elektro-Auto keiner denkt: Wie soll der Staat künftig zu seinem Geld kommen?

[*Gerd Eisenbeiß, Süddeutsche Zeitung, 04.05.2010*] Eigentlich gibt es in Deutschland schon lange Konsens darüber: **Die Nutzer von Autos sollten die Kosten dafür selbst tragen.** Und trotzdem haben wir immer noch das Doppelsystem aus Kraftfahrzeug- und Mineralölsteuer, sowie draufgesattelt ein Mautsystem für Lastwagen auf Autobahnen. [...]

Der Hoffnungsträger heißt Elektroauto, das an der Steckdose aufladbare Batterie-Fahrzeug; möglicherweise auch versehen mit einem kleinen, die Reichweite verlängernden Zusatzmotor herkömmlicher Art. [...]

Wer nun also die Hoffnung schöpft, sauberen Strom für sauberen Verkehr zu nutzen, wer in den nächsten 20 Jahren Millionen solcher Fahrzeuge herbeifördern will – der muss auch daran denken, dass sich im Erfolgsfall das Aufkommen der Mineralölsteuer entsprechend vermindern würde. Möglicherweise würde diese Steuer eines Tages sogar ganz wegfallen. [...] Damit aber würde der Fahrer keinerlei Beitrag zu den Infrastrukturkosten des Verkehrs mehr entrichten. Zugleich aber werden sich diese Kosten erhöhen: Denn wahrscheinlich wird es über viele Jahre finanzielle Anreize seitens des Staates brauchen, damit Elektro-Autos überhaupt eine Marktchance haben – sei es, indem der Staat Zuschüsse gibt, sei es, indem er Käufern die Kfz-Steuer erlässt. [...]

Die Dimension des Problems wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, wie ertragreich die Mineralölsteuer ist. Sie bringt dem Staat jährlich fast 40 Milliarden Euro. Um Elektro-Fahrzeuge ebenso wie die heutigen Benzin-Fahrzeuge zur Finanzierung von Straßen, Brücken, Ampeln und so weiter heranzuziehen, müssten etwa 20 Cent pro Kilowattstunde erhoben werden; denn ein Elektro-Fahrzeug braucht nur etwa 30 Prozent der Kilowattstunden, die ein Auto mit Verbrennungsmotor verbraucht.

Sollte das Elektro-Fahrzeug hingegen mehr Erfolg in einer anderen Variante haben, an der derzeit ebenfalls geforscht wird: der Wasserstoff-Brennstoffzellen-Technologie – dann wäre das Problem einer angemessenen Mitfinanzierung der Infrastruktur nicht ganz so groß. Man müsste den verbrauchten Wasserstoff nur ebenso besteuern wie heute Benzin und Diesel. Allerdings ist es so, dass in allen Rechnungen der Wasserstoff-Befürworter bisher jeder Ersatz für die Mineralölsteuer fehlt – da auch ihre Autos auf lange Zeit in der Anschaffung viel teurer wären als herkömmliche, hätten sie andernfalls auf lange Zeit keine Chance auf dem Markt.

Egal wie sich das Elektro-Auto entwickelt oder nicht, der motorisierte Individualverkehr der Zukunft wird wesentlich teurer sein als heute. [...] Die Folge: Vielleicht weniger Individualverkehr, vielleicht mehr Fahrten mit Bus und Bahn, vielleicht weniger Spritztouren. Was aber auch wiederum heißt, dass sich der Staat sorgen muss, wie er noch zu seinen Einnahmen kommt. Die Kosten

für die Infrastruktur bleiben ihm ja.

Die Politik, die Elektro-Fahrzeuge will, hat also ein gravierendes Problem, für dessen Lösung in den nächsten Jahren die Vorkehrungen zu treffen sind. Will man dabei beim Verursacherprinzip bleiben, ja dieses noch konsequenter als bisher durchsetzen, dann wäre in der Tat auf ein Mautsystem überzugehen, das das Aufkommen der heutigen Mineralöl- und Kfz-Steuer erbringt. Das Problem des Datenschutzes könnte wie beim Mobilfunk gelöst werden – mit Nutzungssperren und Löschfristen für die erfassten Daten. Aber der Aufbau eines Mautsystems ist aufwendig, teuer und ein Abenteuer, wie man bei seiner Einführung für Lkw erleben konnte.

Die Alternative: Die Politik weicht auf andere Steuern aus, zum Beispiel auf die Mehrwertsteuer. Denn die Arbeit soll ja nicht durch höhere Einkommensteuern verteuert werden. Immerhin entsprechen die Mineralölsteuer-Einnahmen, soweit sie aus dem Straßenverkehr stammen, etwa fünf Prozentpunkten Mehrwertsteuer! Für diese zweite Lösung könnte sprechen, dass Mobilität als Grundbedürfnis unserer Gesellschaft weithin anerkannt ist. Und die Befriedigung dieses Grundbedürfnisses sollte niemandem verwehrt werden, zumindest nicht, sofern sie auf nachhaltige Weise realisiert wird, also mit Strom aus sauberen und klimaschonenden Energiequellen. Zu hohe Kosten würden besonders bei ärmeren Mitbürgern dieses Mobilitätsbedürfnis ersticken und ihnen damit die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben vorenthalten.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, 04. Mai 2010, Seite 2

Im Archiv zu finden:

http://archiv.sueddeutsche.apa.at/sueddz/index.php?id=A45507908_OGTPOGWPPTPCORGEAAR_AGEAETRRGRSSPHCEC

Lieber Herr Esslinger,

Diagnose richtig, Therapie falsch

[Leserbrief von Anselm Görres] Zurecht beschwört Gerd Eisenbeiß das Verursacherprinzip und kritisiert, dass die modische Begeisterung über Elektromobilität auch dazu führen könnte, dass künftige Elektrofahrzeuge keinen oder einen

nur minimalen Beitrag zur Nutzung des Verkehrssystems Straße leisten würden. Möglicherweise gehört die Hoffnung auf solche Effekte auch zu den heimlichen Motiven der E-Freunde. Wenn die Kfz-Steuer emissionsarme Fahrzeuge begünstigt, zahlen E-Fahrzeuge dort nur noch wenig. Das ist umweltpolitisch in Ordnung, solange der Strom wirklich aus erneuerbaren Quellen kommt. Doch bei der Mineralölsteuer blieben die E-Mobile ganz außen vor. Wenigstens partiell sind Mineralölsteuern heute ein Ausgleich für die kostenlose Straßennutzung. Wenn der ADAC regelmäßig beklagt, dass die Mineralölsteuererträge höher sei als die Ausgaben für den Straßenbau, dann bestätigt er damit nur, wie wenig ihm die wirklichen Kosten des Autofahrens bewusst sind. Sie gehen weit über den Neubau von Straßen hinaus und machen ein Vielfaches dessen aus, was der Staat durch die Mineralölsteuer einnimmt. Denn Kosten des Verkehrssystems Auto fallen auf allen Staatsebenen und in nahezu allen Staatsressorts an – ob in der Justiz, bei der Polizei, im Gesundheitssektor, in der Straßen- und Schneereinigung, im Bildungswesen, in der Forschungsförderung, und ganz massiv im Steuersystem durch die großzügige Dienstwagensubvention.

Trotz der Mineralölsteuererträge wird beim Autoverkehr das Verursacherprinzip damit nur zu Bruchteilen erfüllt. Den Großteil der nicht gedeckten Kosten bleibt bei der Allgemeinheit hängen. Es sind somit letztlich Fußgänger und Wenigfahrer, die die Verkehrsnutzung der Vielfahrer subventionieren. Steuerfreiheit für E-Fahrzeuge würde das Versucherprinzip noch weiter aushöhlen. Eine Kfz-Maut, die alle Fahrzeuge belastet, wäre ein wichtiger Lösungsbeitrag. Bis hierhin ist Herr Eisenbeiß unbedingt zuzustimmen. Das FÖS warnt schon seit Jahren davor, dass steuerfreie E-Mobilität nicht nur die Mineralölsteuer austrocknen, sondern auch die bescheidenen Ansätze zur Kostenverantwortung der Verursacher untergraben würde.

Nicht folgen kann man Eisenbeiß aber, wenn er ausgerechnet die Mehrwertsteuer als Finanzierungsalternative für die entfallenden Mineralölsteuern vorschlägt. Am Ende müssten damit alle Konsumenten für die Kosten des Autoverkehrs aufkommen. Vorsteuerabzugsberechtigte Firmen und Selbständige – die für ihre oft privat genutz-

ten Dienstfahrzeuge heute wenigstens noch Mineralölsteuern zahlen – blieben künftig ganz außen vor. Die Dummen wären wieder einmal die üblichen Verdächtigen – Rentner, Arbeitnehmer, Sozialhilfeempfänger. Sie trügen nun fast allein die Kosten eines Verkehrssystems, zu dessen intensivsten Nutzern die Betreiber und Fahrer von Geschäftsfahrzeugen gehören. Weiter vom Verursacherprinzip entfernen kann man sich kaum noch!

Auszug aus Beschluss des 19. DGB-Bundeskongress

[DGB, Mai 2010] „Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Notwendigkeit eines handlungsfähigen Staates untermauert. Dafür braucht er eine ausreichende Finanzierungsbasis. Staatliche Handlungsfähigkeit muss aber auch über die Krise hinaus sichergestellt werden. Die Herausforderungen sind groß: Klimawandel, Energieeffizienz, demographischer Wandel, Bildung, Innovationsfähigkeit und die Modernisierung der Infrastruktur erfordern staatliches Handeln. [...]

Gleichzeitig erfordert die Schuldenbremse ab 2011 einen erheblichen Konsolidierungsbedarf: Viele öffentliche Aufgaben werden dann nicht mehr oder nur noch über teure Gebühren wahrgenommen werden können. Die Daseinsvorsorge würde in ihren Grundfesten erschüttert. [...]

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent hat unser Steuersystem ungerechter gemacht. Deshalb sagen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften **nein zu einer weiteren Erhöhung der Mehrwertsteuer**. Diese belastet überproportional die Bezieher unterer und mittlerer Einkommen, da sie im Vergleich zu den Besserverdienenden über eine hohe Konsumquote verfügen. Auch einer Anhebung des niedrigeren Steuersatzes von sieben auf 19 Prozent für die lebensnotwendigen Produkte des täglichen Bedarfs widersprechen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften entschieden. [...]

Hohe Privatvermögen sind gesondert zu besteuern. Wir fordern eine **verfassungskonforme Wiedereinführung der Vermögensteuer sowie eine deutlich höhere Besteuerung von großen Erbschaften und Schenkungen**. Selbstgenutztes Wohneigentum sollte bei der Vermögensteuer mit großzügigen Freibeträgen (500.000 Euro pro Familienhaushalt)

ausgestattet sein. Der Steuersatz sollte bei einem Prozent liegen. Dadurch würden spürbare Mehreinnahmen zugunsten der Länderhaushalte erzielt werden.

Die seit Anfang 2010 geltende neue Erbschaftsbesteuerung wird von den Gewerkschaften abgelehnt: ihr Aufkommen und ihre Steuersätze sind zu gering. Darüber hinaus produziert das neue Erbschaftsteuerrecht neue Ungleichheiten und damit Ungerechtigkeiten in der Vermögensbewertung. [...]

Die **Einführung von Ökosteuern** im Jahr 1999 war ein **wichtiger Schritt**, mit Steuern den ökologischen Umbau voranzubringen. Die Einführung bzw. schrittweise Umgestaltung und Erhöhung von Energiesteuern ist dabei ein wichtiges Instrument zur Senkung der CO₂ Emissionen. Aus Sicht des DGB ist es an der Zeit, eine an sozialen und ArbeitnehmerInnenrechten orientierte **Weiterentwicklung der Ökosteuer** anzugehen und ökologisch problematische Steuertatbestände einer Prüfung zu unterziehen.

Besteuerung der Atomenergieerzeugung: Seit 2005 wird Atomenergie durch den Emissionshandel begünstigt. Durch die Einpreisung der kostenlos verteilten CO₂-Zertifikate in den Strompreis sind die Strompreise gestiegen, die Stromproduktionskosten jedoch nicht. Nach wie vor gibt es keine analoge Belastung für die spezifischen Risiken und Kosten der Atomenergie. Die direkten Steuermehreinnahmen aus der **Besteuerung der Atomenergie** würden bei Besteuerung im Äquivalent von zwei Cent/Kilowattstunde jährlich rund 3,2 Mrd. Euro betragen.

Emissionshandel, Kerosinsteuer und Ticketabgabe im Flugverkehr: Wirksame klimapolitische Instrumente sind im Flugverkehr – einem klimaschädlichen und gleichzeitig am stärksten wachsenden Verkehrsmittel – überfällig. Deshalb ist die von der EU-Kommission angestrebte Einbeziehung des Luftverkehrs in den Emissionshandel prinzipiell zu begrüßen. Dabei müssen anspruchsvolle und zugleich realistische Emissionsziele gesetzt werden. Ziel muss ebenfalls die weltweite Erhebung einer Kerosinsteuer sein. Dies wäre die steuerlich konsequenteste Umsetzung des Klimaschutzgedankens. Zwischenschritte sind zu prüfen, zum Beispiel eine europäische Lösung bei der

Kerosinsteuer oder auch eine **Flugticketabgabe**, in die nicht nur alle startenden, sondern auch alle landenden Flugzeuge einzubeziehen sind.

Der explodierende Finanzmarkt der vergangenen Jahre war eine der Ursachen für die derzeitige Krise. Allein das Handelsvolumen von Derivaten, also Wetten auf die Kursentwicklung anderer Wertpapiere, von Währungen oder Rohstoffen, war 2007 50-mal höher als das Weltsozialprodukt. Der Handel mit „normalen“ Wertpapieren kam nur auf das 7,5-fache. Diese Zahlen verdeutlichen, dass es einen großen Anteil von spekulativen Finanzgeschäften gibt, die nicht der Absicherung von realwirtschaftlichen Vorgängen dienen. Wir fordern deshalb die **Einführung einer Finanztransaktionssteuer**. So könnten auch die Verursacher der Finanzkrise zur Finanzierung der Folgen herangezogen werden, Finanzströme würden transparent und Aktien, Rohstoffpreise und Wechselkurse stabilisiert. Die Steuer würde vor allem Spekulationsgeschäfte eindämmen. Denn je kurzfristiger ein Anleger handelt, desto öfter würde er zur Kasse gebeten. Wegen der breiten Bemessungsgrundlage könnten die Steuersätze einer Finanztransaktionssteuer sehr niedrig sein. Dennoch könnten Steuereinnahmen in erheblichem Umfang erzielt werden. Obwohl der Rückgang der Finanztransaktionen bereits mit eingerechnet ist, erbrächte eine Finanztransaktionssteuer in Europa einen Ertrag von rund 2,2 Prozent des BIP bei einem Steuersatz von 0,1 Prozent. Steuern auf den Kapitalverkehr sind nichts Neues. Sie werden in einer ganzen Reihe von Ländern erhoben. Vor diesem Hintergrund ist es geboten, dass die Bundesrepublik Deutschland mit anderen Ländern in einer Vorreiterrolle schon vor der Durchsetzung einer europäischen oder gar internationalen Finanztransaktionssteuer eine Börsenumsatz-Steuer einführt. Je nach Ausgestaltung könnten so zwischen vier und 13 Milliarden Euro jährliche Mehreinnahmen erzielt werden.“

Ungekürzter Antrag D001 unter:

https://www.dgb.de/uber-uns/dgb-heute/bundeskongress/19-ordentlicher-bundeskongress-dokumentation/++co++3d349ab2-5847-11df-7067-00188b4dc422/@_@index.html

Studie des Umweltbundesamt belegt: Höhere Spritpreise nützen der Umwelt.

[Roman Heflik, Stern, 25.3.2010] Bundespräsident Horst Köhler hat recht: Höhere Spritpreise haben durchaus eine Lenkungswirkung. Sie reduzieren den Schadstoff-Ausstoß und nutzen der Umwelt. Das geht aus einer Studie des Umweltbundesamtes (UBA) aus diesem März hervor. „Unsere Studien zeigen: Höhere Benzinpreise senken den Kraftstoffverbrauch“, sagte UBA-Präsident Jochen Flasbarth laut einer Pressemitteilung. So heißt es in der Studie: „Seit der Erhöhung der Energiesteuer kehrte sich der Trend zu kontinuierlich steigendem Kraftstoffverbrauch in Deutschland um. Der Kraftstoffverbrauch im Straßenverkehr sank zwischen 1999 und 2005 um 0,7 Millionen Tonnen.“

Damit bestätigen die Umweltexperten die umstrittenen Aussagen von Bundespräsident Horst Köhler, der in einem Interview die Frage aufgeworfen hatte, ob der Preis von Benzin nicht tendenziell höher als niedriger sein sollte. „Das Preissignal ist immer noch das stärkste Signal, damit Menschen ihr Verhalten ändern“, hatte Köhler gesagt. [...]

Studie watscht Köhler-Kritiker ab

Die Studie ist eine Klatsche für all jene Politiker von CDU, CSU, FDP und SPD, die die Analyse des Staatsoberhauptes wütend und empört abgelehnt hatten. In seiner Kritik besonders hervorgetan hatte sich dabei Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU). Der *Bild*-Zeitung hatte er gesagt, die Öko- beziehungsweise Spritsteuer im Benzinpreis habe keinerlei Lenkungswirkung entfaltet. [...] „Gefahren wird wie eh und je“, sagte der Minister der *Bild*.

Umweltbundesamt schlägt vor

Nach den Berechnungen der Experten bedeutet die Ökosteuer für den durchschnittlichen Pkw-Betrieb mit einer jährlichen Fahrleistung von 15.000 Kilometern und einem durchschnittlichen Benzinverbrauch von acht Litern auf 100 Kilometern Mehrkosten in Höhe von 184 Euro im Jahr. Ein verbrauchsgünstiges Fahrzeug mit einem durchschnittlichen Verbrauch von fünf Litern habe dagegen Mehrkosten von 115 Euro pro Jahr.

Das Umweltbundesamt ist so überzeugt von der

Ökosteuer, dass es eine noch weitergehende Verteuerung vorschlägt: Laut Studie ließe sich der Kraftstoff noch wesentlich stärker senken, wenn man die Kraftstoffbesteuerung jährlich um drei Cent je Liter anheben würde.

Das würde bedeuten, dass die Mineralölsteuer auf Benzin im Jahre 2020 rund 95 Cent statt wie heute 65 Cent betragen würde. Den Berechnungen der Experten zufolge würden dadurch die im Straßenverkehr erzeugten CO₂-Emissionen um 6,3 Prozent sinken. [...]

Staat soll öffentliche Verkehrsmittel attraktiver machen

Mit den 6,3 Prozent ist das Einspar-Potenzial aber dem Umweltbundesamt zufolge aber noch nicht ausgeschöpft: Erhöhe man dann die Steuern weiter kontinuierlich um 30 Cent bis 2030, betrage die CO₂-Emissionsminderung etwa 12,5 Prozent. Ein solches Anziehen der Preisschraube erfordere aber, dass in den meisten Nachbarländern Deutschlands Energiesteuererhöhungen in ähnlichem Umfang stattfänden. [...] Sollte eine Harmonisierung scheitern, solle man auch die Einführung einer Pkw-Maut in Betracht zu ziehen. „Diese hat den Vorteil, dass sie unabhängig vom Ort der Betankung des Fahrzeugs gilt, erfordert allerdings einen erheblich höheren administrativen Aufwand.“

UBA-Chef Jochen Flasbarth wandte sich jedoch gegen einseitige Belastungen der Autofahrer: „Für uns Verbraucher sollte eine Erhöhung möglichst aufkommensneutral erfolgen, in kleinen Schritten und am besten eingebettet in eine umfassende ökologische Finanzreform.“ Wenn der Staat Autofahren teurer mache, müsse er auch dafür sorgen, dass es attraktive Alternativen bei Bussen und Bahnen im Nah- und Fernverkehr gebe. Zu den steigenden Energiepreisen gibt es laut Flasbarth keine Alternative: „Passen wir uns heute nicht an die zunehmende Verknappung von Öl an, werden wir morgen umso stärker unter steigenden Preisen leiden.“

<http://www.stern.de/politik/deutschland/streit-um-hoehere-spritpreise-umweltbundesamt-gibt-koehler-recht-1552909.html>

Grüne kritisieren Überlegungen von Röttgen und Lindner zur sozialen Marktwirtschaft

[Nico Fried, Süddeutsche Zeitung, 27.03.2010]
Die Grünen haben mit Kritik und Spott auf einen schwarz-gelben Appell zur Neubestimmung der sozialen Marktwirtschaft reagiert. Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) und FDP-Generalsekretär Christian Lindner hatten in einem Namensbeitrag für die Süddeutsche Zeitung geschrieben, die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft sei „der Gestaltungsauftrag der christlich-liberalen Koalition“. Grünen-Fraktionsvize Fritz Kuhn sagte, „der Versuch von Röttgen und Lindner, der schwarz-gelben Dilettantenregierung durch die Besinnung auf die soziale Marktwirtschaft zu einem Sinn zu verhelfen“, sei gescheitert. „Die beiden springen zu kurz“, sagte Kuhn der SZ.

Die Erneuerung der in die Krise geratenen sozialen Marktwirtschaft könne nur gelingen, „wenn man versteht, dass ihre Zukunft in der grünen Marktwirtschaft liegt“, sagte Kuhn. Er verwies darauf, dass seine Partei entsprechende Konzepte schon 2007 vorgelegt habe. „Die Märkte der Zukunft brauchen einen konsistenten grünen Ordnungsrahmen, der sowohl ökologische Modernisierung als auch eine Neufundierung der sozialen Gerechtigkeit bedeutet“, sagte Kuhn. [...]

Röttgen und Lindner hatten geschrieben, Ziel einer Neubestimmung der sozialen Marktwirtschaft sei „die Verbindung von Fortschritt und sozialem Ausgleich, von Teilhabe und Leistungsgerechtigkeit“. Im Bereich der Umweltpolitik sollen demnach „marktkonforme Instrumente und umweltpolitische Zielvorgaben“ an die Stelle von „gut gemeinter ökologischer Detailsteuerung“ treten. [...]

Kuhn ging nun in seiner Reaktion deutlich auf Distanz: „Ohne eine Neuordnung der sozialen Rahmenbedingungen werden wir nicht zu einer sozialen Marktwirtschaft finden, die den Namen verdient“, sagte er und kritisierte aktuelle Vorhaben der Regierung: „In der Gesundheitspolitik geht es nicht um Entsolidarisierung durch kleine und große Kopfpauschalen, sondern um die Schaffung einer Bürgerversicherung für alle, die endlich die bestehende Zweiklassenmedizin überwindet.“ Kuhn sprach sich zudem gegen die Pläne aus, die Laufzeiten von Atomkraftwerken

zu verlängern: Die Entwicklung des Bruttosozialprodukts müsse vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden. „Wer dies auf der Basis neuer Technologien leisten will, darf nicht zuerst die alten Technologien verlängern. Kohle und Atom sind Brücken ins Nirgendwo“, sagte Kuhn.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, Nr.72, 27. März 2010, Seite 6

Im Archiv zu finden:

http://archiv.sueddeutsche.apa.at/sueddz/index.php?id=A45507908_OGTPOGWPPTPCORGEAAR_AGEAETRRGRSSPHCEC

Den Beitrag den CDU-Umweltminister Röttgen und FDP-Generalsekretär Lindner für die Süddeutsche Zeitung geschrieben haben, kann unter folgendem Link nachgelesen werden:

<http://www.sueddeutsche.de/politik/900/507065/text/>

„Wir müssen von Lenin Abschied nehmen“

Energie muss stetig teurer werden, sagt Klimaforscher Ernst Ulrich von Weizsäcker.

[Tagesspiegel 08.03.2010] Ernst Ulrich von Weizsäcker spricht im Interview mit Dagmar Dehmer über die Modernisierung der Wirtschaft und Energieeffizienz

Herr von Weizsäcker, Sie sind der deutsche Effizienzpapst, und alle Politiker sagen, dass Energieeffizienz ganz wichtig sei. Warum passiert trotzdem so wenig?

Ich bin keinerlei Papst, nur Beobachter. Dass so wenig passiert, liegt daran, dass Energie billig ist. Daher lohnt sich Effizienz auf dem Markt nur sehr eingeschränkt. Es geht also darum, wie Energie sozial- und wirtschaftsverträglich verteuert werden kann. Die Politik vieler Jahrzehnte war leninistisch. Lenin meinte, dass man für die Wirtschaftsentwicklung billige Energie brauche, am besten kostenlose. Die Folge war, dass immer mehr Energie verbraucht und vergeudet worden ist. Wir müssen davon Abschied nehmen.

Sie plädieren für eine Weiterentwicklung der Ökosteuer. Hat die reale Chancen?

Ja. Wir müssen gegen die Klimakrise ernsthaft etwas unternehmen. Energieeffizienz ist der kos-

tengünstigste Weg dazu. Das weiß man auch in Japan, China und mittlerweile sogar in den USA. Die Ölabhängigkeit ist zum Albtraum geworden. Die deutschen Erfahrungen mit der ökologischen Steuerreform waren ausgezeichnet. Sie hat Hunderttausende von Arbeitsplätzen gesichert.

Glauben Sie im Ernst an eine Ökosteuer in den USA?

Bisher nicht. In den USA nimmt die Zahl derjenigen, die die Klimaerwärmung für erwiesen halten, ab statt zu. Amerika ist derzeit kein Vorbild. Der US-Senat verweigert sich jeder internationalen Verpflichtung. Jetzt müssen sich Europäer und Asiaten technologisch und energiepolitisch zusammmentun und sagen: Effizienz und erneuerbare Energien sind die Zukunft. Irgendwann merkt man das dann an der Wall Street – und zehn Jahre später im amerikanischen Kongress. Bis dahin sind wir Europäer und Asiaten davongezogen. Einige US-Konzerne wie Walmart oder General Electric sind klimapolitisch schon heute auf unserer Seite.

Beim Weltklimagipfel in Kopenhagen hat die amerikanische Innenpolitik ja den kleinsten gemeinsamen Nenner vorgegeben. Welche Strategie empfehlen Sie, um die Verhandlungen wieder in Gang zu bringen?

Wie gesagt: Wir müssen mit den Asiaten eine technologische, politische und moralische Allianz bilden. Das würde die Amerikaner nervös machen und sie von ihrem hohen Ross herunterholen.

Gerade China und Indien, aber eigentlich auch Japan haben die Unfähigkeit der USA, sich zu bewegen, in Kopenhagen genutzt, um sich dahinter zu verstecken. Sehen Sie da Bewegung?

Man wusste schon lange vor Kopenhagen, dass die Entwicklungsländer 2009 nicht bereit sein würden, ihrerseits verbindliche Klimaverpflichtungen einzugehen, und dass sich die USA erst bewegen, wenn die großen Entwicklungsländer im Boot sind. [...] Die Europäer waren naiv genug, zu glauben, ihr edles Vorgehen würde die Amerikaner mitreißen und den Süden zufrieden stellen. Das konnte nur schiefgehen. Über die gleichen Pro-Kopf-Emissionsrechte, für die sich auch Bundeskanzlerin Angela Merkel und der indische Premierminister Manmohan Singh ausgesprochen haben, hätte sich schon 2007, beim G-8-Gipfel von Heiligendamm, eine Koalition zwischen Eu-

ropäern und Asiaten anbahnen können.

Es ist aber gerade den Schwellenländern schwer zu erklären, warum sie sich bewegen sollen, wenn die USA, die das Problem entscheidend mit verursacht haben und weiter verursachen, nichts tun.

Moralisch haben Sie da Recht. Aber ich bin überzeugt, dass das Nichtmitmachen beim Klimaschutz technologisch bestraft wird. In dem neuen Buch „Faktor Fünf“, das im Herbst auch auf chinesisch erscheint, zeigen wir, dass eine Verfünffachung der CO₂-Effizienz technisch machbar ist, auch und gerade in China, und dass das Länder reicher statt ärmer macht. Wer selbstgefällig auf diese Modernisierung verzichtet, ist selber schuld. Rentabel wird die Effizienzstrategie in China und Indien aber erst, wenn wir das Regime gleicher Emissionsrechte haben. Ohne diese ist ja jedes neue Kohlekraftwerk in China oder Indien eine Lizenz zum Gelddrucken.

Bisher ist Ihr Konzept doch immer auch daran gescheitert, dass jeder Effizienzgewinn durch Mehrverbrauch wieder aufgezehrt wird. Was tun?

Diese Erfahrung, der so genannte Rebound-Effekt, tritt immer dann auf, wenn die Energie billig ist. Man horcht als Verbraucher halt auf das Marktsignal. Deshalb muss das Marktsignal geändert werden.

<http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/wir-muessen-von-lenin-abschied-nehmen/1714972.html>

Ein weiteres Interview mit Weizsäcker:

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2010/0508/wirtschaft/0010/index.html>

Weizsäckers jüngste Publikation (zusammen mit K. Hergroves und M. Smith) heißt „Faktor fünf – Die Formel für nachhaltiges Wachstum“. Unter folgendem Link können Sie einen Ausschnitt lesen:

<http://www.naturaledgeproject.net/Factor5-Chapter9-LongTermEcologicalTaxReform.pdf.pdf>

Debatte über die Wirtschaft der Zukunft

Fortschritt ja, aber bitte grün

[Ernst Ulrich von Weizsäcker, Spiegel Online, 15.04.2010] Der Kapitalismus pur stößt an seine

Grenzen. Die Weltbevölkerung wächst rasant, die Ökosysteme kollabieren, ganze Landstriche drohen zu veröden. Die Unternehmen müssen deshalb radikal umdenken und ihre Produkte an einem höheren Ziel ausrichten: der grünen Revolution.

Um den Artikel zu lesen, klicken Sie auf folgenden Link:

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,688099,00.html>

Entschließungsantrag

[16.03.2010] Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hat einen Gesetzentwurf für das Haushaltsjahr 2010 eingebracht, der sich mit einem „Grünen New Deal“ zur Lösung der Rekordverschuldung, dem globalem Klimawandel und der sozialer Schieflage befasst. Hier zu finden:

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/010/1701092.pdf>

4. ÖFR EUROPA

EU-Kommission will einheitliche CO₂-Steuer

[*co₂-Handel.de*, 02.06.2010] Im Kampf gegen den Klimawandel will die EU-Kommission künftig eine einheitliche CO₂-Besteuerung. Damit soll auch für eine effizientere Energienutzung gesorgt werden.

„Das ist keine neue Steuer“, sagte Kommissionssprecherin Emer Traynor. Die Kommission schlägt aber eine neue Struktur der Energiesteuer vor. Bisher besteuerten EU-Staaten Energie nur auf der Basis der verbrauchten Menge. Dänemark und Schweden haben nach früheren Angaben bereits entsprechende Gesetze. Deutschland hat die Ökosteuer, die in erste Linie Kraftstoffe betrifft.

„Wir erwägen, Energie mit zwei Elementen zu besteuern. Mit einer Energiekomponente und einer CO₂-Komponente“, sagte Traynor. Ende Juni sollte der Vorschlag vorgelegt werden. Die EU-Staaten müssen das Vorhaben dann noch einstimmig billigen, auch das Europaparlament ist eingebunden. Mit raschen Entscheidungen ist des-

halb nicht zu rechnen.

In Zukunft würden dann auch Steuern für die in die Luft gepustete Menge Kohlendioxid (CO₂) anfallen. Mindestsätze – nur die kann die EU vorschlagen – stünden aber noch nicht fest. „Deshalb kann niemand spekulieren, welche Auswirkungen die Steuer auf bestimmte Sektoren haben wird“, hieß es in Brüssel.

Die EU hatte beschlossen, Kohlendioxid-Emissionen deutlich zu reduzieren. Bis 2020 sollen sie 20 Prozent unter dem Stand von 1990 liegen. In der gleichen Zeit soll die Energieeffizienz um 20 Prozent steigen.

http://www.co2-handel.de/article185_14396.html

Originalmeldung der EU:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/657&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Köhler pocht auf „Kostenwahrheit“ im Transportsektor

[27.05.2010, *Süddeutsche Zeitung*] Bundespräsident Horst Köhler hat sich für Steuern auf Flugbenzin und insgesamt mehr „Kostenwahrheit“ im Transportsektor ausgesprochen. Kostenwahrheit führe zu umweltfreundlicheren Lösungen, sagte Köhler auf dem Weltverkehrsforum in Leipzig. Sie würde zudem die Binnenschifffahrt und den Schienenverkehr attraktiver machen.

Köhler appellierte zugleich an die Europäische Union, sich für einen fairen Wettbewerb zwischen den unterschiedlichen Verkehrsträgern einzusetzen. Der Bundespräsident betonte, im Gegensatz zur Stromsteuer, die die Bahn bezahlen müsse, sei Kerosin bislang ebenso wie Schiffstreibstoff von der Steuer befreit.

„Wäre es im Sinne der Gleichbehandlung der Verkehrsträger nicht gerecht, die Aussetzung der Energiesteuer für Kerosin und Schiffstreibstoff zu beenden?“, fragte er. Er wisse, dass dies schwierige Verhandlungen bedeute. Dennoch sollte das Thema möglichst international angepackt werden.

„Nicht nur schwindlig, sondern angst und bange“ Köhler verwies darauf, dass der Flugverkehr [...]

rasant zunehmen wird. Wenn dieser Anstieg mit einer entsprechenden Zunahme der Umweltbelastung einhergehe, „dann muss uns allen nicht nur schwindlig werden, sondern angst und bange“.

Schon heute würden gut 13 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen durch Verkehr verursacht. „Das kann und darf nicht einfach so weitergehen“, erklärte er. Nötig sei daher nicht ein bloßes Mehr an Mobilität, sondern bessere und klügere Mobilität. Köhler erklärte, ein durch Kostenwahrheit befeuertes Wettbewerb sei nicht bequem, er biete aber auch und gerade für Deutschland und Europa große Chancen.

So könnten damit Innovationen wie besonders leichte Container für die Luftfahrt, hybride Antriebssysteme auch für Lastwagen und stauvermeidende Leitsysteme gefördert werden. Auch mit Blick auf vergleichsweise billige Flüge erklärte er, wer Menschen oder Waren befördere, zahle heute Treibstoff, Personal und Verkehrsträger. „Er zahlt aber wenig bis gar nichts für Luftverschmutzung, Lärmbelästigung, Gesundheitskosten, Umwelt- und Klimaschäden.“ Nur deswegen sei es derzeit billiger, Krabben aus der Nordsee nicht an der Nordsee, sondern in Marokko pulen zu lassen und anschließend doch in Deutschland zu verkaufen.

Köhler sagte, er sei sich sicher, dass die Verbraucher bereit seien, für weniger „weitgereiste Krabben“ etwas mehr zu bezahlen, wenn das klar die Umwelt entlaste. „Denn auch die ist den meisten Menschen sehr viel wert – sie hat nur leider zu oft noch keinen Preis.“ [...]

Kostenwahrheit würde dazu beitragen, regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken und unnötige Transporte zu vermeiden. Weniger Transportaufkommen bedeute nicht zwingend, dass wirtschaftliche Abstriche gemacht werden müssten, fügte der Bundespräsident hinzu.

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/kerosinsteuer-krabben-lieber-in-deutschland-pulen-1.950709>

Weitere Informationen zum Thema:

<http://www.wir-klimaretter.de/nachrichtensep/mobilitaet-nachrichten/5960-koehler-fordert-flugbenzinsteuer>

Studie: Einbindung des Internationalen Seeverkehrs in das europäische Emissionshandelsystem

[*co₂-Handel.de*, 26.05.2011] Das Öko-Institut hat in einer Studie verschiedene Varianten einer Einbindung der internationalen Seeschifffahrt in das Europäische Emissionshandelssystem (EU EHS bzw. EU ETS) untersucht. Die internationale Seeschifffahrt ist ein stark wachsender Sektor und trägt derzeit mit etwa 2,7 Prozent zu den globalen Treibhausgasemissionen bei. Tendenz: zunehmend.

Trotz Anstrengungen auf Ebene der Internationalen Seeschifffahrtsorganisation existieren derzeit noch keine verbindlichen Instrumente um die Treibhausgasemissionen der Seeschifffahrt zu mindern. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die Einbindung ohne nennenswerte ökonomische Nachteile technisch und rechtlich umsetzbar wäre und für diesen Fall keine nennenswerten negativen Auswirkungen auf die deutsche und europäische Volkswirtschaft zu erwarten sind. Eine solche Maßnahme könnte sich sogar positiv auf die maritime Wirtschaft auswirken.

Die vollständige Studie „Integration of Marine Transport into the European Emissions Trading System: Environmental, economic and legal analysis of different options“ kann beim Umweltbundesamt kostenlos heruntergeladen werden:

http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien-e/mysql_medien.php?anfrage=Kennnummer&Suchwort=3942

http://www.co2-handel.de/article341_14338.html

Großbritannien: Chris Huhne, reich und radikal

[*Ralf Sotscheck, taz*, 14.05.2010] Er ist einer der reichsten Abgeordneten im britischen Unterhaus. Chris Huhne, der neue Minister für Energie und Klimawandel, hat sein Vermögen als Wirtschaftsberater in der Londoner City gemacht. Der 55-jährige Politiker der Liberalen Demokraten ist Wirtschaftsexperte. [...]

Von 1999 bis 2005 saß er im Europa-Parlament, bei den Wahlen 2005 zog er als Abgeordneter für

Eastleigh ins Unterhaus ein. Er wäre gerne Chef der Liberalen Demokraten geworden, wurde aber jeweils nur Zweiter hinter Menzies Campbell im Jahr 2006 und hinter Nick Clegg im Jahr 2007. Wäre ein Sack mit 1.300 Briefwahlstimmen in der Post nicht aufgehalten worden und zu spät für die Abstimmung gekommen, hätte Huhne gewonnen.

Er tritt für radikale Steuererhöhung für Umweltverschmutzung ein, um die Steuern für die unteren Einkommenschichten senken zu können. Huhne steht allerdings vor einer schwierigen Aufgabe: In sein Ressort fällt die Atomkraft, die die Liberalen eigentlich ablehnen. Das dürfen sie auch weiterhin, haben ihnen die Tories zugestanden. Aber sie dürfen das Gesetz nicht blockieren, das neuen Atomkraftwerken den Weg ebnet.

<http://www.taz.de/digitaz/2010/05/14/a0229.nf/text>

Frankreich: Sarkozys „grüne Revolution“ vom Winde verweht

[Ulrike Koltermann, *co₂-Handel.de*, 04.05.2010]
Windparks, Lastwagenmaut, Biogemüse in Schulkantinen – die Ideen sprudelten nur so. Frankreich sollte auf der internationalen Bühne ein Vorreiter beim Klimaschutz werden. Die Regierung diskutierte wochenlang mit Gewerkschaften, Unternehmen und Umweltverbänden. Der daraus hervorgegangene Gesetzentwurf wird nun im Parlament beraten. Kritiker halten den Text für stark verwässert. Das Umweltprojekt gilt schon als gescheitert.

Die Umweltorganisation Greenpeace hat nachgezählt: In dem Gesetzesentwurf kommt 142-mal „kann“ oder „könnte“ vor und nur 16-mal das Wort „muss“. [...]

Windkraft sollte beispielsweise ein Grundpfeiler der neuen Umweltpolitik werden. Frankreich produziert gerade mal 4500 Megawatt Windenergie, in Deutschland sind es mehr als 21 000 Megawatt. Doch anstatt Anreize für neue Windparks zu schaffen, schreibt der Gesetzentwurf nun ebenso strenge Auflagen fest wie für Chemiefabriken. Außerdem sollen Windparks künftig mindestens 15 Windräder umfassen, was voraussichtlich kleinere Investoren abschrecken wird.

Eigentlich wollte Frankreich bis 2020 den Anteil

erneuerbarer Energien von derzeit etwa zehn auf 23 Prozent erhöhen. Umweltschützer bezweifeln, dass dieses Ziel noch zu erreichen ist. Dazu müssten jährlich etwa 1000 neue Windräder aufgestellt werden – aber die Anti-Windkraft-Lobby hat mächtige Fürsprecher, unter ihnen Ex-Präsident Valéry Giscard d'Estaing, der über die Kosten und die Verschandelung der Landschaft jammert.

Die Atomkraft hat in der gesamten Umweltdebatte so gut wie keine Rolle gespielt. Greenpeace kritisiert unter anderem, dass Sarkozy im vergangenen Jahr den Bau eines zweiten EPR-Atomreaktors angekündigt hat, ohne eine öffentliche Debatte abzuwarten. [...]

Auch bei anderen Themen hinkt die Regierung ihren ursprünglichen Plänen hinterher. Ein vorläufiges Verbot von Genmais könnte möglicherweise bald wieder aufgehoben werden. Die Lastwagensteuer und die Innenstadtmaut für Großstädte sind bis auf weiteres verschoben. Der Einsatz von Insektengift in der Landwirtschaft wird auf Drängen der Bauern längst nicht so stark eingeschränkt wie ursprünglich geplant. Bislang wurde weniger als ein Prozent der französischen Küstengewässer zu Schutzzonen erklärt – eigentlich sollten es 2012 bereits zehn Prozent sein.

Umweltschützer sind auf der ganzen Linie von Präsident Sarkozy enttäuscht – vor allem, seit er die bereits beschlossene Klimasteuer wieder zu den Akten gelegt hat. Die Stiftung von Nicolas Hulot, Frankreichs Vorzeige-Ökologe, kündigte kürzlich die Zusammenarbeit mit der Regierung auf. „Einen politischen Konsens gibt es nicht mehr, das Projekt ist politisch tot“, resümiert die Zeitung „La Tribune“.

http://www.co2-handel.de/article185_14200.html

Weitere Artikel zur Klimasteuer in Frankreich:

<http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-03/frankreich-klimasteuer>

<http://www.zeit.de/politik/ausland/2009-12/frankreich-klimasteuer-sarkozy>

http://www.pro-regenwald.de/news/2010/04/26/Freie_Fahrt_fuer_Klimawandel

EU: Barroso kündigt grüne Besteuerung an

EU-Kommission will Abgaben auf Umweltverschmutzung und Energieverschwendung

[*co₂-Handel*, 30.4.2010] Die EU-Kommission will noch in diesem Jahr Vorschläge zur Besteuerung von Umweltverschmutzung und Energieverschwendung vorlegen. Kommissionspräsident José Manuel Barroso sagte dem *Hamburger Abendblatt*: „Wir müssen uns der Frage nähern, wie die Mitgliedstaaten Produkte und Dienstleistungen besteuern, die die Umwelt verschmutzen und Energie verschwenden.“ Konkrete Vorschläge zur „sogenannten grünen Besteuerung von Produkten und Dienstleistungen wird die Kommission noch in diesem Jahr vorlegen“, wird er weiter zitiert. Dabei werde es nicht um eine EU-Steuer gehen. Die Ausgestaltung werde nicht einfach sein, meinte der Kommissionspräsident.

In Unternehmen und privaten Haushalten werde „unglaublich viel Energie verschwendet“, beklagte Barroso. Als negatives Beispiel nannte er dem Blatt zufolge Klimaanlage, die Räume im Sommer vielfach so weit abkühlten, dass man friere. „Energiesparen ist die effizienteste Art, unsere Klimaziele zu erreichen. Wir brauchen deshalb neue Anreize. Eine Möglichkeit ist, die Verbraucher über die Preisstruktur zum Energiesparen zu ermutigen“, wurde er zitiert.

Barroso betonte: „Theoretisch müsste Energie einen höheren Preis haben, damit wir weniger fossile Energien verwenden. Eine dauerhafte Lösung kann aber nur gemeinsam mit unseren globalen Partnern gefunden werden.“ Die EU dürfe sich keine Wettbewerbsnachteile erlauben.

http://www.co2-handel.de/article344_14176.html

Weitere Nachrichten zum Thema:

<http://www.abendblatt.de/politik/ausland/article1478737/Barroso-Solidaritaet-ist-das-Gebot-der-Stunde.html>

<http://www.abendblatt.de/politik/article1480388/Gruene-geisseln-EU-Vorschlaege-zur-Energiebesteuerung.html>

EU: Zu viele Wohltaten des Staates

EU-Strategie bietet keine Antwort auf Wirtschafts-, Schulden- und Umweltprobleme

[*Valentin Zahrnt, Süddeutsche Zeitung* 26.04.2010] Die EU hat eine Wachstumsstrategie für das kommende Jahrzehnt vorgelegt, die der Wirtschaftstheorie des 18. Jahrhunderts entspricht. Gemäß der merkantilistischen Maxime sollte ein Überschuss in der Handelsbilanz Gold und Silber einbringen, um die militärische Schlagkraft des Landes zu steigern. Daraus folgte die Aufgabe für den Staat, durch eine aktive Industrie- und Handelspolitik die Exporte zu mehren und den Importbedarf zu schmälern.

Die EU-Strategie ist weniger protektionistisch, doch bei vielen Leitgedanken und Maßnahmen zeigen sich erstaunliche Parallelen. Die 2020-Strategie ... schüren die Angst, dass die EU hinter ihren Konkurrenten auf dem Weltmarkt zurückfalle und vor allem von Indien und China in den Schatten gestellt werde. [...]

Doch das eigentliche Problem liegt in der Sichtweise, der ökonomische Fortschritt anderer Staaten sei für die EU bedrohlich. Gewinnen wir nicht an Sicherheit, wenn Armut und damit auch Migration, Piraterie und Terrorismus abnehmen? Profitieren wir nicht von expandierenden Exportmärkten für hochwertige EU-Produkte und Dienstleistungen?

Ebenso fehlgeleitet sind viele der Schlüsse, welche die 2020-Strategie aus ihrer Krisenbilanz zieht. Deren gemeinsamer Nenner lautet zum einen, dass wir unsere Wettbewerbsfähigkeit in allen Sektoren steigern müssen. Volkswirtschaftler sind sich selten einig, doch kaum einer widerspricht Ricardos Einsicht in die komparativen Kostenvorteile. Selbst ein Land, das alle Güter absolut günstiger herstellen kann als seine Handelspartner, profitiert davon, sich auf jene Güter zu spezialisieren, in denen sein Vorsprung am größten ist, und die anderen Güter im Gegenzug zu importieren. Das Vorhaben der EU, die Wettbewerbsfähigkeit aller Sektoren zu steigern, kündigt implizit an, weiterhin öffentliche Mittel zu verschwenden, um dem gesamtwirtschaftlich effizienten Strukturwandel entgegenzuwirken.

Zum anderen weisen zahlreiche Vorschläge in Richtung mehr Staat: Öffentliche Investitionen in

die Infrastruktur für Internet, Transport und Energie, in Forschung und lebenslanges Lernen, in Energieeffizienz und grüne Technologien und in grenzüberschreitende Mobilität stehen auf dem Programm. Das alles ist löblich – und beunruhigend. Denn das Augenmerk liegt auf den Wohltaten des Staates, die Kräfte des Marktes werden vernachlässigt. Eine ernst gemeinte Wachstumsstrategie würde mit einer Offensive auf alle ungerechtfertigten staatlichen Eingriffe ansetzen, die den Wettbewerb innerhalb der EU und an ihren Außengrenzen beschränken.

Das politisch Angenehme an dieser merkantilistischen Logik ist, dass nirgendwo Einschnitte vorgenommen und Opfer gebracht werden müssen. [...]

Die im Jahr 2000 begonnene Lissabon-Strategie, welche die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt machen sollte, hat diesen Prozess des kontinuierlichen Ausufers und Verwässerns schonungslos vor Augen geführt. Das Gütesiegel „Lissabon-kompatibel“ schmückte die größten Fehlleistungen der EU.

Die Europäische Kommission pries sogar die Gemeinsame Agrarpolitik, die mehr als 40 Prozent des EU-Budgets absorbiert, als Beitrag zu den Zielen von Lissabon. Dabei werden die Subventionen primär verwendet, um bäuerliche Einkommen aufzubessern und überkommene Produktionsstrukturen zu erhalten, statt etwa nachhaltige Anbaumethoden für die Zeiten von Klimawandel und Wasserknappheit zu entwickeln. [...]

Die 2020-Strategie beginnt mit einem Gewittersturm und endet in Schönwetterpolitik. Sie bietet keine angemessene Antwort auf die Wirtschafts-, Schulden- und Umweltkrise. Sie entwickelt keinen öko-liberalen Zukunftsentwurf. Sie ist von einem merkantilistischen Geist durchdrungen, der in die Vergangenheit, nicht die europäische Zukunft weist.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, Nr.95, 26. April 2010, Seite 18

Im Archiv zu finden:

http://archiv.sueddeutsche.apa.at/sueddz/index.php?id=A45507908_OGTPOGWPTPCORGEAAR_AGEAETRRGRSSPHCEC

EU-Kommissarin fordert saftige Energiesteuer

[*Spiegel*, 19.04.2010] Provokanter Vorstoß aus Brüssel: Klimaschutzkommissarin Hedegaard will Energiekonsum besteuern – und Verbraucher und Unternehmen so zu mehr Effizienz zwingen. Ihr Vorschlag stößt vor allem unter Experten auf regen Zuspruch.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,689863,00.html>

5. ÖFR INTERNATIONAL

Energiewende nach Öl-Desaster

Obama wirbt für ein grünes Amerika

[*Spiegel Online*, 02.06.2010] Alternative Energien statt Abhängigkeit von Öl: Barack Obama will die USA auf erneuerbare Energien einschwören – und die Lehren aus dem Desaster im Golf von Mexiko ziehen. Doch für einen Gesetzentwurf fehlt ihm die nötige Mehrheit.

US-Präsident Barack Obama will Konsequenzen ziehen aus der Ölpest im Golf von Mexiko – auch wenn das einigen Landsleuten reichlich spät erscheinen mag. Obama will nun das innenpolitisch umstrittene Gesetz zum Klimaschutz und zur Förderung alternativer Energien vorantreiben.

Die Abhängigkeit der USA von fossilen Brennstoffen und die anhaltenden Risiken der Ölförderung ließen „nur einen Weg“ für die künftige Energiepolitik der USA zu – nämlich eine Abgabe auf Verschmutzung durch Kohlendioxid (CO₂), sagte Obama am Mittwoch in Pittsburgh laut vorab verbreiteten Redeauszügen.

Der Präsident räumte ein, dass ein entsprechender Gesetzentwurf derzeit noch nicht über die nötige Mehrheit von 60 der 100 Stimmen im US-Senat verfüge. „Die Stimmen sind derzeit noch nicht da, ich habe aber die Absicht, sie in den kommenden Monaten zu sammeln“, sagte er. Er kündigte an, auch mit den Republikanern zusammenarbeiten zu wollen. „Wir werden es schaffen“, sagte Obama.

Die Amerikaner müssten angesichts der verheerenden Katastrophe im Golf von Mexiko einge-

stehen, dass nicht nur fossile Brennstoffe den Energiebedarf decken können. Die Zeit sei gekommen, „dass dieses Land eine Zukunft mit sauberer Energie wirklich annimmt“, sagte Obama: „Die nächste Generation darf nicht Geisel der Energiequellen des vergangenen Jahrhunderts sein.“

Obama hatte sein Amt im vergangenen Jahr mit dem Anspruch angetreten, dass die USA eine Führungsrolle beim Klimaschutz übernehmen und wie andere Industrieländer auch ein System des Emissionshandels etablieren sollten. Das Repräsentantenhaus hat bereits einen entsprechenden Gesetzentwurf verabschiedet, im Senat jedoch tritt das Projekt auf der Stelle. Die oppositionellen Republikaner, aber auch einige Senatoren von Obamas Demokraten, fürchten durch eine Emissionsabgabe zu hohe Belastungen für die Unternehmen.

Obama hat zudem ein Ende der Steuererleichterungen für Ölkonzerne gefordert. Die Milliarden Dollar sollten für die Forschung zu grünen Energien verwendet werden, sagte er.

Neue Panne bei BP

Die Ölpest breitet sich indes dramatisch aus: Jetzt sind auch die Touristen-Strände Floridas bedroht, in den Bundesstaaten Mississippi und Alabama werden Teerklumpen an Land gespült.

Zugleich gab es bei einem erneuten Versuch, den Ölfluss zumindest einzudämmen, eine Panne. Beim Absägen des defekten Steigrohrs am Ölleck blieb die Säge stecken. Zunächst sei die erste Sägearbeit in rund 1500 Meter Tiefe erfolgreich verlaufen. „Dann blieb die Säge im Steigrohr stecken“, sagte US-Admiral Thad Allen am Mittwoch. Er sei aber optimistisch, dass dies bald gemeistert werden könne. [...]

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,698417,00.html>

Die Gunst der Stunde nutzen

[Arne Jungjohann, 24. Mai 2010] Die Ölpest im Golf von Mexiko breitet sich immer weiter aus. Das Leck in der Leitung ist weitaus größer als BP anfangs zugegeben hat. Die Demokraten wollen die Gunst der Stunde nutzen. Das Repräsentantenhaus bereitet ein Energiesteuergesetz vor, um die Ölindustrie in die Verantwortung zu bringen.

Mit dem Gesetzentwurf H.R. 4213 (http://waysandmeans.house.gov/media/pdf/111/HWC_711_xml.pdf) soll eine bereits existierende Steuer auf Erdöl von acht US-Cent auf 32 US-Cent pro Fass vervierfacht werden. Gleichzeitig würden die Haftungsgrenzen im Katastrophenfall von einer auf fünf Mrd. US-\$ erhöht. Etliche weitere Einzelmaßnahmen sind dem Entwurf beigelegt wie z.B. Steuererleichterungen für Biodiesel und Erd- und Biogas im Verkehr. Der Entwurf soll möglichst noch diese Woche abgestimmt werden. [...]

Den vollständigen Artikel unter:

<http://klima-der-gerechtigkeit.de/2010/05/24/die-gunst-der-stunde-nutzen/>

Weitere Artikel zum Thema (auf Englisch):

<http://www.eenews.net/eed/2010/05/24>

(auf Deutsch):

<http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/27/0,3672,8076571,00.html>

Einen Artikel zur Einführung der ersten Co₂-Steuer in einem US-Bundesstaat, in Maryland, können Sie hier auf Englisch nachlesen:

<http://www.grist.org/article/tea-party-helps-pass-carbon-tax>

Die Welt braucht ein globales Klimaregime – GESolutions 2009/10

[Pressemitteilung, 01.06.2010] Jeder Ausstoß von Kohlendioxid sollte weltweit mittelfristig mit einem einheitlichen Preis belegt werden, der den Umweltkosten der Emission entspricht. Ein solcher Preis ließe sich sowohl durch die Einführung einer weltweiten Steuer auf Emissionen als auch durch den weltweiten Verkauf von Verschmutzungsrechten definieren. Die Einnahmen, die sich durch eine Steuer oder einen Verkauf von Rechten ergeben, sollten für Klimaschutzmaßnahmen verwendet werden.

Dies ist der Kernvorschlag zur Lösung der globalen Umweltproblematik, die eine internationale Expertengruppe im Rahmen des Global Economic Symposium (GES) 2009 erarbeitet hat. Zu der Expertengruppe gehören Lars G. Josefsson, Präsident und Vorstands vorsitzender von Vattenfall

AB, Jiahua Pan, Geschäftsführer des Research Centre for Sustainable Development der Chinese Academy of Social Sciences, James P. Leape, Generaldirektor des WWF, Jorma Ollila, Vorsitzender von Royal Dutch Shell, Lirio A. Parisotto, Vorsitzender von Geração Futuro und als Moderatorin Fiona Harvey, Umweltkorrespondentin der Financial Times.

Gegenwärtig gibt es eine breite Palette von Instrumenten, die dazu beitragen sollen, den Schadstoffausstoß zu verringern. Sie reicht von mengenmäßigen Beschränkungen, Biokraftstoffquoten und technischen Bestimmungen („Glühlampenverbot“) bis hin zu freiwilligen Emissionsverringerungen. Die Expertengruppe hält diese Instrumente für unzulänglich, so lange sie nicht in der Lage sind, Konsumenten, Produzenten und andere Entscheidungsträger mit einem angemessenen Preis für den Schadstoffausstoß zu belasten. Denn nur ein Preis, der den Umweltkosten der verursachten Emission entspricht, gibt hinreichende ökonomische Anreize zu einem umweltbewussten Verhalten.

Da ein globaler Preis für den CO₂-Ausstoß aus politischen Gründen wohl erst in der mittleren Frist realisierbar ist, empfiehlt die Expertengruppe, für die kurze Frist eine internationale Vereinbarung zur Reduzierung von Treibhausgasen abzuschließen. Eine solche Vereinbarung sollte alle bedeutenden Schadstoffproduzenten umfassen, also vorrangig die EU-Mitgliedsstaaten, die Vereinigten Staaten, Brasilien, Indien, China und Russland. Nach und nach sollten weitere Länder beitreten, um diese Vereinbarung schließlich zu einem globalen Abkommen auszubauen.

In den kommenden Jahrzehnten wird die Weltbevölkerung rasant ansteigen. Im Jahr 2050 werden voraussichtlich zwischen acht und elf Milliarden Menschen auf der Erde leben. Das Bevölkerungswachstum wird die Emissionen weiter in die Höhe treiben, daher sind Maßnahmen, die das Bevölkerungswachstum reduzieren, erforderlich. Die Länder müssen den Bevölkerungsanstieg begrenzen, indem sie in die Familienplanung eingreifen. Dies sollte durch Aufklärung und insbesondere mithilfe von Investitionen in Bildung und Arbeit für Frauen geschehen.

Das Global Economic Symposium 2009 wurde

mit Unterstützung der Fielmann AG, der Wintershall AG und der Fielmann Akademie Schloss Plön gemeinsam vom Institut für Weltwirtschaft und dem Wirtschaftsministerium Schleswig-Holstein veranstaltet. Die Diskussionen über die Umweltpolitik der Zukunft werden auch auf dem Global Economic Symposium 2010 Thema sein, das vom 28.- 29. September auf Einladung der türkischen Zentralbank in Istanbul stattfinden wird. Ein vollständiges Programm des Global Economic Symposiums 2010 finden Sie unter: <http://www.global-economic-symposium.org/>

<http://www.ifw-kiel.de/medien/pressemitteilungen/2010/die-welt-braucht-ein-globales-klimaregime>

China soll bis 2014 Emissionshandel bekommen

[wir-klimaretter.de, 30.05.2010] In den kommenden vier Jahren will China einen eigenen CO₂-Emissionshandel aufbauen. Das berichtet die Nachrichtenagentur Bloomberg unter Berufung auf einen hohen Regierungsbeamten. Man formuliere derzeit Regeln für ein solches System, sagte demnach Feng Shengbo, Vize-Direktor des China Clean Development Mechanism Management Center, am Rande der Fachmesse Carbon Expo in Köln. Verantwortlich für den Handel sollten „Verbänden“ sein, der Staat werde diese aber beaufsichtigen.

„Die Regierung wird den Markt nicht direkt kontrollieren“, so Feng, „aber wenn die Verbände abwegige Politik machen, ist es an der Regierung, sie anzuleiten.“ Teilnehmen an dem System sollen anfangs ausschließlich chinesische Unternehmen, nähere Angaben über das zu erwartende Handelsvolumen wollte der Offizielle nicht machen.

Auch beim Energiesparen macht Peking Druck – Strafzahlungen für Verschwender angekündigt

China ist – in absoluten Mengen – der weltgrößte Verursacher von Treibhausgasen. Vor dem Klimagipfel in Kopenhagen hat sich Peking dazu verpflichtet, seinen CO₂-Ausstoß bis 2020 um 40 bis 45 Prozent (verglichen mit 2005) zu senken – allerdings nur relativ zur Wirtschaftsleistung.

Inzwischen ist das Land globaler Spitzenreiter bei Investitionen in Erneuerbare Energien. Auch beim

Energiesparen macht Peking Druck: Vor vier Jahren hatte die Regierung angeordnet, dass die Energieeffizienz bis 2010 um 20 Prozent steigen müsse. Nach beachtlichen Fortschritten stieg aber zuletzt der chinesische Energieverbrauch wieder – weshalb Vize-Reformminister Xie Zhenhua nun angekündigt hat, säumige Regionen und Unternehmen mit höheren Energiepreisen zu bestrafen.

Und während Australien kürzlich einen Aufschub seiner Emissionshandelspläne bekannt gab, drückt China offenbar auch hier aufs Tempo. Die Regierung könne den Unternehmen Ziele setzen, wie viel Kohlendioxid sie pro erwirtschafteten Yuan ausstoßen, erklärte Feng Shenbo in dem Bloomberg-Interview. Um diese Ziele zu erreichen, hätten die Firmen dann die Möglichkeit, Verschmutzungslizenzen aus chinesischen Klimaschutzprojekten, von anderen Firmen oder auch Städten zu kaufen.

<http://www.wir-klimaretter.de/nachrichtensep/politik-nachrichten/5975-china-soll-bis-2014-emissionshandel-bekommen>

Tauziehen um Klimaschutz in den USA geht weiter

[*co₂-Handel.de*, 14.05.2010] Das Tauziehen um die Klimaschutzpolitik in den USA geht weiter: Nach acht Monaten zäher Verhandlungen haben mehrere US-Senatoren einen Entwurf zur CO₂-Reduzierung und zum Emissionshandel vorgelegt. Das fast 1000 Seiten starke Papier sieht vor, den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase bis zum Jahr 2020 um 17 Prozent unter das Niveau von 2005 zu senken.

Es wurde als Konsequenz aus der Umweltkatastrophe im Golf von Mexiko noch einmal modifiziert, berichteten US-Medien. Ölbohrungen vor der Atlantik- und Pazifikküste sollen demnach in einigen Gebieten erschwert werden.

Ziel des Vorstoßes sei es, klimaschädliche Emissionen zu reduzieren, die Abhängigkeit von Ölimporten zu verringern und Arbeitsplätze zu schaffen, sagten die Urheber, der demokratische Senator John Kerry und der unabhängige Joe Lieberman. Fast zehn Monate, nachdem das Repräsentantenhaus ein umfassendes Klimagesetz verabschiedet hatte, wollen sie das festgefahrene Ge-

setzgebungsverfahren rechtzeitig vor den anstehenden Zwischenwahlen im November wieder in Schwung bringen. US-Präsident Barack Obama sagte, die Vorlage würde sauberer Energiegewinnung „auf die Sprünge helfen“.

Ob und wann der US-Senat das Gesetz tatsächlich zur Beratung zulässt, ist offen. Die oppositionellen Republikaner haben bereits Widerstand gegen den Gesetzentwurf angekündigt, der zu Obamas wichtigsten politischen Projekten zählt. Der republikanische Senator Lindsey Graham hatte schon vor Wochen seine Mitarbeit an der Formulierung des Gesetzentwurfes eingestellt. Den Demokraten fehlt im Senat die nötige 60-Stimmen-Mehrheit, um eine Blockade der Opposition zu verhindern.

http://www.co2-handel.de/article187_14266.html

Weitere Informationen zum gleichen Thema:

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,691148,00.html>

<http://www.wir-klimaretter.de/hintergruende/51-politik/5721-us-klimagesetz-wieder-vor-dem-aus>

[http://www.greenpeace-maga-zin.de/index.php?id=55&tx_ttnews\[tt_news\]=79322&tx_ttnews\[backPid\]=23&cHash=c3908f20d4](http://www.greenpeace-maga-zin.de/index.php?id=55&tx_ttnews[tt_news]=79322&tx_ttnews[backPid]=23&cHash=c3908f20d4)

6. FINANZTRANSAKTION- STEUER

Finanztransaktionssteuer

Schäuble stellt klar: Wir sind dafür

[*n-tv.de Freitag*, 21.05.2010] Die Bundesregierung hat klar gestellt, dass sie sich international für die lange umstrittene Finanztransaktionssteuer einsetzen will. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble sagte in der Bundestagsdebatte über den Euro-Rettungsschirm, wenn es dafür global keine Chance gebe, werde die Regierung für dieses Vorhaben auf europäischer Ebene werben – notfalls auch dann, wenn Europas größter Finanzplatz Großbritannien dabei nicht mitziehen wolle.

Schäuble leitete diese Passage seiner Rede mit den Worten ein, er würde „gerne noch eine Be-

merkung zu dem Thema Besteuerung des Finanzsektors machen“. Bundeskanzlerin Angela Merkel habe ihn beauftragt, sich bei seinen europäischen Kollegen umzuhören, wie diese zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer stünden. Das Ergebnis sei eindeutig gewesen: Kein EU-Land wolle national eine Finanztransaktionssteuer einführen. Alle sagten: „Wenn es global geht, ist es gut.“ Das sei auch „seit langem“ die Position der CDU. Die Frage, ob es global gehe, werde aber von vielen sehr skeptisch beurteilt.

„Dann besteht eine reale Chance“

Zunächst werde beim G20-Gipfel im Juni in Kanada geklärt, ob es eine Chance gibt, weltweit eine Finanztransaktionssteuer einzuführen. „Wenn es diese Chance gibt, wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen.“ Wenn dann feststehe, dass es diese Chance „auf absehbare Zeit“ nicht geben werde, „dann, und nur dann“, bestehe eine reale Chance, von den EU-Staaten zu erfahren, ob diese Steuer in Europa durchsetzbar sei. „Die Bundesregierung wird sich dafür einsetzen“, betonte Schäuble.

Die zentrale Frage werde dann sein, ob diese Steuer auch ohne den größten europäischen Finanzplatz, London, eingeführt werden könne. Diese Frage sei derzeit „nicht völlig klar“. Wenn die Finanztransaktionssteuer nicht auf gesamteuropäischer Ebene durchzusetzen sei, werde man die Frage zu beantworten haben, ob dies im Euro-Raum möglich sei. „Auch dafür werden wir uns einsetzen, aber ob wir dafür eine Mehrheit bekommen, kann ich Ihnen heute nicht versprechen.“ Schäuble begründete die späte Klarstellung damit, dass er zuvor erst die Positionen der europäischen Partner habe klären müssen.

„Keine Linie, kein Ziel“

SPD-Chef Sigmar Gabriel warf Merkel und Schäuble vor, mit ihren Schwenks in dieser Frage Zweifel an ihrer Glaubwürdigkeit zu schüren. Wenn Merkel und Schäuble nun für dieses Instrument seien, stelle sich die Frage: „Warum beschließen wir das nicht heute hier im Parlament?“ An Merkel gewandt kritisierte er: „Sie haben keine Linie, sie haben kein Ziel.“ In Europa habe sich mit ihrem Taktieren jegliches Vertrauen verspielt.

Die SPD hatte gefordert, dass Schritte zur Fi-

nanzmarktregulierung schwarz auf weiß vorliegen und der Bundestag diese konkret beschließt. Für diesen Fall hatte sie ihre Bereitschaft signalisiert, dem Euro-Paket zuzustimmen. „Sie waren nur solange eine mutige Kanzlerin, wie Sie von Sozialdemokraten bewacht wurden“, sagte Gabriel.

Grüne sehen „Durchbruch“

Die Grünen bezeichnete Schäubles Klarstellung als „Durchbruch“ für die Finanztransaktionssteuer. „Deutschland war in der Eurozone der Hauptgegner der Finanztransaktionssteuer“, erklärte der grüne EU-Abgeordnete Sven Giegold. Jetzt müsse die Bundesregierung diesen Ankündigungen Taten folgen lassen.

<http://www.n-tv.de/politik/Schaeuble-stellt-klar-Wir-sind-dafuer-article884115.html>

EU: Finanztransaktionssteuer und strengere Regeln für Hedge Fonds

[*Tagesspiegel*, 18.05.2010] Bei den Hedge Fonds soll es künftig mehr Offenheit geben. Die Branche hatte mit ihren risikoreichen Geschäften zu den Finanzmarkturbulenzen beigetragen. Großbritannien beherbergt vier Fünftel der europäischen Hedge Fonds und befürchtet wegen der neuen europäischen Regeln Nachteile für den Finanzplatz London. Nach Auskunft von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble gibt es eine breite Mehrheit von Mitgliedstaaten, um einen Beschluss abzusichern.

Die geplante EU-Regulierung der Fonds nahm bereits eine wichtige Hürde im Europaparlament. Der federführende Wirtschaftsausschuss stimmte in Straßburg einem Entwurf zu, der aber von der Linie der Mitgliedstaaten abweicht. So sprechen sich die Parlamentarier dafür aus, Hedge Fonds aus Drittstaaten wie den USA oder den Kaimaninseln den Handel in Europa zu erlauben, sofern sie sich an die neuen EU-Regeln halten. Das wäre nach dem Kompromiss der Mitgliedstaaten nicht möglich. Sie sind für eine Einzelregistrierung in jedem EU-Land.

Eurozone für Finanztransaktionssteuer

Bei einer Nacht-Sitzung der Euro-Finanzminister wurde deutlich, dass der Plan einer Steuer auf Finanztransaktionen in Europa neuen Schwung bekommt. Die Eurozone wolle sich auf internationa-

lem Parkett dafür einsetzen, den Finanzsektor stärker an der Krisenbewältigung zu beteiligen. Dazu gehöre auch diese Steuer, sagte der Vorsitzende der Minister, Luxemburgs Jean-Claude Juncker.

Kein Euro-Land in der Runde habe sich diesem Kurs widersetzt. „Es wird so sein, dass diejenigen auch bezahlen müssen, die nicht unschuldig sind an dem Schlamassel, in dem wir alle stecken.“ Er sei auch dafür, dies auf europäischer Ebene zu machen, sagte Juncker.

Die Euro-Finanzchefs lobten Spanien und Portugal für ihren rigiden Sparkurs. „Wir finden, dass die Maßnahmen der spanischen und der portugiesischen Regierung mutig sind“, bilanzierte Juncker.

Endgültig solle darüber bei der nächsten Sitzung am 7. Juni in Luxemburg entschieden werden. Madrid und Lissabon drohen in den Sog der Schuldenkrise Griechenlands zu geraten; deswegen hatten beide Hauptstädte nach Druck der EU ihren Sparkurs noch einmal deutlich verschärft. Spanien kürzt Ministern und Beamten die Gehälter. Portugal will die Steuern erhöhen.

<http://www.tagesspiegel.de/politik/eu-finanztransaktionssteuer-und-stroengere-regeln-fuer-hedge-fonds/1840822.html>

Finanztransaktionsteuer: Regierungen müssen den Sack jetzt zu machen

Politische Debatte hinkt um Jahre hinterher

[Attac, 18.05.2010] Attac begrüßt die positiven Signale der EU-Finanzminister für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. „Die Zeit der Ausreden ist vorbei – nun müssen die Regierungen den Sack endlich zu machen. Die Gründungsforderung von Attac hat sich als sinnvoll und notwendig erwiesen. Leider waren jahrelang vorgebrachte Argumente und eine weltweite Finanzkrise nicht genug – erst jetzt, wo das Wasser den Euro-Staaten selbst bis zum Hals steht ist ein Umdenken der Regierungen in greifbare Nähe gerückt“, sagt Attac-Obfrau Alexandra Strickner.

Die Finanztransaktionssteuer ist ein unverzichtbares Element globaler Finanzregulierung. Die politische Debatte um die Regulierung der Finanzmärkte hinkt den Notwendigkeiten dennoch um

Jahre hinterher. Ohne zusätzliche Maßnahmen greift die Steuer jedoch angesichts der enormen Probleme auf den Finanzmärkten viel zu kurz.

Zentrale Forderungen von Attac sind eine EU-weite Finanzmarktaufsicht, Kapitalverkehrskontrollen und Schließung von Steueroasen sowie ein globales Weltwährungssystem nach Keynes. Letzteres würde jeglicher Devisenspekulation endgültig den Gar ausmachen. Weiters fordert Attac eine EU-weit einheitliche Regulierung von Fonds sowie eine Genehmigungspflicht für Derivate. Derivate zu rein spekulativem Zweck müssen verboten werden. Der außerbörsliche Handel mit Derivaten (over the counter - OTC) muss unterbunden werden.

<http://www.attac.at/8822.html>

Nachrichten zur Finanztransaktionssteuer:

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,695411,00.html>

<http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-05/attaac-giegold-finanzmarktkonferenz?page=1>

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,694352,00.html>

Der IMF hatte im April 2010 einen Report (englisch) geschrieben wie des Finanzsektors an den Kosten beteiligt werden kann:

http://news.bbc.co.uk/2/shared/bsp/hi/pdfs/2010_04_20_imf_g20_interim_report.pdf

In dem englischen Report der EU-Kommission vom 1.4.2010 können Sie unter 3.1.2 deren Analyse zu Finanztransaktionssteuer nachlesen:

http://ec.europa.eu/economy_finance/articles/international/documents/innovative_financing_global_level_sec2010_409en.pdf

Die ausführliche Kritik von Attac an diesen Ergebnissen finden Sie ebenfalls auf Englisch unter:

http://www.attac.at/uploads/media/Critical_comments_on_EC_Working_Document.pdf

7. ATOMENERGIE

Atomkraft: Rascher Beschluss über AKW-Laufzeiten

[Bauchmüller, Süddeutsche Zeitung, 19.05.2010] Die Bundesregierung plant nun doch eine rasche Entscheidung über die mögliche Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken. [...]

Das Gutachten soll darlegen, welche Konsequenzen eine Verlängerung für die deutschen Energiekonzerne hätte. Bisher streiten das Bundesumweltministerium und das Wirtschaftsministerium darüber, welche Anforderungen auf die Betreiber bei einer Nachrüstung zukämen. Das Umweltministerium verlangt wesentlich härtere Auflagen als die Kollegen vom Wirtschaftsressort.

Ein weiteres Gutachten soll auch darüber Aufschluss geben, inwieweit die Änderung des Atomgesetzes der Zustimmung der Länder bedarf. Daran hatte sich in den vergangenen Tagen eine hitzige Debatte entzündet.

Nach Informationen der *Süddeutschen Zeitung* ist das Bundesjustizministerium der Auffassung, dass die Zustimmung der Länder nötig ist. Eine schnelle Entscheidung über die Laufzeiten würde eine Abkehr vom bisherigen Kurs der schwarz-gelben Koalition bedeuten. Bisher wollte sie über die Laufzeiten im Zusammenhang mit einem energiepolitischen Konzept entscheiden, das im Herbst vorliegen soll. Einige Bundesländer, allen voran Baden-Württemberg, wollen das Thema allerdings schnell vom Tisch haben, um nicht die im kommenden Jahr bevorstehende Landtagswahl zu gefährden.

Ungeachtet scharfer Kritik aus der eigenen Partei hält Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) jedoch an seinem atomkritischen Kurs fest. Anstatt über längere Laufzeiten zu debattieren, solle der Bund mehr über den Ausbau von Öko-Energien nachdenken, sagte er im Bundestag. SPD, Grüne und Linkspartei forderten die Koalition auf, ihre Pläne für Laufzeitverlängerungen zu begraben. Baden-Württembergs Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU), der zuletzt für deutlich längere Laufzeiten eingetreten war, erwartet nur noch eine Verlängerung um zehn bis zwölf Jahre. Der rheinland-pfälzische Minister-

präsident Kurt Beck (SPD) sagte, falls wirklich versucht werde, bei der Verlängerung der Laufzeiten den Bundesrat zu übergehen, „prüfen wir, ob wir zum Bundesverfassungsgericht gehen“.

<http://www.sueddeutsche.de/politik/atomkraft-rascher-beschluss-ueber-akw-laufzeiten-1.947080>

Laufzeitverlängerung: Aus für Atommeiler-Projekt 2050 rückt näher

[*co₂-Handel.de*, 10.05.2010] Die schwarz-gelbe Renaissance der Kernenergie steht vor einem baldigen Aus: Nach dem Wahldebakel in Nordrhein-Westfalen (NRW) fehlt Union und FDP die Bundesrats-Mehrheit, um längere Laufzeiten der noch 17 Atommeiler bis etwa 2050 durchzusetzen. Zum Dreh- und Angelpunkt wurde die Frage, ob die Länderkammer zur Durchsetzung der von der Regierung Angela Merkel (CDU) betriebenen Atomenergiepolitik überhaupt zustimmungspflichtig ist. [...]

Dabei bekommen sie nun unverhofft indirekte **Unterstützung durch den Wissenschaftsdienst des Bundestages**. Dieser verlangt nach *dpa*-Informationen die Mitentscheidung des Bundesrates – der dort wegen der schwarz-gelben Minderheit die geplanten bis zu 28 auf 60 Jahre verlängerten Laufzeiten kippen könnte. Die Wirtschaftspolitiker der Koalition halten dagegen: Ohne Zustimmungspflicht des Bundesrates könnte Schwarz-Gelb seine Pläne in Bundesregierung und Bundestag doch noch retten. Die Umweltpolitiker von SPD und Grünen, Frank Schwabe und Sylvia Kotting-Uhl, forderten bisherige Aussagen von Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) ein, wonach die Länderkammer mitentscheiden müsse.

Der Wissenschaftliche Dienst schrieb in einem der *dpa* vorliegenden zweiseitigen Text: „Für Laufzeitverlängerungen bzw. die Wiederzulassung der dauerhaften Nutzung der Atomenergie ist eine Gesetzesänderung erforderlich, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf. (...) Die Verlängerung der KKW(Kernkraftwerks)-Laufzeiten führt zu einer Verlängerung der Vollzugsaufgaben mit entsprechendem Personal- und Kostenaufwand der Länder, was die Zustimmungsbedürftigkeit auslöst.“ Ins Stammbuch der Regierung schreibt der Dienst auch noch: „Voraussetzung für die Än-

derung des Atomausstiegs ist (...) die Gewährleistung einer wirksamen Schadensvorsorge beim weiteren Betrieb einer atomaren Anlage.“ [...]

Ältere Meiler bestätigen ständig, wie reparaturanfällig sie sind. Einen Beleg für häufige Defekte von Bauteilen und sonstigen Komponenten von Kernkraftwerken liefert eine Übersicht von Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) an die Grünen-Bundestagsfraktion, die *dpa* vorliegt. Nach dieser Aufstellung für die Zeit von 1993 bis 2008 wurden solche – eventuell auch sicherheitsgefährdende – Defekte 82-mal allein beim Kernkraftwerk Krümmel in Schleswig-Holstein festgestellt. Es folgen Brunsbüttel (80 Defekte), Biblis B (78) und Biblis A (66).

Die Grüne Kotting-Uhl erklärte dazu: „Die Konsequenz aus den Erkenntnissen ist klar: Es darf keine längeren Laufzeiten für die alten anfälligen AKW geben. Sie müssen unbedingt stillgelegt werden.“ Das zuständige Bundesamt für Strahlenschutz ist nach Informationen der ARD-Sendung „Report Mainz“ bereits alarmiert. „Ein beobachteter Trend in den Zahlen ist Anlass für vertiefende Untersuchungen“, wird das Amt zitiert.

Weiter berichtet der Sender aus älteren internen Dokumenten des Bundesumweltministeriums, wonach gerade auch Nachrüstungen älterer Meiler mit ihren „Rückwirkungen“ auf die gesamte Anlage zusätzliche Risiken bergen. „Bekannt gewordene Fehler bei der Ausführung von Nachrüstungen zeigen, dass mit den Nachrüstungen auch das Potenzial für die unbeabsichtigte Einführung zusätzlicher Fehler gestiegen ist“, zitiert der Sender daraus.

http://www.co2-handel.de/article340_14248.html

Papier des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags „Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke“ vom 21. April 2010:

http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2010/laufzeitverlaengerung_fuer_kernkraftwerke.pdf

Pressemitteilung von Umweltorganisationen, Verbänden und ökologisch orientierte Unternehmen, die das „nationale Energiekonzept“ der Bundesregierung kritisch kommentiert:

<http://www.bkww.de/aktuelles/presse/PM04052010Energiekonzept.pdf>

VKU stellt Positionspapier zum Energiekonzept 2010 vor

[*co₂-Handel.de*, 07.05.2010] Die Stadtwerke in Deutschland erwarten vom Gesetzgeber langfristig verlässliche Rahmenbedingungen für ihre geplanten Investitionen in hocheffiziente Kraftwerke, die Umstrukturierung der Verteilernetze in so genannte „Smart Grids“ und den Ausbau der Energiedienstleistungen für Haushaltskunden sowie mittelständische Unternehmen. Die wesentliche Bedeutung der kommunalen Energiewirtschaftsunternehmen für den Wettbewerb im Energiemarkt und bei der Erreichung der Klimaschutzziele muss daher im Energiekonzept 2010 der Bundesregierung ordnungspolitisch flankiert werden. [...]

„Die Bundesregierung muss beachten, dass die Stadtwerke für den deutschen Energiemarkt unverzichtbar sind und zukünftig einen wesentlichen Beitrag für eine sichere und klimaschonende Energieversorgung leisten können. Dazu sind wir aber nur in der Lage, wenn die kommunalen Energieversorger im angestrebten Energiewirtschaftssystem politisch unterstützt werden“, erklärt der Präsident des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), Hannovers Oberbürgermeister Stephan Weil.

Die Stadtwerke investieren derzeit 6,5 Milliarden Euro für den Bau von 3.500 Megawatt-Kraftwerkskapazität. Dazu kommen mittelfristig geplante 5.000 Megawatt mit einem Volumen von weiteren sechs Milliarden Euro. „Diese Investitionen sehen viele Unternehmen durch die derzeit **diskutierte Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke** infrage gestellt“, so der VKU-Präsident. „Ebenso wie Monopolkommission und Kartellbehörde warnen die Stadtwerke vor den **Risiken einer unkontrollierten Laufzeitverlängerung für den Wettbewerb auf dem Strommarkt**“, betont Weil. Dasselbe gelte für die notwendige und auch politisch gewünschte Modernisierung des Kraftwerksparks. Auch aus Klimaschutzgründen wäre es nicht nachvollziehbar, wenn sich kommunale Investitionen in moderne, effiziente Erneuerbare-Energien-Anlagen, Kraft-Wärme-Kopplungs- und emissionsarme Kondensationskraftwerke nicht mehr rechnen oder geplante Projekte nicht mehr in Angriff genommen würden. [...]

Kernaussagen aus dem VKU-Positionspapier

Nachhaltige Energieerzeugung: wettbewerblich, dezentral, kommunal. Zur Fortentwicklung des Wettbewerbs im Erzeugungsmarkt und dem Ausbau der kommunalen Energieerzeugung sind verlässliche Rahmenbedingungen sowie politische Flankierungsmaßnahmen notwendig. Dazu zählt die Unterstützung von Investitionen, die zum beschleunigten Umbau des Energiesystems hin zu dezentralen Energieversorgungsstrukturen beitragen, wie zum Beispiel Investitionen in flexible Spitzen- und Mittellastkraftwerke und Speichertechnologien. Erforderlich sind eine Flankierung des Ausbaus der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) mit der Ausweitung der KWK-Förderung bis 2020, eine Ausweisung von Fernwärmeverorgungsgebieten sowie eine Ausweitung des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes auf Bestandsbauten und die Wiederaufnahme der Mini-KWK-Förderung. Aus Sicht des VKU ist darüber hinaus eine Optimierung der Fördersysteme für erneuerbare Energien durch die Schaffung von Anreizen zur Anpassung des Angebots an die Nachfrage notwendig.

Verteilernetze als Schlüssel für „smarte Technologien“ und dezentrale Erzeugung

Für die Netzinfrastrukturen der Energiewirtschaft zeichnet sich bereits heute der Übergang zu dezentraleren Strukturen in der Erzeugung, der Einführung digitaler Stromzähler („Smart Meter“) sowie Steuerung von Erzeugung, Verbrauch und Speicherung von Energie ab. Durch dieses werden die intelligenten Stromnetze („Smart Grids“) entstehen. Um die Ausbauziele für die KWK und die erneuerbaren Energien bei gleichzeitiger Erfüllung der CO₂-Reduktions- und Energieeinsparziele und den dadurch notwendigen Abtransport von dezentral erzeugter Energie zu gewährleisten, bedarf es erheblicher Investitionen auf Verteilernetzebene. [...]

Handel und Vertrieb im Energiemarkt

Um die wettbewerbliche Handlungsfähigkeit der Marktteilnehmer zu stützen, müssen bürokratische Hemmnisse abgebaut werden, und in spürbare Entlastungsmaßnahmen überführt werden. Dazu müssen Marktbeobachtungskompetenzen bei einer Behörde gebündelt werden. Transparenz ist eine wichtige Voraussetzung für die Reife und Wett-

bewerbsfähigkeit der Energiemärkte. Der VKU setzt sich für angemessene Transparenzanforderungen im Energiehandel ein. [...] Durch die im Energiedienstleistungsgesetz vorgeschlagenen Umsetzungsmodalitäten werden wesentliche Voraussetzungen zur Entwicklung eines Marktes für Energiedienstleistungen und anderer Energieeffizienzmaßnahmen geschaffen. Der VKU schlägt vor, zunächst die bisher implementierten, umfangreichen ordnungsrechtlichen Regelungen zur Steigerung der Energieeffizienz wirken zu lassen und keine über die Umsetzung der EU-Richtlinie hinausreichenden Vorgaben vorzunehmen.

http://www.co2-handel.de/article340_14233.html

VKU-Positionspapier:

http://www.vku.de/vkuGips/VKU/vku.de/Presse/Energiekonzept/Kurzfassung_Positionspapier_Enn2010.pdf

8. ENERGIEPOLITIK

*Umweltrat stört Wahlkampf***Streit um AKW-Laufzeiten**

[Nadine Michel, taz, 05.05.2010] Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) hat die Bundesregierung dazu aufgefordert, bei der Energieversorgung auf erneuerbare Quellen statt auf Atomkraft zu setzen. Eine 100-prozentige Stromversorgung aus regenerativen Quellen bis zum Jahr 2050 sei möglich. Zu diesem Ergebnis kommt der Sachverständigenrat in einem Gutachten, dessen vorläufige Fassung in Berlin präsentiert wurde.

„Die Bundesregierung muss jetzt die Weichen für den Umbau des Energiesystems stellen“, sagte der Vorsitzende des SRU, Martin Faulstich. Und was für das zukünftige Energiesystem nötig ist, macht das Gutachten ganz deutlich: „Weder eine Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken noch der Bau neuer Kohlekraftwerke mit Kohlendioxidabscheidung und -speicherung sind notwendig“, heißt es in der Zusammenfassung.

Und weiter: „Ab einem erneuerbaren Anteil von etwa 30 Prozent wird der Bau neuer konventioneller Kraftwerke, die dann nicht mehr mit einer ho-

hen Auslastung gefahren werden können, ökonomisch unrentabel.“ Die schwarz-gelbe Bundesregierung sieht das anders: Ihr zufolge brauche Deutschland die Atomkraft als „Brückentechnologie“. Derzeit lässt die Regierung eine Verlängerung der Laufzeiten um vier bis 28 Jahre prüfen. Im Herbst will sie ihr Energiekonzept vorlegen. [...]

Der Sachverständigenrat stellt in seinem Gutachten drei Szenarien auf. Das erste ist eine regenerative Vollversorgung Deutschlands ohne Energie-Importe. Dies sei möglich, aber nicht empfehlenswert. Denn die Kosten könnten durch einen regionalen Verbund mit Dänemark und Norwegen, so das zweite Szenario, oder durch einen größeren europäisch-nordafrikanischen Verbund (Szenario 3) im Vergleich zur nationalen Selbstversorgung erheblich gesenkt werden. Eine Verbindung skandinavischer Wasserkraft- und Pumpspeicherpotenziale mit deutschen Erzeugungskapazitäten könne beispielsweise die Ausgleichsmöglichkeiten schaffen, die wegen des schwankenden Angebots der Erneuerbaren erforderlich seien. [...]

<http://www.taz.de/1/zukunft/wirtschaft/artikel/1/umweltrat-stoert-wahlkampf/>

Weitere Informationen zum Thema:

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,696060,00.html>

Gutachten Sachverständigenrat: 100 Prozent erneuerbare Stromversorgung bis 2050 möglich

[*co₂-Handel.de*, 05.05.2010] „**Deutschland kann im Jahr 2050 zu hundert Prozent klimaschonend mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgt werden.**“ Das erklärte der **Vorsitzende des SRU, Prof. Dr. Martin Faulstich**, heute im Umweltausschuss des Deutschen Bundestages. [...]

Mit verschiedenen Szenarien zeigt der SRU, dass eine vollständig erneuerbare Stromversorgung bis 2050 zu wettbewerbsfähigen Kosten möglich ist. [...]

Die Szenarien stützen sich auf Modellberechnungen des DLR (Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt). Das verwendete REMix-Modell ge-

hört zu den besten und genauesten in Europa und arbeitet mit extrem hoher zeitlicher Auflösung.

Wesentliche Ergebnisse der Szenarien sind:

1. Das **nachhaltig nutzbare Potenzial** an erneuerbaren Energien in Europa übersteigt nachweislich den heutigen und auch den zukünftigen Strombedarf um ein Vielfaches.
2. Da das Angebot von Wind- und Sonnenenergie jedoch erheblich schwankt, müssen zur Deckung der Nachfrage **Speicher und Netze ausgebaut** werden. Für die Speicherung von Strom setzt der SRU auf eine enge Zusammenarbeit vor allem mit den skandinavischen Staaten [...]. Der SRU zeigt auch, wie eine sichere und kostengünstige Stromversorgung in einem größeren europäisch-nordafrikanischen Verbund ausgestaltet werden könnte.
3. Die **Stromentstehungskosten** in einem vollständig auf erneuerbaren Energien beruhenden System sind nach den Berechnungen des SRU wahrscheinlich **sogar niedriger als bei einem Mix** aus regenerativen und CO₂-armen konventionellen Energiequellen. [...]
4. Die **anstehende Erneuerung des Kraftwerk-parks** in Deutschland **bietet besonders günstige Voraussetzungen** dafür, die Stromversorgung in Deutschland auf erneuerbare Energien umzustellen. Die heute bestehenden und die bereits im Bau befindlichen konventionellen Kraftwerke können dabei entsprechend ihrer normalen Lebensdauer sukzessive vom Netz gehen und – nach Einschätzung des SRU – durch den Zubau erneuerbarer Erzeugungskapazitäten ersetzt werden. Damit ist klar: Weder eine Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken noch der Bau neuer Kohlekraftwerke mit Kohlendioxidabscheidung und -speicherung sind notwendig für den Übergang zur erneuerbaren Stromversorgung. Der SRU warnt davor, dass durch signifikante Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke Überkapazitäten im System entstehen. Die konventionellen Kraftwerke sind auf Dauer nicht mit der erneuerbaren Stromerzeugung vereinbar, da ihre Leistung nicht schnell genug an die Schwankungen der Wind- und Sonnenenergie angepasst werden kann. Das dauerhafte Nebeneinander von konventioneller und wachsender erneuerbarer Stromerzeugung würde das System ineffizient und unnötig teuer machen.

5. Der **Ausbau von Netzen und Speichern** innerhalb Deutschlands und in der EU ist die größte Herausforderung für einen schnellen Übergang zur regenerativen Stromversorgung. Hier muss dringend und rasch gehandelt werden. Der SRU empfiehlt der Bundesregierung, bei der Ausbauplanung eine sehr aktive Rolle einzunehmen.

Die vom SRU vorgestellten Szenarien sind Teil eines Sondergutachtens zur Zukunft der Stromversorgung, das der SRU im Herbst dieses Jahres veröffentlichen wird. In diesem Sondergutachten werden insbesondere die politischen, rechtlichen und ökonomischen Voraussetzungen für die Transformation des Stromsystems hin zu einer vollständig regenerativen Versorgung ausführlich behandelt.

Der SRU berät die Bundesregierung seit 1972 in Fragen der Umweltpolitik.

http://www.co2-handel.de/article340_14217.html

Vorab veröffentlichten Szenarien vom SRU:

http://www.umweltrat.de/cae/servlet/contentblob/1001596/publicationFile/66407/2010_05_Stellung_15_erneuerbareStromversorgung.pdf

Umweltausschuss billigt Entwurf für Novelle des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes

[*co₂-Handel.de*, 05.05.2010] Der Umweltausschuss hat am 05.05.10 den **Koalitionsentwurf zur Änderung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes** (17/1147) für die Erzeugung von Strom aus Solarenergie mit der Mehrheit von CDU/CSU und FDP angenommen. Die Opposition stimmte geschlossen gegen den Antrag.

Der Gesetzentwurf sieht unter anderem vor, die Vergütung für Photovoltaik-Anlagen für Anlagen oder an Gebäuden zum 1. Juli 2010 einmalig um 16 Prozent abzusenken. Bei Anlagen auf Freiflächen soll es eine Absenkung um 15 Prozent, ebenfalls zum 1. Juli 2010 geben.

Im Gegensatz zum ersten Gesetzentwurf wurde entsprechend der angenommenen Änderungsanträge (17/1663 bis 17/1666) die Definition der Konversionsflächen verändert und die Schwankungsmöglichkeiten für die Absenkung der Vergütung (Degression) verringert. Zudem soll es ei-

nen Bonus für eigenverbrauchten Strom geben und der Vertrauensschutz für Freiflächenanlagen ausgeweitet werden.

Die CDU/CDU Fraktion erklärte, dass es sich dabei um eine kleine Novelle des Erneuerbaren – Energien-Gesetzes (EEG) handle und die Union Wert darauf lege, den Ausbau erneuerbarer Energien weiter voranzubringen. Deutschland besitze dabei einen Technologievorsprung, den es behalten müsse. Die FDP begrüßte, dass die Ausbauziele für Photovoltaik um mehr als die Hälfte angehoben wurden. Das bringe mehr Stabilität für den Markt. Dabei müsse es eine „sinnvolle Abwägung“ zwischen Industrieinteressen und Verbraucherinteressen geben, erklärte die FDP. [...]

Die SPD prognostizierte, dass sich der Solarmarkt in Deutschland massiv verändern werde. Ein Grundfehler des Gesetzentwurfes sei es, dass dabei vor allem von der Preisentwicklung ausgegangen worden sei. Man müsse jedoch schauen, wie die Unternehmen die Produktionssenkungen hinkommen könnten. Die SPD wolle den Unternehmen die Chance geben, die Neuerungen in den Unternehmen auch umzusetzen.

Die Linke kritisierte, dass der neue Gesetzentwurf bislang lediglich „eine komplette Verwirrung“ der Anbieter und Konsumenten verursacht habe. Die Verlässlichkeit hinsichtlich der Politik habe Schaden genommen und es sei ein Vertrauensverlust entstanden.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen warf der Regierung vor, mit dieser ersten großen Gesetzesnovelle im Energiebereich die Ankündigungen des Koalitionsvertrages nicht umzusetzen. Die Fraktion sieht in dem Gesetz vielmehr den Versuch, die Branche der erneuerbaren Energien zu schwächen, um eine langfristigen Bestandsschutz von Atom- und Kohlekraftwerken zu erreichen.

http://www.co2-handel.de/article340_14220.html

Öl und seine politischen Folgen

Untergang der Bohrinself „Deepwater Horizon“ erschwert neue Energiepolitik in den USA

[*Christoph von Marschall*, 04.05.2010, *Tagespiegel*] Die Ölpest im Golf von Mexiko ist ein innenpolitischer Test für Präsident Barack Obama. [...] Der Unfall der Bohrinself „Deepwater Hori-

zon“, der sich womöglich zur größten menschengemachten Umweltkatastrophe in der Geschichte der USA ausweitet, [stellt] den energiepolitischen Kurs infrage, den er vor einem guten Monat in einer Rede auf der Andrew Airforce Base dargelegt hat.

Die Entwicklung erschwert sein Bemühen, den USA eine neue Energiepolitik zu verordnen, die die Abhängigkeit von ausländischen Ölimporten verringert und zugleich mehr Rücksicht auf Umwelt und Klima nimmt. Es ist keineswegs ausgemacht, dass der Schock über das Umweltdesaster eine Gesetzgebung befördert, die der Ölindustrie engere Fesseln anlegt. Zunächst wird die Bereitschaft der Senatoren und Abgeordneten im Kongress, relativ rasch das geplante Energiesicherungsgesetz zu verabschieden, sinken. Man müsse die Ermittlungen abwarten, was diesen Unfall ausgelöst habe, heißt es. [...]

Ziemlich sicher ist jedoch, dass Obamas Drängen auf ein neues Gesetz vorerst gestoppt ist. Der Entwurf bleibt zwar hinter europäischen Erwartungen an eine moderne Energie-, Umwelt- und Klimapolitik zurück. Aber er wäre ein deutlicher Fortschritt auf dem Weg zur Energiewende. So kann eine überraschende politische Auswirkung der Katastrophe sein, dass sie zwar das Umdenken in der amerikanischen Öffentlichkeit befördert und das Wissen um die Risiken der Ölförderung in größeren Wassertiefen erhöht, aber zugleich die Gesetzgebung zu einer modernen Energiepolitik verzögert oder auf längere Zeit torpediert.

Um ein Energiegesetz durch den Kongress zu bringen, sind der Präsident und seine Demokratische Partei auf Unterstützung durch mindestens einen oder zwei republikanische Senatoren angewiesen. [...]

Obamas Rede am 31. März war ein Kompromissangebot, um eine Parlamentsmehrheit für einen überparteilichen Entwurf zu ermöglichen, den der Demokrat John Kerry, der Republikaner Lindsay Graham und der parteilose Joe Lieberman erarbeiteten. Amerika müsse in der absehbaren Zukunft auf einen Mix aus erneuerbaren Energien, traditionellen Trägern wie Öl und Gas sowie der Atomkraft bauen, sagte der Präsident. Er bot an, umstrittene Öl- und Gasbohrungen im Golf von Mexiko und vor der Atlantikküste zu genehmigen,

zugleich aber in Abkehr von seinem Vorgänger Bush die Energieförderung in der Bristol Bay in Alaska zu verbieten.

Das politische Hauptziel des Präsidenten ist es, die weitgehende Versorgung aus heimischen Energiequellen sicherzustellen. Die USA haben im Vergleich zu Deutschland den Luxus, dass sie heute ungefähr die Hälfte des Erdöls und Erdgases, das sie verbrauchen, im Inland und vor ihrer Küste fördern. Der Anteil der Atomkraft ist ungefähr gleich hoch wie in Deutschland. [...]

Seine Regierung verkündet nun, bis auf weiteres würden keine neuen Bohrgenehmigungen erteilt. Experten sagen freilich, solche Erklärungen dienen dem Ziel, den Eindruck zu erwecken, es würden rasch Konsequenzen gezogen. Es stünden derzeit gar keine Entscheidungen über die Genehmigung neuer Fördergebiete an. Auf Fragen nach den direkten Auswirkungen des Ölunfalls auf die laufende Förderung beruhigen Behördenvertreter wiederum, die Einschränkungen auf anderen aktiven Bohrseln vor der Küste seien bisher minimal.

<http://www.tagesspiegel.de/politik/oel-und-seine-politischen-folgen/1813622.html>

Weiterer Nachrichten:

<http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-05/oelpest-usa-energiepolitik>

Die Kraft der Fjorde

Norwegens überschüssiger Strom soll nach Deutschland exportiert werden

[Gunnar Herrmann, Süddeutsche Zeitung, 07.04.2010] Durch einen dichten grauen Schleier tuckert das Motorboot in den Lysefjord. Es regnet – wie so oft an der norwegischen Küste –, aber Björn Honningsvåg kann das nur recht sein. Denn Wasser, das bedeutet für seinen Arbeitgeber, den Stromversorger Lyse: Umsatz. [...] Durch den Regenvorhang schimmert die weiße Fassade einer alten Turbinenhalle, die sich wie ein Schwalbennest an den südlichen Steilhang des Fjords drückt. Ein malerischer Flecken – der eine große Zukunft vor sich hat. Hier, wo Gebirge sich mit dem Atlantik verzahnt, könnte bald Strom für Haushalte in Bremen oder Hamburg produziert werden. Denn Lyse möchte seine Kraftwerke mit dem

deutschen Markt verbinden.

Schon 2015 soll ein neues Kabel mit dem Namen „NorGer“ Energie von Norwegens Küste in die Wesermarsch leiten, wo sie dann ins deutsche Netz eingespeist werden soll. Der Grund für das aufwendige Unterfangen: Norwegen wird bald mehr Strom aus Wasserkraft erzeugen, als es selbst verbrauchen kann. Das Land ist nämlich nicht nur mit Erdölvorräten, sondern auch mit erneuerbaren Energiequellen reich gesegnet. Die Berge, die sich praktisch entlang der gesamten Küste am Ozean aufürmen, halten atlantische Tiefdruckgebiete auf, die sich abregnen und die vielen Speicherseen füllen. Zudem bietet die bergige Landschaft das für die Kraftwerke nötige Gefälle. Gut 90 Prozent seiner elektrischen Energie gewinnt Norwegen schon aus Wasserkraft. Gaskraftwerke, für die es in der Ölnation mehr als genug Brennstoff gäbe, finden sich dagegen kaum. Auf Kernkraft verzichtet man ganz. [...]

Und die Norweger haben ihre Ressourcen noch längst nicht ausgeschöpft, wie Lyse-Manager Björn Honningsvåg beim Rundgang durch das Kraftwerk erläutert. [...] Um die 12 000 Haushalte könne es mit seiner Jahresleistung von 249 Gigawattstunden versorgen, sagt Honningsvåg. [...] Platz für eine zweite Turbine wurde bereits beim Bau eingeplant – doch dieser ist bis heute leer geblieben. Eine Verdopplung der Kapazität lohnt sich nicht, noch nicht.

Flörli ist da nur ein Beispiel von vielen. In ganz Norwegen plant man derzeit neue Kraftwerke oder bereitet die Verbesserung von bestehenden Anlagen vor. [...] Offiziellen Schätzungen zufolge könnte das Land allein mit den bereits geplanten Projekten seine Stromproduktion in nur zehn Jahren um 30 Prozent steigern – von derzeit 122 Terawattstunden im Jahr auf dann 177 Terawattstunden.

Allerdings wird diese Schätzung wohl nur dann Wirklichkeit werden, wenn sich Abnehmer im Ausland finden. [...] Darum beteiligt sich Lyse zusammen mit dem Konkurrenten Agder Energi – beide sind kommunale Unternehmen – an dem „NorGer“-Projekt, an dem auch noch die Schweizer Firma EGL mitwirkt. Das Hochspannungsgleichstrom-Übertragungskabel, im Fachjargon HGÜ genannt, soll 570 Kilometer über den Grund

der Nordsee führen und Norwegens Stromnetz erstmals direkt mit Deutschland verbinden. Das Unterseekabel könnte so viel Energie transportieren, wie man für die Versorgung einer Stadt von der Größe Hannovers benötigt. Voraussichtlich wird es 1,4 Milliarden Euro kosten. Eine lohnende Investition, meint Gabrielsen. „In 20 Jahren haben wir das mit einer vernünftigen Rendite abbezahlt.“

Von dem Kabel würden nicht nur norwegische Wasserkraftwerke profitieren, sondern auch die norddeutschen Windparks, die dann Strom nach Skandinavien liefern könnten. Wenn der Wind kräftig bläst, hat man nämlich in Norddeutschland mittlerweile das gleiche Problem wie in Norwegen – man erzeugt mehr grüne Energie, als man verkaufen kann. Derzeit muss man in solchen Fällen die Produktion drosseln. Künftig könnte ein Teil des Überschusses durch die Nordsee geleitet werden. In Norwegen würde man dann die Wasserkraftwerke stoppen und stattdessen deutsche Windenergie nutzen. Und wenn in Norddeutschland Flaute herrscht, dann würden die Norweger ihre Turbinen wieder anschalten und Strom zurück nach Süden schicken. „Die Deutschen könnten Norwegen als Batterie benutzen“, erläutert Gabrielsen. „Und sich den Bau von teuren Reservekraftwerken sparen.“ Für die Norweger ist dieses Szenario sehr lukrativ, denn sie können dabei den Strom immer billig ein – und teuer verkaufen. [...]

Der staatliche Netzbetreiber Statnett prüft derzeit, parallel zu „NorGer“ eine eigene Leitung nach Deutschland zu verlegen. Statnett hat vor kurzem bereits eine Stromverbindung in die Niederlande eröffnet – sie hält derzeit den Rekord als längstes Unterseekabel der Welt. Dänemark und Schweden sind schon längst an das energiereiche Nachbarland angeschlossen.

Damit die Vision von der Batterie am Fjord auch wirklich funktioniert, ist es nach Ansicht von Matthias Hochstätter, Sprecher von „NorGer“ in Deutschland, allerdings nötig, das Netz innerhalb Deutschlands zu verbessern. „Wir brauchen neue Verbindungen, um den Strom von den Küsten weg und nach Süden zu transportieren“, sagt Hochstätter. „Dieser Netzausbau darf nicht verzögert werden. [...] Die Regierung sollte vor allem erst einmal die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Strommärkte zusammenwachsen kön-

nen“, sagt er. Um die Verbindungen selbst müssten sich die Politiker dann gar nicht mehr kümmern. „Wenn es einen Preisunterschied zwischen zwei Märkten gibt, dann wird auch jemand ein Kabel verlegen. Weil es sich lohnt.“

Quelle: Süddeutsche Zeitung Nr.79, 07. April 2010, Seite 22

Im Archiv zu finden:

http://archiv.sueddeutsche.apa.at/sueddz/index.php?id=A45507908_OGTPOGWPPTPCORGEAAR_AGEAETRRGRSSPHCEC

Jede sechste Lampe brennt grün

Anteil erneuerbarer Energien in Deutschland steigt an. Röttgen: Mehrkosten verkraftbar

[Michael Bauchmüller, Süddeutsche Zeitung, 25.03.2010] Die erneuerbaren Energien bleiben eine der größten Wachstumsbranchen des Landes. Während die Gesamtwirtschaft im Jahr 2009 um fünf Prozent nachgegeben habe, sei der Markt für Öko-Energien abermals um 20 Prozent gewachsen, sagte Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) in Berlin. 300 000 Arbeitsplätze seien mittlerweile rund um die Energie aus Wind, Sonne und Biomasse entstanden, gegenüber 2004 habe sich die Branche nahezu verdoppelt. „Das ist ein enorm positiver Beitrag“, so Röttgen.

Das geht am deutschen Energiemix nicht spurlos vorbei. So wird mittlerweile jede sechste Kilowattstunde Strom aus erneuerbaren Quellen eingespeist – knapp sechs Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Erstmals auch übertrifft der Anteil aller erneuerbaren Energien zusammen, also für Strom, Wärme und Verkehr, den Anteil von zehn Prozent am gesamten deutschen Verbrauch. Deutschland hat sich gegenüber anderen Staaten verpflichtet, diesen Anteil bis 2020 auf 18 Prozent zu heben. Dieses Ziel werde erreicht, sagte Röttgen.

Allerdings liegt die Stärke der Öko-Energien zum Teil auch in der Schwäche der konventionellen Konkurrenz. So wurde nicht etwa mehr Öko-Strom in das Netz eingespeist als noch 2008. Wohl aber liefen durch die Wirtschaftskrise viele konventionelle Kraftwerke mit gedrosselter Kraft. [...]

Beim Strom sollen weiterhin Garantievergütungen

den Ausbau flankieren, die über den Strompreis auf alle Kunden umgelegt werden. Zwar ist die Umlage – auch durch eine andere Form der Verrechnung – von 1,1 auf nunmehr zwei Cent je Kilowattstunde angewachsen. Für einen Vier-Personen-Haushalt mache das aber im Monat nur rund sechs Euro aus. [...] „In der langen Perspektive wird es zu einer Senkung der Kosten kommen.“ Schließlich brauchten erneuerbare Energien keinerlei Brennstoffe. Wesentlich wichtiger für den Anstieg der Strompreise sei ohnehin die „oligopolistische Struktur am Energiemarkt“, beklagte Röttgen, in der vielen Millionen Stromkunden eine Handvoll größere Stromerzeuger gegenübersteht.

Prognosen über den weiteren Zubau von Öko-Energien gab Röttgen wohlweislich nicht ab. Denn zuletzt hatte der Umweltminister den Ausstieg aus der Kernkraft davon abhängig gemacht, dass die erneuerbaren Energien 40 Prozent des deutschen Stroms bereitstellen – und damit auch in den eigenen Reihen einen Sturm der Empörung ausgelöst. Die Branche selbst, aber auch das Umweltbundesamt halten einen solchen Anteil schon um das Jahr 2020 herum für möglich. Damit müsste der bisherige Ausstiegsfahrplan nicht geändert werden. Dagegen hatten Teile der Unionsfraktion gefordert, die 17 deutschen AKWs womöglich auch 28 Jahre länger laufen zu lassen. Zusammen mit den bisher geplanten 32 Jahren wären das 60 Jahre Laufzeit für die Reaktoren. Röttgen will davon nichts wissen. Mit Kanzleramt und Wirtschaftsministerium sei abgemacht, vier Szenarien zu untersuchen, irgendwo zwischen dem Verzicht auf Laufzeitverlängerungen und 20 Jahren Extra-Laufzeit. 28 Jahre? Kein Wort davon.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, Nr.70, 25. März 2010, Seite 21

Im Archiv zu finden:

http://archiv.sueddeutsche.apa.at/sueddz/index.php?id=A45507908_OGTPOGWPPTPCORGEAAR_AGEAETRRGRSSPHCEC

Eine Zahl fürs Ganze

US-Forscher: Energiewende würde: 100 Billionen Dollar kosten

[Markus Balsler, Süddeutsche Zeitung, 23.03.10]
Zahlen, das weiß Mark Jacobson, haben so ihren eigenen Klang. Sie können beruhigen und aufmuntern, verängstigen und erstaunen. Die Ziffern, die der Professor der amerikanischen Universität Stanford im kalifornischen Palo Alto für seinen Auftritt in der deutschen Hauptstadt im Gepäck hat, werden ein Raunen durch Berlin schicken. Denn als Erster hat Jacobson zusammen mit seinem Kollegen Mark DeLucchi von der University of California in einer Studie ausgerechnet, was es die Welt kosten würde, sich von Öl, Kohle und Gas abzuwenden und die Energieversorgung bis 2030 auf erneuerbare Quellen umzustellen. Herausgekommen ist der Anblick vieler Nullen: 100 000 000 000 000 Dollar oder auch 100 Billionen. So viel? So wenig, finden Jacobson und DeLucchi. [...]

Wenn Jacobson seinen Plan für den Umbau der Weltwirtschaft im Schnelldurchgang erstmals in Deutschland vorstellt, wird es uns große Ganze gehen. Um ein Konzept, wie es nie zuvor existierte. Der Stanford-Studie zufolge, die der *Süddeutschen Zeitung* vorliegt, müssten die Regierungen der Welt ein riesiges Infrastrukturprogramm ankurbeln. Nötig wären in den nächsten 20 Jahren zusätzliche 1,9 Milliarden Photovoltaikanlagen, vier Millionen Windturbinen und 90 000 solarthermische Kraftwerke – unter anderem. Denn zu den neuen grünen Kraftwerken kämen intelligente Stromnetze und Stromautobahnen, die ganze Kontinente miteinander verbinden. „Sie zu errichten, ist kein Kinderspiel, es ist aber auch keine Sisyphusarbeit“, so das Ergebnis der Forscher.

Ihre Botschaft: Was die Welt braucht, existiert bereits. Warnungen der Energiewirtschaft vor Energieengpässen weisen die Professoren damit ins Reich der Fabel. Und der Umbau würde nicht nur viele Billionen Dollar kosten. Er werde auch viele sparen, kündigen die Wissenschaftler an. Wegen der größeren Effizienz erneuerbarer Energien würde der weltweite Energiebedarf schlagartig um 30 Prozent sinken. 13 000 Kohlekraftwerke müssten nicht gebaut werden, um den wachsenden Energiehunger der wachsenden Weltbevölkerung zu stillen. Und die Welt könnte sparen, was sie

sonst für Öl, Gas und Kohle ausgeben würde.

Zehn Millionen Tonnen Erdöl verfeuert die Menschheit Tag für Tag, fast 13 Millionen Tonnen Steinkohle und acht Milliarden Kubikmeter Erdgas. Allein im Jahr 2008 lagen die Kosten für fossile Brennstoffe zwischen einer halben und einer dreiviertel Billion Dollar, rechnet die Denkfabrik Energywatchgroup in einer neuen Analyse vor – und relativiert so auch die Kosten der globalen Energiewende von 100 Billionen Dollar. „Alle wissen, dass es so mit der Energieversorgung nicht weitergehen kann“, sagt auch Rick de Doncker, Leiter des Energieforschungszentrums an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) in Aachen.

Technisch ließe sich längst ein Vielfaches des heutigen Strombedarfs emissionsfrei erzeugen, selbst dann, wenn aus Naturschutzgründen auf die Nutzung von Biomasse verzichtet würde. Allein Sonne, Wind, Erdwärme und Wasserkraft könnten 200-mal mehr Strom liefern, als gegenwärtig weltweit verbraucht wird.

„Die Investitionen scheinen nur auf den ersten Blick astronomisch“, so die Autoren. Die Menschheit habe schon ganz andere Herausforderungen ähnlichen Kalibers gemeistert. Für ihre Mobilität baue sie jedes Jahr allein 73 Millionen Autos und Lieferwagen. Vier Millionen neue Windturbinen in 20 Jahren seien da doch machbar. Was möglich sei, wenn die Politik mitspiele, zeige der Bau von Autobahnen. Erst 1956 hätten die USA ihr Highway-Netz mit den ersten Metern begonnen. 35 Jahre später sei das Netz auf 76 000 Kilometer angewachsen – und habe den Handel und die Gesellschaft grundlegend verändert. „Natürlich wäre die Umsetzung unseres Plans sehr ehrgeizig“, sagt Jacobson. „Und er würde vielleicht mehr Entschlossenheit erfordern, als die Menschheit derzeit aufbringen mag. Aber er wäre möglich.“

Quelle: Süddeutsche Zeitung, Nr.68, 23. März 2010, Seite 19

Im Archiv zu finden:

http://archiv.sueddeutsche.apa.at/sueddz/index.php?id=A45507908_OGTPOGWPPTPCORGEAAR_AGEAETRRGRSSPHCEC

9. UMWELTPOLITIK

Deutsche Wirtschaft gegen 30-Prozent-Klimaschutzziel

„Keine teuren Alleingänge in Europa“

[*euractiv.de*, 25.05.2010] Die deutsche Wirtschaft wehrt sich vehement gegen die Pläne von Bundesregierung und EU-Kommission, den Klimaschutz in Europa stärker voranzutreiben. Umweltminister Norbert Röttgen und Klimaschutzkommissarin Connie Hedegaard sehen dagegen Investitionsanreize durch strengere Reduktionsziele. Damit kommt es erneut zum Koalitionskrach.

Die beiden einflussreichsten deutschen Industrieverbände lehnen das Vorhaben klar ab, in der EU bis zum Jahr 2020 einseitig rund 30 Prozent statt 20 Prozent CO₂ einzusparen. BDI- Hauptgeschäftsführer Werner Schnappauf sagte der *Berliner Zeitung*: „Die deutsche Industrie engagiert sich – wie es wohl in keinem anderen Land der Fall ist – für den Klimaschutz. Eine einseitige Verschärfung des EU-Klimaziels lehnt der BDI jedoch klipp und klar ab.“

Auch der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) ist strikt dagegen: „Brüssel muss in der Klimapolitik verlässlich bleiben und die Signale auf mehr Investitionen stellen, nicht auf höhere Kosten. Europa kann sich keine teuren Alleingänge leisten“, sagte DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben der Zeitung.

In der EU steht eine Entscheidung bevor, ob in Europa bis 2020 die CO₂-Emissionen wie geplant um 20 Prozent gesenkt werden sollen, oder ob es eine Verschärfung auf 30 Prozent gibt.

Brüderle vs. Röttgen

Die Wirtschafts- und Industrieminister Deutschlands und Frankreichs, Rainer Brüderle und Christian Estrosi, haben sich heute gegen eine Anhebung der europäischen Klimaschutzziele ausgesprochen. „Wir wollen nach dem Scheitern des Kopenhagener Klimagipfels mehr Zeit für die nötigen Anpassungsprozesse“, sagte Brüderle in Brüssel nach Beratungen mit seinen europäischen Amtskollegen. „Noch schärfere, isolierte europäische Klimaschutzvorgaben mit zusätzlichen Kos-

ten für die Industrie müssen wir vermeiden, ebenso wie neue Bürokratien“, erklärte Brüderle.

Bislang ist vorgesehen, dass die Schraube beim Klimaschutz der EU nur angezogen wird, wenn sich andere Industrieländer wie die USA und die Schwellenländer ebenfalls zu festen Einsparungen verpflichten.

Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) und andere EU-Umweltminister wollen aber das 30-Prozent-Ziel auch ohne Einigung festschreiben. „Das ist gut für die Umwelt, aber auch ein Innovationsanreiz, von dem die deutsche Wirtschaft besonders stark profitieren wird“, verteidigte ein Sprecher das Vorhaben. Deutschland hat sich über die EU-Vorgabe hinaus dazu verpflichtet, bis 2020 sogar 40 Prozent Klimagase einzusparen.

Hedegaard kämpft für 30-Prozent

Klimaschutzkommissarin Connie Hedegaard macht sich für das 30-Prozent-Ziel stark. Die Kosten hierfür würden nur geringfügig höher liegen als beim derzeitigen 20-Prozent-Ziel, sagte Hedegaard jüngst im Umweltausschuss des EU-Parlaments. Wie EU-Analysen zeigen, sind die Kosten für das bisherige 20-Prozent-Ziel aufgrund der Wirtschaftskrise von 70 Milliarden Euro auf 48 Milliarden Euro gesunken.

Eine größere Reduktion von 30 Prozent würde nur noch elf Milliarden Euro zusätzlich kosten, so Hedegaard.

Hedegaard argumentiert zudem mit dem CO₂-Zertifikatehandel (ETS). „Mit einem 20-Prozent-Ziel wird sich der Preis für CO₂-Zertifikate nicht erhöhen“, zitiert sie der britische *Guardian*. Um Innovationen voranzubringen, müsste der Preis für eine Tonne Kohlenstoff etwa 30 Euro statt wie heute 15 Euro betragen.

Rebecca Harms, Fraktionschefin der Grünen im Europaparlament, forderte im EurActiv.de-Interview Bundeskanzlerin Angela Merkel auf, sich für das 30-Prozent-Ziel einzusetzen: „Klar ist: Wenn Deutschland Hedegaard unterstützt, ist das Spiel schon halb gewonnen. Angela Merkel muss Norbert Röttgen und Connie Hedegaard jetzt den Rücken stärken. Sie sollte diejenige sein, die das neue EU-Ziel auch als vertrauensbildende Maßnahme vorantreibt, nachdem sie international viel Glaubwürdigkeit verspielt hat.“

<http://www.euractiv.de/unternehmen-und-arbeit-000315/artikel/deutsche-wirtschaft-gegen-30-prozent-klimaschutzziel-003145>

Zum gleichen Thema:

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2010/0525/wirtschaft/0026/index.html>

40 Prozent mehr CO₂ durch Verkehr bis 2030

[CO₂-Handel.de, 19.05.2010] Autos, Flugzeuge und andere Verkehrsmittel werden bis 2030 deutlich mehr klimaschädliches Kohlendioxid (CO₂) in die Luft pusten als noch 2007. Trotz der Wirtschaftskrise und der Entwicklung neuer Antriebstechnologien rechnen OECD-Experten mit einem Anstieg der CO₂-Emissionen um rund 40 Prozent. Der weltweite Anteil des Verkehrs an den Emissionen, die beim Verbrennen fossiler Energieträger entstehen, betrage rund 23 Prozent.

Das geht aus einem in Paris vorgestellten Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hervor.

Die größte Menge an Kohlendioxid steuern im Verkehrssektor Autos, Laster und Busse bei. Besonders der Frachtverkehr mit Kleintransportern spiele eine große Rolle bei den CO₂-Emissionen, stellen die Experten in dem Bericht fest. Das stärkste Wachstum sei zuletzt allerdings beim Flug- und Schiffsverkehr registriert worden. Die OECD-Studie wurde zum Weltverkehrsforum erarbeitet, das 26. Mai in Leipzig beginnt.

http://www.co2-handel.de/article341_14309.html

Weitere Informationen (Englisch):

<http://www.euractiv.com/de/klima-umwelt/europas-transportemissionen-steigen-weiter-news-489379>

Verbraucher denken, alles ist Mehrweg

[Süddeutsche Zeitung, 19.05.2010] Die Getränke-Fachgroßhändler dringen angesichts sinkender Mehrweg-Quoten bei alkoholfreien Getränken auf eine höhere Befandung und bessere Kennzeichnung von Einweg-Flaschen. Statt einer klaren Unterscheidung von „Mehrweg“ und „Einweg“ be-

stehe derzeit ein „Kennzeichnungswirrwarr“, erklärte der Bundesverband des Deutschen Getränke-Fachgroßhandels (BV GFGH) in Düsseldorf. „Der Verbraucher kann auch sechs Jahre nach Einführung des Einwegpfands Einweg von Mehrweg nicht unterscheiden. Er glaubt, weil er ein Pfand zahlt und die Flasche zurück in den Laden bringt, habe er Mehrweg gekauft“, sagte Verbandsvorstand Günther Guder. Die Branche fordert deshalb eine Lenkungsabgabe von 20 Cent für jede Einweg-Flasche zusätzlich zu den 25 Cent Einwegpfand. Ergänzend müssten die Flaschen künftig klar mit „Einweg“ oder „Mehrweg“ beschriftet werden.

<http://www.sueddeutsche.de/Y5S38B/3357452/Verbraucher-denken-alles-ist-Mehrweg.html>

SPD will Landwirtschaft bis 2015 klimafreundlich umbauen

[co₂-handel.de, 12.05.2010] Die Bundesregierung soll eine flächendeckende Genehmigungspflicht für jegliche Umwandlung von Grünland und ein generelles Umbruchverbot für feuchte und moorige Standorte schaffen. Dies fordert die SPD-Fraktion in einem umfassenden Antrag (17/1575), in dem sie zahlreiche kurz- und langfristige Maßnahmen auflistet, die sie für geeignet hält, die deutsche Landwirtschaft klimafreundlicher umzubauen. So sollen etwa die Düngeverordnung verschärft und die Stickstoffüberschüsse begrenzt werden.

Zudem fordert die SPD die Bundesregierung auf, den Weltagrarbericht von 2008 zu unterzeichnen und ihre Agrarpolitik an den Zielen einer „weltweit nachhaltigen und multifunktionalen Landwirtschaft“ auszurichten.

Darüber hinaus sollten im Rahmen der Klimaschutzpolitik auch für die Land-, Forst und Fischereiwirtschaft konkrete Treibhausgasminimierungsziele definiert und Maßnahmen geplant werden, durch die Land- und Forstwirtschaft in das bestehende Regime zur Minderung der Treibhausgasemissionen verbindlich einbezogen werden könne, heißt es weiter.

Bei der anstehenden Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik soll sich die Regierung dafür einsetzen, dass die europäische Förderpolitik Anreize für eine nachhaltige und klimaschonende Land-

wirtschaft setzt, schreiben die Parlamentarier. So solle etwa die sogenannte zweite Säule der EU-Agrarpolitik gestärkt werden. Bei diesem Instrument sind Geldzahlungen an Landwirte an bestimmte Anforderungen geknüpft. Außerdem fordert die SPD-Fraktion unter anderem, für Verbraucher eine größere Transparenz beim Einkauf zu schaffen, damit diese „klimaschonend, nachhaltig und sozial verantwortungsvoll“ einkaufen können, heißt es in dem Antrag.

http://www.co2-handel.de/article400_14264.html

Eine einfache Idee

Gute Erfindung: Holzstoff, der wie Plastik verarbeitet werden kann

[Varinia Bernau, *Süddeutsche Zeitung*, 29.04.2010] Die Idee von Helmut Nägele und Jürgen Pfitzer steckt in den Absätzen von Gucci-Pumps und den Armaturen von Porsche-Sportwagen. In Dingen also, die die meisten Menschen eher mit Luxus als mit Umweltbewusstsein verbinden. Und vermutlich ist das der eigentliche Verdienst der beiden. Dass sie gezeigt haben, dass die Welt etwas grüner sein kann, ohne zwangsläufig hässlicher zu werden. Dass all die Plastikprodukte, die in wenigen Jahren zwar aus der Mode, aber noch lange nicht aus der Welt sind, aus einem Stoff gefertigt werden können, der irgendwann wieder in Humus, Wasser und etwas Kohlenstoffdioxid zerfällt. Dieser Stoff ist, vereinfacht gesagt, flüssiges Holz. [...]

Zahlreiche natürliche Stoffe hatten sich Helmut Nägele, 40, und Jürgen Pfitzer, 43 angeschaut, ehe sie auf Lignin stießen, eine Substanz, die in jeder Pflanze vorkommt und zur Verholzung führt. [...] Aber auf die Idee, daraus Kunststoff zu gewinnen, war noch niemand gekommen.

Überrascht waren die beiden vor allem deshalb, weil kaum eine andere natürliche Ressource so verfügbar ist. Die Vorkommen an Rohöl, unerlässlich für die Herstellung von Plastik, schrumpfen; doch in Bäumen und Büschen entstehen jährlich 20 Milliarden Tonnen Lignin – durch Photosynthese. [...]

2,50 Euro kostet ein Kilogramm Arboform, teurer als Massen-, aber preiswerter als hochwertiger Kunststoff. Für viele Kunden sei der Preis des

Werkstoffes gar nicht ausschlaggebend, sagt Pfitzer. „Der Gedanke der Nachhaltigkeit ist im Marketing in den vergangenen zehn Jahren immer wichtiger geworden.“ Kürzlich beispielsweise hat der Computerhersteller Fujitsu mit einer aus Arboform gefertigten Tastatur geworben. [...]

Quelle: *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 98, 29. April 2010, Seite 20

Im Archiv zu finden:

http://archiv.sueddeutsche.apa.at/sueddz/index.php?id=A45507908_OGTPOGWPPTPCORGEAAR_AGEAETRRGRSSPHCEC

Zurück zum Ausstieg

Atommeilerneubau in Schweden gefährdet

[Gunnar Herrmann, *Süddeutsche Zeitung*, 23.03.10] Von einer „Renaissance der Kernkraft“ wollen Eva Selin Lindgren und Solveig Ternström nichts wissen. „Tomkraft, nej tack!“, „Atomkraft, nein danke!“ steht auf den gelben Ansteckern, die sich die Abgeordneten fürs Interview demonstrativ ans Revers geheftet haben. Der Kampfgeist ist bemerkenswert, denn beide gehören der Regierungsmehrheit im schwedischen Parlament an und sollten eigentlich – so wünscht es der Umweltminister – bald dem Neubau von Atommeilern zustimmen. Doch sie weigern sich. Und es könnte gut sein, dass sie damit nicht alleine bleiben. Der „Ausstieg aus dem Atomausstieg“, eines der Vorzeigeprojekte der schwedischen Regierung, ist kurz vor der Wahl ernsthaft in Gefahr.

Gut ein Jahr ist es her, dass Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt zusammen mit den anderen Parteichefs seiner Vierer-Koalition einen „Energiekompromiss“ präsentierte, dem zufolge alte Kernreaktoren künftig durch neue ersetzt werden dürfen. Ein ungeheurer Vorgang, denn die Schweden hatten 1980 per Volksabstimmung den Atomausstieg beschlossen. Der Beschluss wurde zwar nur zögerlich umgesetzt. Doch der Neubau von Kernkraftwerken erschien undenkbar, auch weil der seit 2006 regierenden bürgerlichen Koalition mit dem Zentrum eine traditionelle Anti-Kernkraft-Partei angehört. Doch Wirtschaftsministerin Maud Olofsson, die Chefin der Zentrums-Partei, opferte im Februar 2009 überraschend ihren Atomwiderstand dem Regierungsbündnis. Im Gegenzug ver-

sprachen die anderen Parteien ihr üppige Fördergelder für Windkraft.

Alles sah zunächst nach einem großen Sieg für Reinfeldt aus. [...] Doch hatten in Stockholm bisher eben nur die Parteichefs zugestimmt. Nun erst soll die neue Politik zum Gesetz werden, doch im Parlament ist man weniger kompromissbereit. Vor allem im Zentrum, das seit 30 Jahren gegen Atomkraft kämpft, gärt es. Die Fraktion war vor einem Jahr während einer Dienstreise in Straßburg überrumpelt worden. Die Parteiführung hatte den verutzten Abgeordneten ohne Vorwarnung in einer Telefonkonferenz mitgeteilt, dass sie in Zukunft wegen des Koalitionsfriedens für die Kernkraft stimmen müssten – obwohl man Atomenergie nach wie vor ablehne, wie Parteichefin Olofsson seitdem immer wieder beteuert. [...]

Ob der Widerstand [einiger Zentrumsabgeordnete] ausreicht, ist unsicher. Vier Stimmen aus dem Regierungslager sind nötig, um das Gesetz zu kippen. Es wird also knapp. Die Abstimmung ist für Juni geplant. Der Zeitpunkt für die Debatte ist denkbar schlecht, denn in Schweden wird am 19. September gewählt. Schon jetzt verzeichnet das Zentrum in Umfragen schwere Einbußen. 2006 erlangte die Partei 7,9 Prozent der Stimmen, derzeit liegt sie knapp über der Vier-Prozent-Sperre.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, Nr.68, 23.03.2010, Seite 7

Im Archiv zu finden:

http://archiv.sueddeutsche.apa.at/sueddz/index.php?id=A45507908_OGTPOGWPPTPCORGEAAR_AGEAETRRGRSSPHCEC

Gutachten „Klimapolitik zwischen Emissionsvermeidung und Anpassung“

[*Stellungnahme des Bundesfinanzministeriums, 12.03.2010*] Eine aktive Politik des Klimaschutzes ist alternativlos. Denn nur wenn es gelingt, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf ein vertretbares Maß zu begrenzen, bleiben die Auswirkungen des Klimawandels langfristig beherrschbar. Doch was ist aus finanzwissenschaftlicher Sicht die beste Strategie? Hierzu hat der unabhängige Wissenschaftliche Beirat des BMF zwei Ansätze geprüft: Zum einen kann die Menge an CO₂ reduziert werden (Vermeidungsstrategie).

Zum anderen kann sich die Politik darauf konzentrieren, die Beeinträchtigungen, Gefahren und drohenden Schäden zu begrenzen, die durch den Klimawandel hervorgerufen werden (Anpassungsstrategie).

Aus Sicht der Bundesregierung ergänzen sich die Reduktion klimaschädlicher Stoffe und die Anpassung an den Klimawandel. Klimaschutz und Anpassung sind die beiden Säulen einer verantwortungsvollen Klimapolitik. Die Bundesregierung hat daher im Dezember 2008 die Deutsche Anpassungsstrategie beschlossen. Diese wird weiterentwickelt und bis 2011 ein Aktionsplan Anpassung vorgelegt.

http://www.bundesfinanzministerium.de/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Finanz_und_Wirtschaftspolitik/Wissenschaftlicher_Beirat/Gutachten_und_Stellungnahmen/Ausgewaehlte_Texte/0903111a3001.html

Vollständiges Gutachten:

<http://www.bmu.de/klimaschutz/downloads/doc/42783.php>

Klimaschutz: Treibhausgas-Emissionen im Jahr 2009 um 8,4 Prozent gesunken

Wirtschaftskrise führt zum stärksten Emissionsrückgang seit Gründung der BRD

[*Pressemitteilung, Umweltbundesamt, 5.03.2010*] Der Gesamtausstoß aller Treibhausgase ist in Deutschland nach ersten Berechnungen des Umweltbundesamtes (UBA) im Jahr 2009 gegenüber 2008 um etwa 80 Millionen Tonnen gesunken (minus 8,4 Prozent). Gegenüber 1990 hat Deutschland seine Treibhausgas-Emissionen bis Ende 2009 danach um 28,7 Prozent gesenkt. Insbesondere im Industriebereich und im verarbeitenden Gewerbe gingen die Emissionen um 20 Prozent zurück. Bundesumweltminister Norbert Röttgen sagte hierzu: „Der Rückgang der Emissionen liegt vor allem an der Wirtschaftskrise. Unser Ziel heißt jedoch Wachstum durch Klimaschutz. Deswegen werden wir den Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Förderung der Energieeffizienz weiter forcieren, denn nur dies garantiert dauerhaften Klimaschutz und fördert zugleich das Wirtschaftswachstum.“

In Anbetracht dieser Auswirkungen der ökonomi-

schen Krise ist die Beachtung des Klimaschutzes bei allen Maßnahmen zum wirtschaftlichen Wiederaufschwung besonders bedeutsam. UBA-Präsident Jochen Flasbarth erklärte dazu: „Gerade dieser überproportionale Rückgang sollte auch als Chance genutzt werden. Wir müssen bei der wiederanspringenden Wirtschaftsentwicklung den Treibhausgas-Ausstoß noch stärker vom Energieverbrauch entkoppeln. Der Rückgang der Energienachfrage zeigt ja, wie stark Energieeinsparung wirken könnte. Nur durch die weitere Umsetzung der beschlossenen sowie weiterer Effizienzsteigernden und emissionsenkenden Maßnahmen der Klima- und Energiepolitik kann ein deutlicher Wiederanstieg der Emissionen beim Überwinden der ökonomischen Krise vermieden und somit das Ziel der Bundesregierung – Minderung der Treibhausgas-Emissionen um 40 Prozent bis 2020 – erreicht werden.“ Dies betreffe alle Bereiche – die Effizienzsteigerungen, den Ausbau der Nutzung der erneuerbaren Energieträger, Gebäudesanierung sowie weitere konkrete Minderungsmaßnahmen.

http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2010/pd10-013_klimaschutz_treibhausgasemissionen_im_jahr_2009_um_8_4_prozent_gesunken.htm

ifo: Abwrackprämie für das Konjunkturpaket

Abwrackprämie: kein volkswirtschaftlicher Nutzen und ökologischer Unfug

[Hans-Werner Sinn, 03. März 2009, *ifo Standpunkt 101*] John Maynard Keynes hat seine Zuhörer einmal heftig verulkt. Der Staat, so empfahl der berühmte Ökonom, solle in Zeiten der Flaute am besten Geldscheine in Flaschen stecken, sie in einem Bergwerk vergraben, das Ganze mit Müll verfüllen und es der Privatwirtschaft überlassen, sie wieder auszugraben. Dann käme die lahme Wirtschaft wieder in Schwung.

Nur wenige haben diesen ironischen Rat so ernst genommen wie die deutsche Bundesregierung mit ihrer Abwrackprämie. Menschen 2.500 Euro dafür zu bezahlen, dass sie ein altes Auto vernichten, damit sie anschließend ein neues kaufen, ist so ziemlich dasselbe wie das Verbuddeln und Wiederausgraben der Keynes'schen Flaschen. Neun

Jahre alte Autos deutscher Premium-Hersteller sind noch lange keine Schrottkisten [...] und macht ökonomisch keinerlei Sinn.

Seine Gebrauchtwagen verkaufte Deutschland bislang im großen Stil. Im Jahr 2006 exportierte Deutschland 517.000 Gebrauchtautos und erlöste dafür etwa sechs Milliarden Euro. Bis zu 1,5 Milliarden Euro will der Staat nun dafür zahlen, einen Teil dieses Exports auf Schrottplätze umzulenken. Welch abenteuerliche Wegwerflogik!

Aber sprechen nicht wenigstens ökologische Argumente für die Abwrackprämie der Regierung? Die *Süddeutsche Zeitung* meldete Experten hätten errechnet, die Abwrackprämie diene dem Umweltschutz, weil dadurch der Ersatz alter Spritschlucker durch moderne Autos mit einem niedrigeren Verbrauch gefördert wird. Das gelte selbst, wenn man berücksichtige, dass die Produktion eines Golf 25.000 Kilowattstunden und die Produktion eines Oberklassewagens 50.000 Kilowattstunden an Energie koste.

Rechnen wir einmal nach. Ein neuer Golf VI mit einem Benzinmotor mit 1,4 Litern Hubraum verbraucht 6,4 Liter Benzin auf 100 Kilometer. Bei einer Jahresfahrleistung von 12.000 Kilometern sind das 768 Liter Benzin pro Jahr, was bedeutet, dass 1.790 Kilogramm CO₂ durch den Auspuff strömen. Auf der Basis der 25.000 Kilowattstunden Energie, die für die Produktion verwendet werden, kommt man bei einer plausiblen Aufteilung in Strom und Brennstoffe (50 Prozent Strom aus dem deutschen Erzeugungsmix mit 40 Prozent Wirkungsgrad sowie 50 Prozent Brennstoffe, die mit Verlusten von fünf Prozent bereitgestellt werden) zu einem CO₂-Ausstoß für die Produktion von 10.790 Kilogramm oder 1.199 Kilogramm pro Jahr – vorausgesetzt der Neuwagen läuft auch neun Jahre.

Umgerechnet auf das einzelne Lebensjahr werden damit durch die Produktion 67 Prozent dessen an CO₂ ausgestoßen, was der neue Motor im laufenden Verkehr emittiert. Ersetzt man nun ein altes Auto durch den neuen Golf, so hilft das der Umwelt genau dann, wenn der Spritverbrauch des alten Autos um mehr als 67 Prozent über dem Spritverbrauch des neuen Golfs lag. Das mag im Einzelfall so sein, wenn der neue Golf ein Spritschluckendes Modell der Oberklasse ersetzt. Beim

Ersatz eines Autos ähnlicher Größenordnung kann die Einsparung indes nicht zustande kommen, denn nirgends gab und gibt es Einspareffekte für den Spritverbrauch in der notwendigen Größenordnung.

Beim Golf selbst gab es überhaupt keine Einsparung. Der vor zehn Jahren produzierte Golf IV mit 1,4 Litern Hubraum verbrauchte die gleichen 6,4 Liter Benzin je 100 Kilometer wie ein nagelneuer Golf VI mit demselben Hubraum. Der Effizienzgewinn des Motors ist nämlich in ein höheres Gewicht statt einen niedrigeren Verbrauch umgesetzt worden. Der Ersatz des alten Golfs durch einen neuen bedeutet folglich einen Zuwachs des CO₂-Ausstoßes um etwa zwei Drittel.

Man kann die Rechnung fast nach Belieben variieren, und doch kommt nichts anderes heraus. Selbst wenn die jährliche Fahrleistung mit 20.000 Kilometern und die Lebensdauer des Neuwagens mit 15 Jahren angesetzt werden, liegt der kritische Prozentsatz für den Mehrverbrauch des Altwagens gegenüber dem Golf VI immer noch bei 24 Prozent. Bei Fahrzeugen gleicher Klasse dürfte auch dieser Prozentsatz in den seltensten Fällen erreicht werden. Noch viel deutlicher wird die Rechnung bei den Oberklassewagen. Hier lohnt sich der Ersatz eines alten durch ein neues Auto erst recht nicht, weil der Energieverbrauch bei der Produktion im Verhältnis zum Spritverbrauch dort eher noch höher ist als bei kleinen Fahrzeugen.

Wie man es auch dreht und wendet: Bei allen auch nur halbwegs plausiblen Konstellationen steigt der CO₂-Ausstoß, wenn man ein altes Auto abwrackt und durch ein neues einer ähnlichen Größenklasse ersetzt. Auch unter Umweltgesichtspunkten sollten wir also nicht unsere Alttautos abwracken – sondern den entsprechenden Teil des Konjunkturpakets.

http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoHome/B-politik/05stp/stp?item_link=stp101.htm

Das Ergebnis stimmt grundsätzlich mit einer Studie des FÖS für den WWF überein: http://www.foes.de/pdf/Konjunkturpaket_D_V25_12-06-2009.pdf

10. LINKS, PUBLIKATIONEN, STUDIEN

FÖS stellt Ad-hoc-Programm zur Subventionskürzung vor

[04.06.2010] Anlässlich der Kabinettsklausur am 6./7. Juni zur Haushaltskonsolidierung stellt das FÖS in einem Kurzkonzept eine Reihe von kurzfristig umsetzbaren Maßnahmen vor, die einerseits den Haushalt entlasten und andererseits die Umwelt und das Klima schützen würden. Das Kurzkonzept „Der Beitrag einer modernen Umweltpolitik zur Haushaltskonsolidierung“ finden die unter:

http://www.foes.de/pdf/Kurzkonzept_Subventionsabbau.pdf

Die Pressemitteilung dazu finden Sie hier.

<http://www.foes.de/pdf/2010-06%20PM%20Kabinettsklausur.pdf>

FÖS-Studie: Kohlesubventionen weit höher als bisher bekannt

[03.06.2010] In der im Auftrag von Greenpeace erstellten FÖS-Studie wird erstmals eine Liste der vollständigen staatlichen Förderungen von Stein- und Braunkohle in der Zeit von 1950 bis 2008 vorgelegt. Danach haben Stein- und Braunkohle Vergünstigungen und Subventionen in Höhe von mindestens 432 Milliarden Euro erhalten, künftige Förderungen belaufen sich allein für Steinkohle auf mehr als 28 Milliarden Euro.

Die vollständige Studie finden Sie hier:

http://www.foes.de/pdf/Kohlesubventionen_1950_2008.pdf

Pressemitteilung von Greenpeace:

http://www.greenpeace.de/themen/energie/presseerklaerungen/artikel/kohle_wird_staerker_subventioniert_als_bekannt/

Neue UBA-Studie: Umweltschädliche Subventionen auf Rekord-Niveau

[04.06.2010] Das Umweltbundesamt brachte am Freitag eine neue Studie zu umweltschädlichen

Subventionen in Deutschland heraus. Demnach stiegen die umweltschädlichen Subventionen für das Jahr 2008 auf 48 Mrd. Euro an. Die komplette Studie finden Sie hier.

<http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-1/3780.pdf>

Buchvorstellung: Richard Wilkinson und Kate Pickett: „The Spirit level, Why more Equal Societies are Better for Everyone“

In „The Spirit Level“, (auf Deutsch: „Gleichheit ist Glück“), legen die Autoren umfassend dar, dass eine gerechtere Einkommensverteilung sowohl den Armen als auch den Reichen zugute kommt.

Interview mit Kate Pickett:

<http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=hi&dig=2010%2F03%2F13%2Fa0019&cHash=05b1ff9494>

Zur Internetseite der „Stiftung für Gleichheit“, die von den Autoren gegründet wurden, kommen Sie über folgendem Link.

<http://www.equalitytrust.org.uk/>

Studien vom Internationalen Institut für nachhaltige Entwicklung (iisd) und der Globalen Subventionsinitiative(GSI)

Versteckte Milliarden:

Subventionen für fossile Energieträger

[*globalsubsidies*, 21.05.2010] Die Studie stellt in einen fünf Punkte Plan vor wie die Subventionen für fossile Energieträger abgebaut werden können.

GSI's Untold Billions: Fossil-fuel subsidies, their impacts and the path to reform provides necessary research and analysis to support the commitment by the G20 and the Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC) forum to phase out inefficient fossil-fuel subsidies.

“This will be easier said than done. Subsidies are notoriously difficult to remove.” said David Runnalls, president of IISD. “The issue of fossil-fuel subsidies drives right to the heart of climate change and sustainable development and must be addressed urgently. The G-20 should be commended for their early leadership but they can't afford to

let that leadership lag.”

In recent decades, many countries have attempted to remove government support for the production or consumption of fossil fuels, with varying degrees of success.

Jose Maria Figueres, chairman of the Carbon War Room and former President of Costa Rica, has seen some success after his government introduced a carbon tax and law to remove fossil fuels in 1995.

“That tax funded farmers to protect and develop forests on private land, raising their income levels,” Figueres said in a foreword to GSI's summary of key findings (http://www.globalsubsidies.org/files/assets/synthesis_ffs.pdf). „Removing fossil-fuel subsidies will enhance the market for new energy solutions by making them more competitive, spurring innovation and development.”

UN Under-Secretary General and United National Environmental Program executive director Achim Steiner also contributed to the report as part of an ongoing collaboration with GSI. In the foreword he said: „Reforming fossil-fuel subsidies – in particular, those that are the most inefficient and environmentally damaging – offers one way of realizing a more sustainable, green economic future that includes quick wins on climate change, a small but not insignificant boost to global and national GDP, and reduced dependence on a finite resource.”

GSI estimates subsidies to fossil fuels account for roughly US-Dollar 500 billion per year. This figure includes subsidies to lower the prices of petroleum products, kerosene or liquefied petroleum gas (LPG), typically in developing countries, as well as subsidies to the oil, gas or coal industries, provided by many governments in both developing and developed countries.

Key findings from the GSI's five-part research series, Untold Billions:

- The effects of fossil-fuel subsidy reform – Eliminating fossil-fuel subsidies will have significant economic advantages in terms of increased GDP, alongside major environmental benefits, namely reduced greenhouse gas emissions. A re-

cent study by the OECD foresees that removing subsidies in 20 developing and emerging countries could reduce carbon dioxide emissions by 13 per cent by 2050.

- The politics of fossil-fuel subsidies – Subsidy reformers must begin the reform process with an appreciation of the powerful interest groups determined to perpetuate subsidies as well as the political motives that maintain these subsidies in order to design strategies that inoculate policy reforms against such opposition.
- Strategies for reforming fossil-fuel subsidies – Not all previous attempts to reform fossil-fuel subsidies have been successful. In order to implement lasting change, subsidy reformers need well-designed reform strategies that also include supporting policies to reduce the negative impacts of reform on affected stakeholders.
- The need for transparency – Collaborative efforts by national governments and international organizations are needed in order to forge comprehensive fossil-fuel subsidy reform plans over several years and provide a sound information base for assessing their impacts, negotiating commitments to implement them, and monitoring progress of their phase-out.
- Mapping the characteristics of fossil-fuel subsidies – Investigating the scope and magnitude of subsidies provided for the production of fossil fuels will take time and detailed, country-level and fuel-specific analyses. Surveys of available data in the United States, China and Germany help to establish where crucial information deficits exist, and highlight current trends in data availability, along with emerging issues that are likely to become prominent in the future.

<http://www.globalsubsidies.org/en/research/press-release-gsi-tackles-reform-inefficient-fossil-fuel-subsidies-ahead-g-20-meeting-fi>

Eine Zusammenfassung der Studie finden Sie unter folgendem Link:

http://www.globalsubsidies.org/files/assets/synthesis_ffs.pdf

Hintergrundinformationen:

<http://www.globalsubsidies.org/en/research/gsi-outreach-shaping-agenda-reform-0>

Ergebnisse der Studie über die Subventionsarten, wer sie nutzt und deren Höhe:

<http://www.globalsubsidies.org/en/research/kinds-subsidies-who-uses-them-and-how-big-they-are>

Effekten einer Subventionsreform der für fossile Brennstoffe:

http://www.globalsubsidies.org/files/assets/effects_ffs.pdf

Teilstudie zur „Subventionspolitik fossiler Brennstoffe“

http://www.globalsubsidies.org/files/assets/politics_ffs.pdf

„Reformstrategien fossilen Brennstoffsubventionen: Lehren aus Ghana, Frankreich und Senegal“

http://www.globalsubsidies.org/files/assets/strategies_ffs.pdf

Bedeutung der Transparenz beim Abbau von Subventionen auf fossile Brennstoffe:

http://www.globalsubsidies.org/files/assets/transparency_ffs.pdf

11. TERMINE

GBE Jahreskonferenz

Budapest, UNGARN, 8. - 9. Juli 2010

Die Jahreskonferenz von Green Budget Europe (GBE) findet dieses Jahr in Budapest statt. Die Konferenz wird von Clean Air Action Group (CAAG) vor Ort organisiert - in Kooperation mit Hungarian Economic Association. Die Folgenden Hauptthemen wurden vorgeschlagen:

- Ökologisch schädliche Subventionen und deren Eliminierung
- Die Idee der Ökologischen Finanzreform vermitteln.

Unter folgendem Link gibt es mehr Information zu dieser Veranstaltung:

<http://www.foes.de/internationales/green-budget-europe/gbe-veranstaltungen/anstehende-veranstaltungen/?lang=en>

The 11th Global Conference on Environmental Taxation

Bangkok, THAILAND, 3. - 5. November 2010

Auf der 11. GCET-Konferenz werden verschiedene Aspekte der Entwicklung und Durchführung der ökologischen Steuer präsentiert. Das Ziel der Konferenz ist nicht einen einzigen Aspekt voranzutreiben sondern Information, Verständnis und Diskussion zu fördern. Informationen zur Veranstaltung finden Sie auf Englisch unter dem folgenden Link:

<http://www.acc.msu.ac.th/gcet2010/index.php>

12. FREIE STELLEN

PraktikantInnen für das FÖS gesucht

Das FÖS sucht eine/n Praktikant/in als:

- **Europäische/r Projektassistent/in** für die Dauer von **drei Monaten** in unserer Geschäftsstelle in **Berlin**. Arbeitsbeginn ist **Mitte August 2010**. Der **Arbeitsschwerpunkt** liegt bei diesem Praktikum in der organisatorischen, administrativen und inhaltlichen **Unterstützung unseres europäischen Expertennetzwerks Green Budget Europe**.
- <http://www.foes.de/pdf/2010-08%20PraktikumGBE.pdf>
- **Forschungsassistenten/in** für die Dauer von **drei Monaten** in unserer Geschäftsstelle in **Berlin**. Arbeitsbeginn ist **Ende August 2010**. Der Arbeitsschwerpunkt liegt bei diesem Praktikum in der Zuarbeit bei der Erstellung **wissenschaftlicher Studien mit dem Fokus Ressourceneffizienz und Flächenverbrauch**. <http://www.foes.de/pdf/2010-08-PraktikumFA2.pdf>
- **Assistenz für Presse- und Lobbyarbeit** für die Dauer von **drei Monaten** in unserer Geschäftsstelle in **Berlin**. Arbeitsbeginn

ist **Anfang Oktober 2010**. **Tätigkeitsschwerpunkte** sind Pressebeobachtung und -auswertung, Entwurf von Pressemitteilungen und die Vorbereitung von Lobbygesprächen. Zu den weiteren Aufgabenbereichen zählen die Betreuung unseres deutschsprachigen Newsletters und unseres Internet-Auftritts sowie die Mitarbeit bei der graphischen und inhaltlichen Pflege unserer Publikationen wie Flyer, Studien oder Powerpoint-Präsentationen.

<http://www.foes.de/pdf/2010-10-PraktikumPR.pdf>

- **Assistenz für Öffentlichkeitsmanagement** für die Dauer von **sechs Monaten** in unserer Geschäftsstelle in **Berlin**. Arbeitsbeginn ist **Mitte Oktober 2010**. **Tätigkeitsschwerpunkte** sind Organisation von Fachgesprächen und Konferenzen sowie inhaltliche Recherchen. Zu den weiteren Aufgabenbereichen zählen redaktionelle Betreuung unseres deutschsprachigen Newsletters und unseres Internet-Auftritts, die Pflege unserer Access-Datenbank, sowie die gelegentliche Erledigung von Korrespondenzen. <http://www.foes.de/pdf/2010-10-PraktikumVER.pdf>
- **Forschungsassistenten/in** für die Dauer von **drei Monaten** in unserer Geschäftsstelle in **Berlin**. Arbeitsbeginn ist **Anfang Januar 2011**. Der Arbeitsschwerpunkt liegt bei diesem Praktikum in der Zuarbeit bei der Erstellung **wissenschaftlicher Studien mit dem Fokus Energie- und Verkehrspolitik**. <http://www.foes.de/pdf/2011-01-PraktikumFA1.pdf>

Bewerbungen samt Lebenslauf, Foto und aussagefähiger Zeugnisse richten Sie bitte (gerne per E-mail) an die FÖS-Geschäftsstelle. (E-mail: foes@foes.de, Telefon: 030/76 23 991-30)

Akademischen Rätin/Rates auf Zeit (A13) am Institut für Umweltsystemforschung der Universität Osnabrück

Das Institut für Umweltsystemforschung der Universität Osnabrück besetzt bei der **Professur Stoff-**

Strommanagement zum 01.09.2010 eine Stelle im Bereich Gesellschaftlicher Transformationsprozesse und Modellierung sozialer Systeme.

Die Position ist auf drei Jahre befristet und kann um drei weitere Jahre verlängert werden. Das Aufgabengebiet umfasst **Forschung und Lehre auf dem Gebiet der komplexen Dynamik und Modellierung von sozialen Systemen**. Dies sollte sowohl die Entwicklung allgemeiner Konzepte als auch konkrete Anwendungen insbesondere auf dem Gebiet integriertes und adaptives Management von Wasserressourcen beinhalten. Die Lehrverpflichtung umfasst einen Umfang von 4 SWS mit Schwerpunkt im Masterstudiengang „Umweltsysteme und Ressourcenmanagement“ und dessen Internationalisierung. Es wird eine aktive Beteiligung am Einwerben von Drittmittelprojekten und Aktivitäten des Lehrstuhls Stoffstrommanagement in internationalen Netzwerken erwartet. **Einstellungsvoraussetzungen** sind ein abgeschlossenes wissenschaftliches Hochschulstudium und Promotion in einem interdisziplinären Gebiet wie Systemwissenschaft, Environmental Governance, Humangeographie, Umweltwissenschaften oder Ecological Economics, gute Englischkenntnisse in Wort und Schrift und Bereitschaft zur interdisziplinären Arbeit in einem dynamischen und kreativen Team. Erfahrungen auf dem Gebiet der Modellierung von sozialen Systemen insbesondere der agentenbasierten Modellierung sind erwünscht. Die Möglichkeit zur Habilitation ist gegeben. Auf die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung wird hingewiesen.

Bewerbungen sind mit den üblichen Unterlagen bis zum 20.06.2010 zu richten an Frau Professor Claudia Pahl-Wostl, Institut für Umweltsystemforschung der Universität Osnabrück, Barbarastr. 12, 49069 Osnabrück. Bewerbungen können auch per Mail an das Sekretariat an Frau Irene Brink – ibrink@usf.uni-osnabrueck.de gerichtet werden.